

Optimismus mit hohem Anspruch

Zum Jahreswechsel 2000/2001 blicken Wirtschaft und Gesellschaft im Südwesten Deutschlands zum siebten Mal hintereinander auf ein Jahr zurück, das die meisten einen mehr oder weniger großen Schritt nach vorn gebracht hat, und der Blick nach vorn wird nicht durch Hindernisse verstellt, die daran etwas Wesentliches ändern sollten. Dies ist nicht selbstverständlich. Für viele waren es keine sieben fetten Jahre. Die Folgen der wirtschaftlichen Rezession lagen schwer über dem erfolgsverwöhnten Land, und der Weg aus dem Tal hat lange gedauert. Die Therapie war hart und schien noch vor drei Jahren für viele angesichts einer Rekordzahl von Arbeitslosen schier ausweglos. Die auch heute noch hohe Zahl an Konkursen ist Ausdruck der Schwierigkeiten, in die viele durch ein unübersichtlich scheinendes Umfeld oder durch eigene Fehleinschätzung geraten sind. Schmerzlich war es für so manchen leistungswilligen Mitbürger, dessen Arbeitsplatz in den Zeiten der Krise verloren ging, dass ihm wegen seines Alters und häufig mangels Qualifikation die Chance eines neuen Starts nicht vergönnt war. Und schwer verständlich empfand es mancher junge Mitbürger, dass er sich auf dem Weg ins berufliche Leben mangels Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ins gesellschaftliche Abseits gestellt sah.

In den letzten drei Jahren – so scheint es – hat sich aber der Wind gedreht. Nicht, dass es solche Unbill nicht mehr gäbe, aber es gibt weniger Menschen im Land, die wirtschaftlich in Schwierigkeiten kommen, und umgekehrt immer mehr, die für ihr Leben Chancen sehen. Die Wirtschaft im Südwesten ist wieder stark und wächst mit steigendem Tempo – zu beobachten am Arbeitsmarkt, wo sich Angebot und Nachfrage schon bald die Waage halten und Firmen um hoch qualifizierte Arbeitskräfte konkurrieren, zu sehen auch bei den Sozialämtern, in denen es schon ruhiger zugeht, weil weniger Menschen auf sie angewiesen sind. Noch überwiegt der Lohn harter Arbeit, und dieser Lohn steigt von Jahr zu Jahr. Die Sicherheit, dass er steigt, wird größer und der Staat kann deshalb heute auf Einnahmen verzichten, auf die er vor Jahren zum Stopfen von Löchern dringend angewiesen war. Auch wenn es der großen Mehrheit der Südwestbürger zu großen Sprüngen nicht reichen mag, sie stellen sich auf der Verdienstskala besser als in anderen Bundesländern. Geht es nach der Ausstattung mit hoch technisierten Geräten, Pkws und dem Standard der Wohnung, dann ist ihr Lebensstandard höher denn je, auch wenn die Kürzung des Zweiturlaubs verdrießlich macht.

Derlei Skizzierung trifft nicht für alle zu. Die Ausbildung von Kindern kostet Geld und bedeutet Verzicht auf materiellen Wohlstand, den kinderlose Nachbarn haben, die als Doppelverdiener zusammenleben. Und auch Scheidung, besonders deren Folgen, drückt die materielle Lage erheblich. Krankheit kann die Lebenschancen drastisch ändern und für Behinderte gelten ohnehin andere Maßstäbe. Im übertragenen Sinn gilt Ähnliches für die vor allem an Unterschieden reichen Branchen der Wirtschaft. Nicht allen fällt es leicht, die unter den Bedingungen der Globalisierung entstandene Konkurrenzlage zu meistern. Viele Industriebetriebe sehen sich bei hohen Kosten am Standort einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, und dem Handel geht es, zumal durch Verstärkung der Medienpräsenz, nicht besser. Von daher ist es mit dem Blick auf morgen wichtig zu sehen, dass die Unternehmen im Land den Weg des nachhaltigen Wandels gehen. Dies be-

deutet Abschied von Geschäftsfeldern, die auf dem Markt von morgen keinen Erfolg mehr haben können, und erfordert auch Suche nach anderen, Gewinn bringenden Möglichkeiten. Die neue Ökonomie weist hierzu neue Wege und eröffnet dabei Chancen für mehr Produktivität in der gesamten Wirtschaft. Durch Internet und andere neue Medien erfahren Unternehmen mehr von Verbrauchern und Lieferanten und sie erfahren es schneller. Es lässt sich so manche Fehlentscheidung vermeiden, die vordem weit reichende Folgen für Investitionen und Arbeitsplätze hatte. Dies schafft Voraussetzungen für mehr Wachstum und Wohlstand.

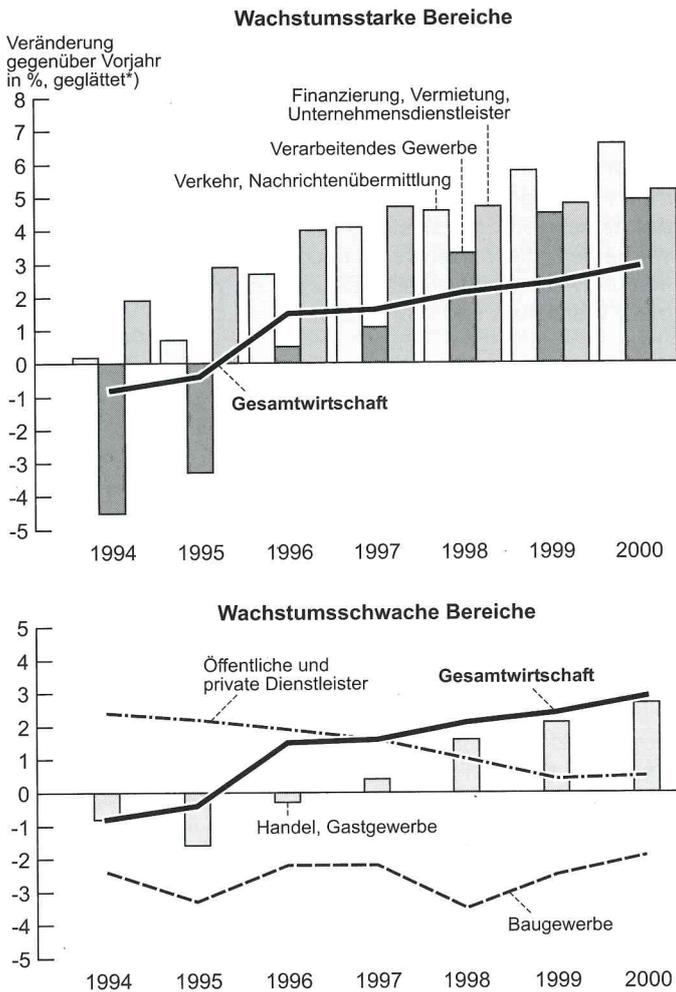
Nicht zuletzt sind von der Gesellschaft Anpassung und Flexibilität auf Gebieten gefordert, die früher zum Schutz der Schwachen mit Regulierungen angereichert wurden, heute mitunter jedoch Armut entstehen lassen. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt gilt es, um Lösungen zu ringen, die Arbeitgebern wie Arbeitnehmern Vorteile bringen. Wegen hoher Löhne haben minderqualifizierte Arbeit Suchende kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz, und weil Schule in der Regel vormittags stattfindet, bleiben viele Teilzeitangebote ungenutzt. Gefordert sind Regierungen und Gesetzgeber, insbesondere bei der Fortentwicklung des Bildungswesens. Es lässt aufhorchen, wenn wissenschaftliche Studien unser Ausbildungsniveau, das wichtigste Kapital, das wir haben, im internationalen Mittelfeld sehen. Im Blickfeld steht nicht zuletzt der mündige Bürger. In dem Maße, wie er sich über die Eigeninteressen hinaus seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellt, stellt auch er Weichen für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand.

Südwestwirtschaft im kräftigen Aufwind

Getragen von einem weltwirtschaftlichen Umfeld, das so stark expandierte wie in den vergangenen zehn Jahren nicht, hat sich im zurückliegenden Jahr auch die Wirtschaft Baden-Württembergs überaus dynamisch entwickelt. Mit Veränderungsdaten von 4 % gegenüber dem Vorjahr erreichte sie in den ersten drei Quartalen ein Wirtschaftswachstum, das es nach neuem Berechnungsmodus in den letzten neun Jahren nicht gegeben hatte. Wenn das Wirtschaftswachstum für das gesamte Jahr 2000 schätzungsweise etwa um einen halben Prozentpunkt niedriger liegt, dann vor allem deshalb, weil das Schlussquartal vier Arbeitstage weniger hat als im Vorjahr und die Wirtschaft so ihr Wachstumspotenzial nicht in vollem Umfang realisieren konnte.

Der Leistungszuwachs gegenüber dem eher verhaltenen Vorjahr fiel damit kräftiger aus als noch zu Jahresbeginn erwartet, und die Impulse dazu kamen einmal mehr aus dem Ausland. Beflügelt durch eine boomende US-Wirtschaft, die alle Wachstumsprognosen gesprengt hat, und flankiert durch ein Nachziehen der Wirtschaft in Europa, die mit dem Höhenflug des Dollar von unverhofften Wettbewerbsvorteilen profitiert hat, erhielt die Südwestwirtschaft um die Jahresmitte – in einer Phase also, zu der sich der konjunkturelle Auftrieb schon abzuschwächen schien – über die Auslandsnachfrage neuen Atem. Auch die Inlandsgeschäfte der Industrie liefen besser als erwartet. Immer mehr Hersteller von Investitionsgütern profitierten davon, dass mit dem kräftigen Anziehen der Konjunktur in Deutschland viele Betriebe an die Grenzen ihrer Kapazität stießen. Überrascht hat auch der Straßenfahrzeugbau. Anders als die Konkurrenz in anderen Bun-

Schaubild 1
**Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg
 seit 1994 nach Wirtschaftsbereichen**



* Gleitende 3-Jahres-Durchschnitte der Bruttowertschöpfung (für die Gesamtwirtschaft des Bruttoinlandsprodukts) in Preisen von 1995; Angaben für 2000: Hochrechnung auf der Basis von drei Quartalen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

522 00

desländern konnte die Paradebranche der hiesigen Industrie auch im schwierigen Inlandsgeschäft einen kräftigen Zuwachs verbuchen. Unerwartet gut haben sich auch die Finanz- und Unternehmensdienstleister präsentiert. Mit einem Zuwachs von über 5 % übertrafen sie in den ersten drei Quartalen das Ergebnis des Jahres 1998, in dem die Konjunktur ähnlich dynamisch verlaufen war. Enttäuschungen brachte das Jahr indessen für die konsumnahen Wirtschaftsbereiche und das Baugewerbe. Nach der Erhöhung von Kindergeld und Steuerfreibeträgen war dem Einzelhandel ein stärkeres Umsatzplus zugetraut worden als real nicht einmal 2 %, und das Baugewerbe weist nach hoffnungsvollem Start sogar Minusraten aus.

Grundschnelligkeit der Wirtschaft in den letzten Jahren verbessert

Trotz dieser Schwachstellen hat die Südwestwirtschaft im Jahr 2000 wieder angeknüpft an den Trend zu höheren Wachstumsraten, der nach den Krisen in Ostasien, Lateinamerika und Russland ins Stocken geraten war. Überdeckt durch konjunkturalle Schwankungen von Jahr zu Jahr weist dieser Trend darauf hin, dass sich mit zeitlichem Abstand zum Rezessionsjahr 1993 das Wachstumspotenzial der Wirtschaft zunehmend verstärkt hat. Im gleitenden Durchschnitt von drei Jahren, der solche Schwankungen weit gehend ausgleicht, entwickelt sich die Südwestwirtschaft heute auf einem Wachstumspfad von nahezu 3 % jährlich und wächst damit doppelt so schnell wie noch vor drei oder vier Jahren. Hauptgründe dieser Trendverstärkung liegen in den Tendenzen zur Liberalisierung und Flexibilisierung der Weltwirtschaft, aber auch in Deutschland, im Zusammenwachsen der Wirtschaft Europas sowie im Strukturwandel der hiesigen Wirtschaft. Die stärksten Impulse für das Wirtschaftswachstum gingen im Jahr 2000 einmal mehr vom Verarbeitenden Gewerbe aus, das – begünstigt durch die boomende Weltwirtschaft – in den letzten Jahren immer stärker expandierte und zuletzt fast um die Hälfte stärker gewachsen ist als die Gesamtwirtschaft. Wegen seines hohen Anteils an der Gesamtwirtschaft hat es allein 40% zum Leistungszuwachs beigetragen. Als wachstumsstark haben sich erneut auch die Finanz- und Unternehmensdienstleister erwiesen. Nachdem dieser Wirtschaftsbereich in den Jahren nach der Rezession das wirtschaftliche Wachstum fast alleine getragen hatte, ist er auch im aktuellen Jahr weit überdurchschnittlich gewachsen und hat dem Leistungszuwachs gut ein Drittel beigesteuert. Am stärksten expandiert seit einigen Jahren der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in dem Elemente der „Neuen Ökonomie“ stark vertreten sind. Vor allem der Bereich Nachrichtenübermittlung fällt zuletzt durch zweistellige Wachstumsraten auf.

Das wirtschaftliche Wachstum im Land wäre noch stärker ausgefallen, wäre es nicht durch einige Bereiche merklich gebremst worden. Schlusslicht in der Wachstumsskala bildet seit Jahren das Baugewerbe, dessen Leistungskraft nicht nur schwächer tendiert als alle übrigen Wirtschaftsbereiche, sondern bis ins Jahr 1998 hinein sogar geschrumpft ist. Immerhin hat es sich jetzt im Jahr 2000 durch ein Zwischenhoch im Frühjahr insoweit steigern können, dass es trotz neuerlicher Schwächetendenz im zweiten Halbjahr das Vorjahrsniveau womöglich wird halten können. Deutlich unter dem Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche, aber nicht mehr so verhalten wie in den beiden Vorjahren, präsentieren sich im Jahr 2000 auch die öffentlichen und privaten Dienstleister. Während die Sparten Erziehung und Unterricht, das Gesundheits- und Veterinärwesen sowie andere Humandienstleister fast im Durchschnittstempo wachsen, verharren die Bereiche mit Hoheitsaufgaben wie Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung auf dem Vorjahresniveau. Auch der Bereich Handel und Gastgewerbe präsentiert sich in den letzten Jahren in immer besserer Verfassung. Während der eher unternehmensbezogen agierende Großhandel im zurückliegenden Jahr schon überdurchschnittlich zugelegt hat, fehlten dem konsumnahen Einzelhandel und dem Gastgewerbe auch im Jahr 2000 die entscheidenden Impulse.

Auf höherem Wachstumspfad?

Mit der Wende ins Jahr 2001 expandiert die Südwestwirtschaft im 29. Quartal in Folge, und dieser Trend hat sich in den letzten drei Jahren wesentlich verstärkt. Noch stützt sich der neue Schwung vor allem auf außenwirtschaftliche Faktoren, so dass er nicht ohne weiteres auch für die Zukunft ein dauerhaft hohes Wachstum verspricht. Eine Reihe von Beobachtungen deuten darauf hin, dass sich inzwischen auch die Binnenwirtschaft gestärkt hat. Sie profitiert in den letzten Jahren von Einkommenszuwächsen, die von Jahr zu Jahr einen bescheidenen, zusammengekommen aber merklichen Gewinn an Kaufkraft gebracht haben. Dabei sind es weniger die Tarifabschlüsse, sondern mehr

die
ru
die
be
ga
sc
Sp
de
Pri
su
rec
für
da
se

Ka
lich
sie
we
ge
Art
ge:
du
tur
sid
letz
Zus
die
zwei
der
Jah
we
Vor

Der
Info
letz
gie
Mo
ten
Zuv
Hal
ter
Zuk
Ger
auch
Han
teil
3 %
wac
tum
gie
inne
wür
Ein
lich

Ein
in d
und
knaf
ten,
tung
des
tum:
ist a

die Entlastungen auf der Abgabenseite, die zu dieser Verbesserung geführt haben. Steuerentlastungen durch die Steuerreform, die Senkung des Beitrags zur Rentenversicherung sowie die Verbesserung der Familienförderung haben Raum für Konsumausgaben geschaffen, die mehr und mehr den konjunkturellen Aufschwung stützen. Mit der weiteren Senkung des Eingangs- und Spitzensteuertarifs bei der Veranlagung von Einkommen sowie der Unternehmensbesteuerung im Jahr 2001 wird sich dieser Prozess verstärken. Nach einem realen Plus der Nettolohnsumme von 2 % im Jahr 1999 und etwas weniger im Jahr 2000 rechnen Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstitute für 2001 mit einer Steigerung um 3,5 %. Dabei ist unterstellt, dass die teilweise bis ins Jahr 2001 vereinbarten Tarifabschlüsse eine moderate Lohnentwicklung mit sich bringen.

Kaufkraftzuwächse über Steuersenkung sind für das wirtschaftliche Wachstum des Landes von strategischer Bedeutung, weil sie den Wohlstand der Gesellschaft mehren, ohne der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu schaden. Sie haben dazu beigetragen, dass seit Mitte der 90er-Jahre die Kosten des Faktors Arbeit in Form des Arbeitnehmerentgelts wesentlich langsamer gestiegen sind als zehn Jahre zuvor und – wichtig für die Gesundheit der Wirtschaft – merklich hinter dem Wirtschaftswachstum zurückgeblieben sind. Die Ertragslage der Unternehmen hat sich dabei zunehmend verbessert und die Investitionsfreude der letzten Jahre mit entfacht. Eine wesentliche Rolle hat in diesem Zusammenhang die Produktivität des Faktors Arbeit gespielt, die – untypisch für den Abstand zum Rezessionsjahr – in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre zügiger fortgeschritten ist als in den Jahren zuvor, zügiger auch als in den vergleichbaren 80er-Jahren. Dies kann als Zeichen des technischen Fortschritts gewertet werden, der unter den Bedingungen der Globalisierung Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist.

Der starke Produktivitätsfortschritt wird mithin häufig mit der neuen Informationstechnologie in Verbindung gebracht, die sich in den letzten Jahren rasch verbreitet hat. Profitiert von dieser Technologie haben zunächst die Hersteller von Computern, Halbleitern und Mobiltelefonen. Die Wirtschaftszweige Bürotechnik und Nachrichtenübermittlung warteten in den letzten Jahren mit zweistelligen Zuwächsen für Umsatz bzw. Wertschöpfung auf. Jeder zweite Haushalt in Deutschland verfügt inzwischen über einen Computer und jeder siebte über einen Internetzugang – ein beachtlicher Zukunftsmarkt, wenn man bedenkt, dass die Nutzungsdauer von Geräten dieser Technologie stark begrenzt ist. Allerdings scheint auch der mögliche Wachstumseffekt überschaubar, welcher im Hardware-Bereich erzielt werden kann. Der Wertschöpfungsanteil der in Frage kommenden Bereiche liegt gegenwärtig bei etwa 3 % und hat im Jahr 2000 zu etwa einem Zehntel zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Auf Dauer bedeutender ist der Wachstumseffekt einzuschätzen, der mit dem Einsatz dieser Technologie in der Wirtschaft erzielt werden kann. Unternehmen können innerbetrieblich wirksamer kommunizieren, schneller auf Kundenwünsche reagieren und sich mit Lieferanten effizienter vernetzen. Ein Teil des Produktivitätszuwachses der letzten Jahre ist sicherlich solchen Organisationsvorteilen zuzuschreiben.

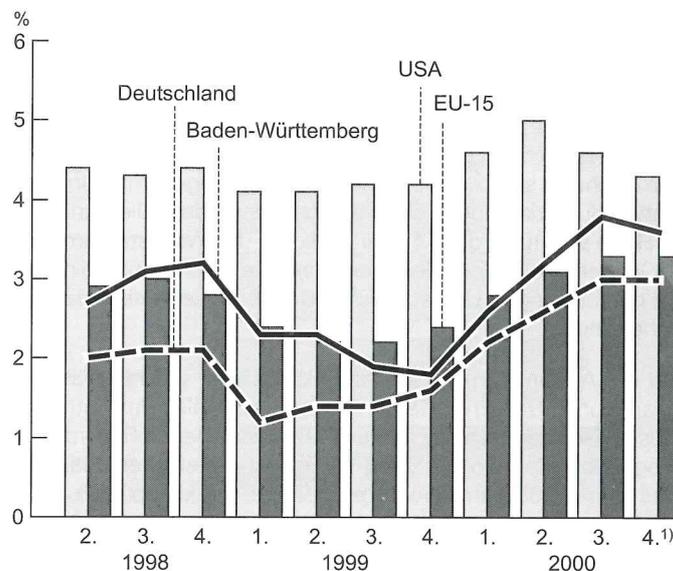
Ein Produktivitätszuwachs um etwas über 2 % jährlich, wie es in den letzten fünf Jahren erstaunlich gleichmäßig der Fall war, und eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf real knapp 3 % im Durchschnitt der letzten drei Jahre lassen vermuten, dass sich dahinter mehr verbirgt als eine bessere Auslastung der Produktionskapazitäten. Weil die Perspektiven des Landes günstig bleiben, stützt dies die These, dass das Wachstumspotenzial der Wirtschaft substanzial stärker einzuschätzen ist als vor Jahren.

Trotz der Freude über mehr Wachstum und Wohlstand gibt es auch Gründe zur Skepsis. Weil der höhere Wachstumstrend durch falsche Weichenstellung leicht wieder umgekehrt werden kann, wäre es voreilig, die Wirtschaft im Südwesten schon jetzt auf einem Weg zu sehen, der auf Dauer angelegt ist. Es lässt aufhorchen, wenn zur Finanzierung öffentlicher Haushalte selbst in wirtschaftlich guten Jahren mehr Kredite aufgenommen als Schulden getilgt werden, und es gibt zu denken, dass Subventionen in Milliardenhöhe unantastbar scheinen, während wichtige Verkehrs- und Bildungsmaßnahmen warten müssen. Schmerzlich ist es, dass die Beschäftigung trotz Fortschritten in den letzten Jahren noch immer das schwächste Glied in der makroökonomischen Wirkungskette ist. Produktivitätsfortschritt ohne stärkeren Beschäftigungszuwachs heißt nicht nur Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern über Jahre hinaus auch Wachstumschancen verpassen.

Südwestwachstum inzwischen auch international beachtlich

Mit dem Erreichen eines höheren Wachstumspfads macht die Südwestwirtschaft inzwischen auch international auf sich aufmerksam. Nachdem sie 1991 bis 1997 gegenüber den Ländern der EU jährlich einen Wachstumsrückstand von etwa einem halben Prozentpunkt ausgewiesen hatte, in den Jahren 1993 und 1994 sogar deutlich mehr, entwickelt sie sich seit 1998 im EU-Trend und am aktuellen Rand sogar etwas dynamischer. Gegenüber anderen Industrieländern wie den USA ist der Temporückstand aber nach wie vor erheblich. Obwohl sich die Wachstumsraten seit dem zweiten Halbjahr 2000 einander nähern, liegt der Südwesten noch immer drei Viertel Prozentpunkte hinter den USA zurück.

Schaubild 2
Wirtschaftswachstum der Südwestwirtschaft seit 1998 im nationalen und internationalen Umfeld
 Gleitende 4-Quartals-Durchschnitte des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr



1) Eigene Schätzung.
 Quelle: OECD.

Im nationalen Rahmen Deutschlands zählt Baden-Württemberg indessen zu den wachstumsstarken Ländern. Seit der Rezession, die dem Land 1993 und im Jahr danach einen herben Rückschlag gebracht hat, wächst die Wirtschaft im Südwesten schneller als die der meisten anderen Länder. Seit 1998 hat sich der Tempovorsprung zum Länderdurchschnitt sogar vergrößert und dürfte im Jahr 2000 gut einen halben Prozentpunkt ausmachen. Seit fünf Jahren hat Baden-Württemberg unter den westlichen Bundesländern das stärkste Wirtschaftswachstum – gleichauf mit Hessen, dessen Wirtschaft besonders gleichmäßig gewachsen ist, und Bayern, dessen Wirtschaft besonders in den letzten drei Jahren kräftig expandierte. Den Wachstumsvorsprung gegenüber dem Länderdurchschnitt verdankt die Südwestwirtschaft in den letzten drei Jahren vor allem seiner dynamisch agierenden Industrie, zu kleineren Teilen auch dem Handel und einem Baugewerbe, dessen Schrumpfung weniger gravierend vor sich ging. Vor allem auf den Auslandsmärkten sind die hiesigen Hersteller von Investitionsgütern erfolgreicher als die deutsche Konkurrenz. Im zurückliegenden Jahr lagen sie dort nach Umsätzen bis Oktober um fünf Prozentpunkte im Vorteil, die vom Geschäftsvolumen her nicht so bedeutsame Textilbranche sogar um zehn. Wenn die Südwestindustrie auch auf den Inlandsmärkten gut mithalten kann, verdankt sie dies vor allem dem Fahrzeugbau, der nach Umsätzen dreimal so schnell expandierte wie im Bundesdurchschnitt, und auch dessen Zulieferern aus der Metallbranche. Neben diesen beiden Wirtschaftsgruppen haben in den letzten drei Jahren nur die Hersteller von Büro- und Elektrotechnik und mit Abstrichen das Papier- und Verlagsgewerbe im schwierigen Inlandsgeschäft merklich expandieren können. Selbst der Maschinenbau, einst Paradebranche im Südwesten, hat seine Umsätze seit 1997 preisbereinigt soeben um 2 % jährlich zu steigern vermocht. Die chemische Industrie musste sogar im gleichen Umfang Umsatzverluste hinnehmen.

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe hat von Januar bis September des Jahres 2000 einen Gesamtumsatz von über 370 Mrd. DM erzielt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen die Umsätze damit um knapp 11 % und erreichten so das stärkste Wachstum der letzten zehn Jahre. Der entscheidende Impuls für diesen Höhenflug kam von außen: Mit einer Steigerung um 19,3 % – was einem absoluten Wachstum von 25 Mrd. DM entspricht – übertraf die Zunahme der Auslandsumsätze alle Erwartungen.

Das Inlandsgeschäft des Verarbeitenden Gewerbes expandierte in den ersten drei Quartalen mit einem Plus von 5½ % bei weitem nicht so stark, seine Bedeutung für die gesamte Umsatzentwicklung darf aber nicht unterschätzt werden. Die Zunahme in Höhe von 10 Mrd. DM übertraf sogar das Wachstum im Jahr 1998, dem Rekordjahr der 90er-Jahre. Sie machte rund ein Drittel des bisherigen Umsatzwachstums der baden-württembergischen Industrie aus.

Da die Auslandsumsätze wesentlich stärker wuchsen als die Inlandsumsätze, erreichte die Exportquote – also der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz – einen neuen Rekordwert. Gegenüber dem Vorjahr stieg sie in den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 um zwei Prozentpunkte auf knapp 42 %.

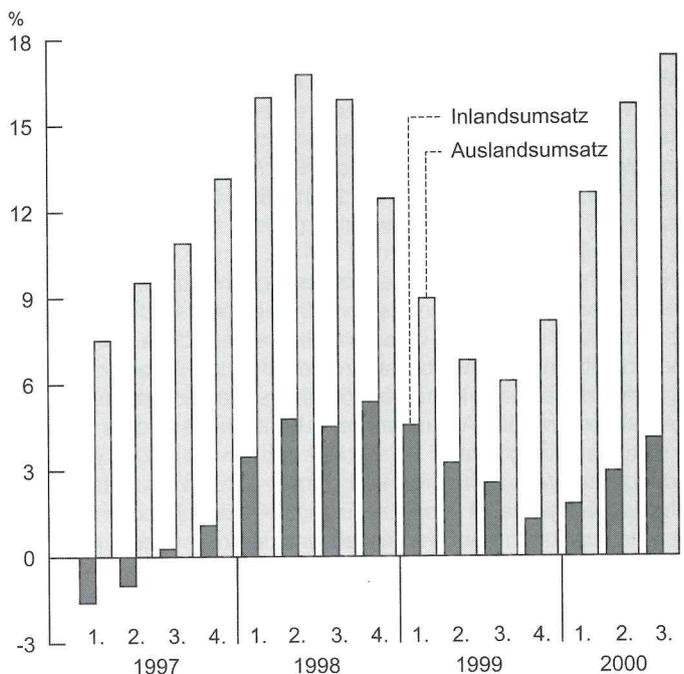
Nachfrageboom bei Investitions- und Vorleistungsgütern

Glänzende Geschäfte machten im vergangenen Jahr vor allem die Hersteller von Investitionsgütern und von Vorleistungsgütern.

Schaubild 3

Realer Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1997

Veränderung des gleitenden 12-Monats-Durchschnitts gegenüber Vorjahresquartal



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

508 00

Der Absatz, der in den ersten drei Quartalen des Jahres in diesen Güterklassen realisiert wurde, lag um 13 % bzw. gut 10 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Kraft der Auslandsnachfrage wird in diesem Gütersegment besonders deutlich: Die Produzenten von Investitionsgütern konnten ihr Auslandsgeschäft um 20 %, die Hersteller von Vorleistungsgütern um 18 % ausdehnen.

Aber auch das Inlandsgeschäft nahm in diesen Industriesparten einen günstigen Verlauf. Die gute konjunkturelle Entwicklung beflügelte vor allem den Absatz von Vorleistungsprodukten. Er stieg in den ersten drei Quartalen um 6½ % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das freundliche wirtschaftliche Umfeld erhöhte darüber hinaus die Investitionsneigung der Unternehmen, was sich in einer Steigerung des Inlandsabsatzes von Investitionsgütern um 5½ % niederschlug.

Gespaltene Absatzentwicklung bei Gebrauchs- und Verbrauchsgütern

Weniger freundlich zeigt sich das Bild bei den Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Beide Gütergruppen profitierten zwar von einer starken Expansion des Auslandsabsatzes, der bei den Gebrauchsgütern um 8½ % und bei den Verbrauchsgütern um 9½ % stieg. Der Gesamtumsatz entwickelte sich aber in beiden Sparten verhältnismäßig schwach. Er lag bei den Gebrauchsgütern in den ersten drei Quartalen lediglich um 3 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Bei den Verbrauchsgütern gab es im gleichen Zeitraum sogar nur eine Stagnation.

In beiden Fällen war also die kraftlose Inlandsnachfrage die Ursache für den schwachen Gesamtumsatz. Die Gebrauchsgüter-

pr
m
so

Di
In
Di
Vo
le
gl
de
- J
ih

De
rei
lar
re
all
ric
eir
ko
Fa
ße
art
sic
tio
we

Di
de
ge
ge
sä
au
re
ke
ne
pre

Wi
da
pa
zw
sa
au
Ab
sa
die
nu
zu

Sc
We
en
ch
Ge
de
13
da
rer

Bac

produzenten mussten sich mit einem stagnierenden Inlandsmarkt zufrieden geben, die Verbrauchsgüterhersteller mussten sogar einen Absatzrückgang um 4½ % hinnehmen.

Die „großen Drei“ dominieren die Absatzentwicklung in der Industrie

Die äußerst günstige Absatzsituation in der Investitions- und Vorleistungsgüterindustrie sollte nicht den Blick dafür verstellen, dass selbst in dieser Gütersparte nicht alle Branchen im gleichen Maße von der starken Nachfrage profitierten. Vor allem den „großen Drei“ der baden-württembergischen Industrie – Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik – gelang es, ihren Absatz erheblich auszuweiten.

Der Spitzenreiter in der realen Umsatzentwicklung war der Bereich Elektrotechnik. In dieser Branche wuchs der Absatz im Inland um 10½ % und im Ausland um 25 %. Dadurch wurde ein reales Wachstum des Gesamtumsatzes um 17 % erreicht. Vor allem die Nachfrage nach elektronischen Bauteilen und nachrichtentechnischen Geräten erfuhr eine starke Ausdehnung. Zum einen schlug sich darin die dynamische Entwicklung der Telekommunikation nieder, aber auch die starke Nachfrage der Fahrzeugproduzenten spielte eine wichtige Rolle. Umsatzeinbußen mussten dagegen die Hersteller von Geräten zur Datenverarbeitung hinnehmen. Nachfragesenkend wirkte sich hier offensichtlich aus, dass viele Unternehmen die notwendigen Investitionen bereits 1999 getätigt hatten, um sich für den Jahrtausendwechsel zu rüsten.

Die Fahrzeughersteller erreichten in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres eine Absatzsteigerung um 15 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Vor allem die kräftige Nachfrage von den nordamerikanischen Märkten ließ die Auslandsumsätze in dieser Branche um 21 % nach oben schnellen. Aber auch im Inland behaupteten sich die Fahrzeugbauer mit einer realen Wachstumsrate der Umsätze in Höhe von 7½ % bemerkenswert gut. Durch eine geschickte Modellpolitik gelang es ihnen, die nachfragedämpfenden Wirkungen der hohen Kraftstoffpreise vollständig wett zu machen.

Während in der Elektrotechnik und im Fahrzeugbau nicht nur das Auslands-, sondern auch das Inlandsgeschäft kraftvoll expandierte, lässt sich im Maschinenbau eine gewisse Divergenz zwischen diesen beiden Bereichen feststellen. Das reale Umsatzvolumen im Ausland wuchs um 15½ %, was in erster Linie auf die dynamische Wirtschaftsentwicklung in den wichtigsten Absatzregionen zurückzuführen ist. Dagegen erreichte der Absatz im Inland lediglich einen Zuwachs von 3 %. Offenbar gaben die deutschen Unternehmen trotz hoher Kapazitätsauslastung nur zögerlich ihre in den vergangenen Jahren geübte Investitionszurückhaltung auf.

Schwierige Marktsituation bei konsumnahen Produkten

Weitaus ungünstiger als bei den umsatzstarken, sehr exportorientierten Branchen stellte sich die Situation in einzelnen Bereichen der Konsumgüterindustrie, aber zum Teil auch in der Gebrauchsgüterindustrie dar. So lag zwar der Auslandsabsatz der ersten drei Quartale im Textil- und Bekleidungsbranche um 13½ % über dem Wert des Vorjahreszeitraums, gleichzeitig ging das Inlandsgeschäft aber um 3½ % zurück. Neben der Konkurrenz durch ausländische Anbieter dürfte vor allem das Ausblei-

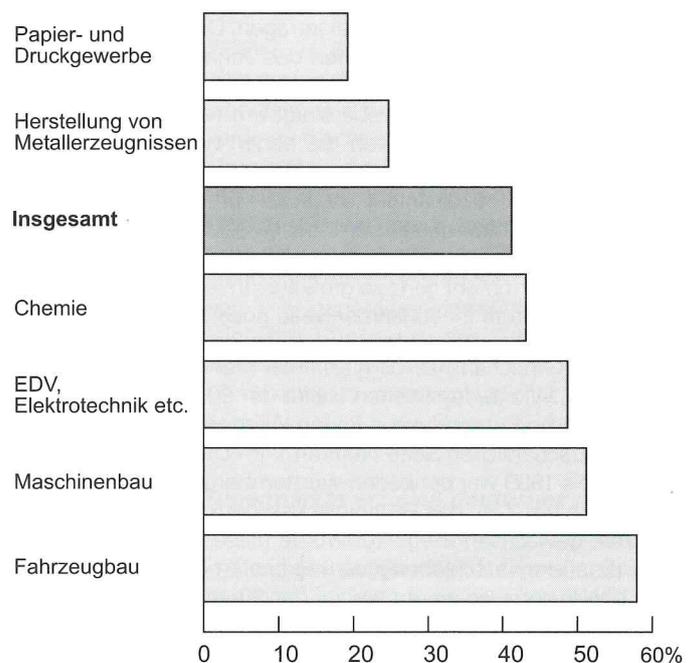
ben starker Impulse durch den privaten Konsum zu dieser ungünstigen Marktsituation im Inland beigetragen haben. Darüber hinaus lassen sich aber auch Verschiebungen innerhalb der privaten Konsumnachfrage feststellen: Die Ausgaben für Dienstleistungen im Freizeit-, Bildungs- und Gesundheitsbereich nehmen zulasten der Nachfrage nach Konsumgütern zu.

Auch vor dem Hintergrund einer sehr guten gesamtwirtschaftlichen Lage setzt sich damit in der Industrie die zweigleisige Entwicklung fort, die bereits die 90er-Jahre beherrscht hatte. Auf der einen Seite stehen die prosperierenden, sehr exportorientierten Branchen der Investitionsgüterindustrie. Sie bieten technologieintensive Güter an, die sich im internationalen Wettbewerb gut behaupten. Auf der anderen Seite befinden sich Verbrauchsgüterhersteller wie die Textilindustrie, die stark auf den inländischen Markt ausgerichtet sind. Sie sind aufgrund der hohen inländischen Produktionskosten starkem Konkurrenzdruck von ausländischen Wettbewerbern ausgesetzt. Für sie stellt die gegenwärtige Entspannung nur eine Verschnaufpause dar.

Stärkste Beschäftigungsausdehnung im Fahrzeugbau

Die unterschiedliche Branchenentwicklung in der Industrie kommt in der Beschäftigungslage noch deutlicher zum Ausdruck: In den exportstarken Investitionsgüterbranchen kam es im vergangenen Jahr zu einer Ausdehnung der Beschäftigung. Paradebeispiel ist der Fahrzeugbau, in dem die Beschäftigtenzahl in den ersten drei Quartalen um durchschnittlich 2½ % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums lag. Auf der anderen Seite waren die Hersteller von Verbrauchsgütern gezwungen, Arbeitsplätze abzubauen. So nahm in der Textilindustrie die Beschäfti-

Schaubild 4
**Exportquoten im Verarbeitenden Gewerbe*
Baden-Württembergs im Jahr 2000**)**
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz



*) Die sechs umsatzstärksten Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes. – **) Januar bis September.

gung um durchschnittlich 6 % ab. Insgesamt lässt sich für das Verarbeitende Gewerbe nur eine verhältnismäßig geringe Beschäftigungsausdehnung feststellen, da die hohe Anzahl neu geschaffener Stellen einem hohen Stellenabbau gegenübersteht.

Risiken belasten die mittelfristige Entwicklung

Nach wie vor ist offen, ob der Aufschwung des vergangenen Jahres in eine nachhaltige Expansion mündet oder ob er lediglich Episode bleibt. Die Auftragsbestände lassen für die nähere Zukunft zunächst noch ein Anhalten der günstigen Entwicklung erwarten. Die voraussichtliche Verlangsamung der US-Konjunktur wird jedoch die Absatzaussichten der heimischen Exportindustrie belasten, zumal Impulse durch eine weitere Minderung des Außenwertes des Euro unwahrscheinlich sind.

Entscheidende Bedeutung kommt in dieser Situation der Inlandsnachfrage zu. Wenn es gelingt, die Konsumnachfrage nachhaltig zu beleben, dann stehen die Aussichten für ein beständiges Wachstum der Industrie nicht schlecht. Die verbesserten Absatzaussichten im Inland könnten dann dazu beitragen, negative Auswirkungen eines schwächeren Auslandsabsatzes, steigender Zinsen und verschlechterter Abschreibungsbedingungen auf das Investitionsklima aufzufangen.

Florierende Weltwirtschaft sorgt für hohe Exportzuwächse

Die Weltwirtschaft präsentierte sich im Jahr 2000 in einer außerordentlich starken Verfassung. In allen wichtigen Wirtschaftsregionen der Welt hat sich die konjunkturelle Dynamik deutlich beschleunigt. Bei einer Vielzahl bedeutender Industrieländer bewegen sich die Wachstumsraten sogar in einer Größenordnung, die zuletzt vor rund zehn Jahren erreicht wurde. Die stark wachsenden Auslandsmärkte bescherten der heimischen Exportwirtschaft einen kräftigen Wachstumsschub, und die Schwäche des Euro hat ihren Anteil dazu beigetragen. Die Exportzuwächse lagen in den ersten acht Monaten des Jahres 2000 im hohen zweistelligen Prozentbereich: Wertmäßig wurde das Vorjahresergebnis um 19 % und preisbereinigt um reichlich 15 % übertroffen. Insgesamt verkauften die baden-württembergischen Unternehmen in diesem Zeitraum Waren mit einem Gesamtwert von 63 Mrd. Euro an ausländische Kunden. Die konjunkturellen Anschlagkräfte des Exports haben allerdings in den Sommermonaten ihren Zenit überschritten. Der Vorjahresabstand fällt inzwischen nicht mehr ganz so groß aus: Im ersten Quartal übertrugen die Exporte ihr Vorjahresniveau noch um rund 22 %.

Die Exportwirtschaft war damit einmal mehr das Zugpferd der Konjunktur. Wie in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre wurde die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg stark von der außenwirtschaftlichen Seite bestimmt. Im Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1999 war der baden-württembergische Export nominal jährlich um 7 %, das Bruttoinlandsprodukt dagegen nur halb so stark gewachsen. Begleitet wurde diese Entwicklung durch eine deutliche Verschiebung der regionalen Exportstruktur. Namentlich Europa gingen im Verlauf der 90er-Jahre Exportanteile verloren. Der Anteil der auf Europa entfallenden Produktion ging von 73 % im Jahr 1990 auf 65 % im Jahr 1999 zurück. Im Gegenzug erlangte der amerikanische Kontinent – und hier insbesondere der US-amerikanische Markt – wachsende Bedeutung. Der Anteil Amerikas stieg im selben Zeitraum von 12 % auf 20 % und derjenige der Vereinigten Staaten von 10 % auf knapp 17 %.

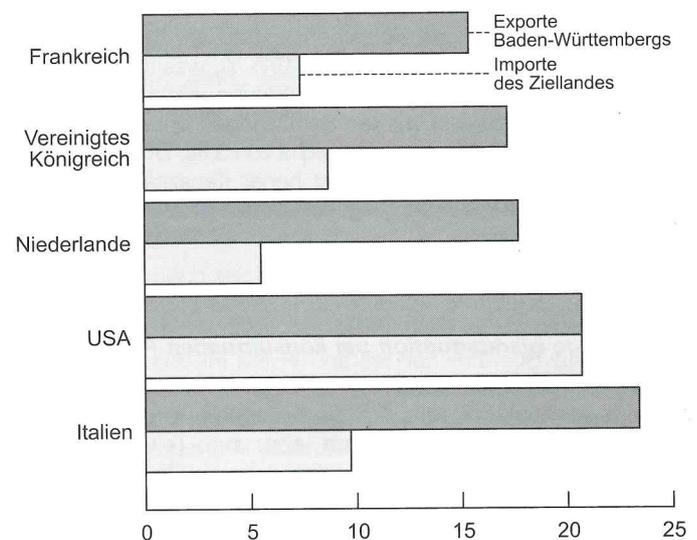
Derartige Verschiebungen stellen allerdings keine Besonderheit der 90er-Jahre dar. In der Vergangenheit waren in Baden-Württemberg immer wieder Veränderungen der regionalen Exportgewichte zwischen Europa und Amerika zu beobachten. Von daher sollte der zuletzt abnehmende Exportanteil nach Europa nicht als Zeichen einer Wettbewerbsschwäche der baden-württembergischen Exportwirtschaft gewertet werden. Vielmehr zeigen sie, dass die baden-württembergischen Exporteure konsequent Wachstumspotenziale nutzen, denn Baden-Württemberg hat sich wie kaum ein anderes Land auf die Produktion konjunktursensibler Investitions- und Gebrauchsgüter spezialisiert. Überdurchschnittliche Wachstumschancen bestehen vor allem auf Märkten mit einer hohen Investitions- und Wachstumsdynamik, wie dies in den 90er-Jahren in den Vereinigten Staaten, in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern und mit Unterbrechung in Südostasien der Fall war. In den jüngsten Verschiebungen der regionalen Exportschwerpunkte spiegeln sich deshalb in erster Linie die in den 90er-Jahren vorherrschenden globalen Wachstumsdifferenzen wider und nicht natürliche und unwiderrufliche Gegebenheiten. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass der europäische Markt in den kommenden Jahren wieder wachsende Bedeutung für Baden-Württemberg erhalten wird.

EU nach wie vor bedeutendster Exportmarkt

Trotz sinkender Anteile des europäischen Absatzmarktes sind hier nach wie vor die wichtigsten Handelspartner der baden-württembergischen Unternehmen zu finden. Bis Ende August 2000 entwickelte sich der Außenhandel mit den Ländern der Europäischen Union außerordentlich dynamisch. Mit der gestiegenen Investitions- und Wachstumsdynamik stiegen auch die Exporte, und zwar um knapp 20 % auf 30,7 Mrd. Euro. Der Handel mit den Ländern der Eurozone expandierte gleich stark und beträgt jetzt 23,9 Mrd. Euro. Damit erzielten die baden-württembergischen Unternehmen nahezu die Hälfte ihrer Exporterlöse im Handel mit den EU-Mitgliedstaaten und rund 38 % der Exporterlöse im Handel mit den Ländern der Eurozone. Weit überdurchschnittliche Zuwächse um 25 % wurden bei den Wa-

Schaubild 5
Exporte Baden-Württembergs und Importe in wichtigen Zielländern

Veränderung 1. Halbjahr 2000 gegenüber 1. Halbjahr 1999 in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

492 00

renlieferungen nach Schweden, Spanien und Italien realisiert, während die Ausfuhren nach Großbritannien und Frankreich mit einem Plus von etwa 15 % deutlich hinter der Gesamtentwicklung zurückblieben. Bei den Ausfuhren nach Finnland und Dänemark fielen die Steigerungsraten noch geringer aus.

Dynamik im US-Handel lässt nach

Der nach der Europäischen Union zweitwichtigste Wirtschaftsraum für Baden-Württemberg waren mit einem Ausfuhranteil von 17 % die NAFTA-Länder. Die überragende Rolle spielen dabei traditionell die Vereinigten Staaten, auf die allein reichlich 15 % der baden-württembergischen Exporte entfielen. In den ersten acht Monaten des Jahres 2000 stiegen die Ausfuhren in die NAFTA-Länder um 14 % und in die Vereinigten Staaten um 13 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum an. Damit dürften sich die Ausfuhren in diese Länder erstmals seit vier Jahren wieder langsamer entwickeln als der baden-württembergische Export insgesamt. Zwischen 1996 bis 1999 übertraf der Exportzuwachs in die Vereinigten Staaten den Durchschnitt noch um das Zwei- bis Dreifache. Die hohen Zuwächse aus den vergangenen Jahren resultierten vor allem aus der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen aus baden-württembergischer Produktion. Mittlerweile entfallen knapp 50 % der Ausfuhren in die Vereinigten Staaten auf Kraftfahrzeuge. Seit Jahresanfang scheint jedoch in den Vereinigten Staaten die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen aus Baden-Württemberg ins Stocken zu geraten, wenn auch auf sehr hohem Niveau. Jedenfalls fallen die Wachstumsraten seit Jahresbeginn deutlich niedriger aus. Während die Kfz-Ausfuhren in die Vereinigten Staaten im ersten Quartal 2000 noch um gut 100 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lagen, waren es zu Jahresmitte nur noch 60 %, und im August lag der Zuwachs nur noch bei 40 %. Diese Tendenz im Außenhandel mit den USA dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen, da sich das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten zuletzt deutlich abgeschwächt hat.

Handel mit Schwellenländern wieder auf Wachstumskurs

Eine Renaissance erfuhr der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern. Nachdem im Jahr 1999 die Exporttätigkeit noch unter den Nachwirkungen der Russlandkrise gelitten hat, wurden in diesem Jahr wieder die gewohnt hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre erreicht. Insbesondere bei den Ländern mit hohen Vorjahresverlusten konnten in diesem Jahr starke Zuwächse verbucht werden. So stiegen die Ausfuhren nach Russland und in die Ukraine bis Ende August 2000 um 64 % bzw. 43 %. Aber auch die Exporte in Richtung Tschechische Republik, Polen und Ungarn sind deutlich gestiegen, wenngleich bei den beiden letztgenannten Ländern die Steigerungsraten mit 21 % bzw. 18 % nicht ganz so hoch ausfielen. Die mittel- und osteuropäischen Länder werden auch in den nächsten Jahren zu attraktiven Märkten für die baden-württembergischen Unternehmen zählen. Das hohe reale Wachstum in dieser Region hat vor allem zu einem verstärkten Import von Investitions- und Gebrauchsgütern geführt – Waren, bei denen Baden-Württemberg weltweit häufig eine Spitzenstellung einnimmt. Mit einem Exportanteil von 8 % weist inzwischen der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern in etwa die gleiche Größenordnung wie mit Italien auf.

Der Handel mit den asiatischen Ländern kommt ebenfalls wieder in Schwung. Nachdem in den letzten drei Jahren beim Handel mit den ASEAN-Ländern erhebliche Einbußen zu verkräften

waren, konnten bis Ende August die Ausfuhren um 20 % gesteigert werden. Bei einer Bandbreite der Wachstumsraten von - 40 % bis zu + 85 % agierten die baden-württembergischen Exporteure gerade in Japan, dem mit Abstand wichtigsten Markt in dieser Region, erfolgreich. Von Januar bis August 2000 konnten die Ausfuhren dorthin um 40 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Exporte nach China, dem zweitwichtigsten Markt dieser Region, gingen dagegen um 20 % zurück.

Allein aus der Höhe der auf einzelnen Märkten erzielten Exportzuwächse lässt sich allerdings nur bedingt auf die Wettbewerbsstärke der heimischen Erzeugnisse schließen. Entscheidend ist vielmehr, wie sich die baden-württembergischen Exporte im Vergleich zur gesamten Importnachfrage des jeweiligen Auslandsmarktes entwickelt haben. Gemessen daran könnte Baden-Württemberg auf traditionell wichtigen Absatzmärkten im ersten Halbjahr 2000 erhebliche Marktanteile hinzugewinnen. So stiegen die Ausfuhren in die Niederlande rund dreimal, nach Italien, Frankreich und Großbritannien rund zweimal so stark wie die gesamten Importe dieser Länder. In den Vereinigten Staaten konnten dagegen die baden-württembergischen Exporte lediglich mit der dortigen Importnachfrage Schritt halten, und dies, obwohl der schwache Euro für zusätzlichen Nachfrageschub sorgte. Der Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist seit Januar 1999 um rund 25 % gesunken.

Handel

Belegung im Einzelhandel

Nach einer schwierigen Anfangsphase hat der Einzelhandel im Jahresverlauf Anschluss an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gefunden. Der nominale Umsatz, der in den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 realisiert wurde, legte mit einem Plus von über 3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zu. Auch die realen Umsätze stiegen mit 2 % stärker als im vorangegangenen Jahr.

Der Beschäftigungsabbau im Einzelhandel konnte dadurch gemildert werden. In den ersten drei Quartalen lag die Beschäftigtenzahl um durchschnittlich 0,7 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Allerdings macht sich in dieser leichten Zunahme ein Basiseffekt bemerkbar, da 1999 aufgrund der veränderten steuerlichen Behandlung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen die Beschäftigtenzahl stark gesunken war.

Die Teilzeitbeschäftigung nahm in den ersten drei Quartalen nochmals leicht um knapp 1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum ab. Damit setzte sich der Rückgang, der 1999 stattgefunden hatte, fort. Eine Umkehr ergab sich aber bei den Vollzeitbeschäftigten. Ihre Zahl nahm um durchschnittlich 2 % zu.

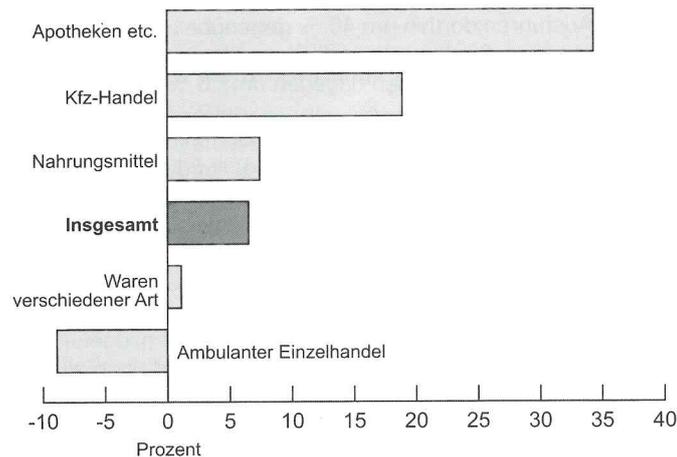
Kaufhäuser und Supermärkte erzielen deutliches Umsatzplus

Nachdem der klassische Einzelhandel ohne Kfz-Einzelhandel und Tankstellen 1999 noch einen leichten Rückgang des realen Umsatzes hinnehmen musste, wendete sich im vergangenen Jahr das Blatt zum Besseren: Der Umsatz bis zum Ende des dritten Quartals lag um 2½ % über dem des Vorjahreszeitraums. Ausschlaggebend für diese Erholung war der Aufschwung im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, der den Handel in Warenhäusern, Supermärkten und Verbrauchermärkten umfasst. In

Schaubild 6

Realer Umsatz in ausgewählten Bereichen des Einzelhandels in Baden-Württemberg

Veränderung 2000*) gegenüber 1995 in %



*) Am aktuellen Rand wurden die zwölf letzten Monate berücksichtigt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

509 00

dieser Sparte wuchs der reale Umsatz um knapp 6 %. Allerdings war der Wettbewerbsdruck nach wie vor hoch, so dass die Kunden in den Genuss von weitgehend stabilen Preisen kamen.

Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln erreichten mit knapp 7 % sogar ein noch stärkeres reales Umsatzwachstum als Warenhäuser und Supermärkte. Allerdings nimmt diese Sparte schon seit mehreren Jahren eine Sonderrolle innerhalb des Facheinzelhandels ein, der ansonsten eher durch eine unterdurchschnittliche Wachstumsdynamik gekennzeichnet ist. So auch im vergangenen Jahr. Sowohl der Nahrungsmittelseinzelhandel als auch der sonstige Facheinzelhandel, der unter anderem den Handel mit Möbeln, Elektrogeräten und Bekleidung umfasst, konnte den realen Umsatz lediglich um knapp 2 % ausdehnen. Gegenüber 1999, als beide Bereiche starke Absatzrückgänge hinnehmen mussten, stellt allerdings auch dies eine Entspannung dar.

Keine Besserung war dagegen beim Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen feststellbar. In diesem Segment, dem etwa der Versandhandel oder der Marktverkauf zugeordnet werden, lag bis September der Absatz um fast 10 % unter dem des Vorjahreszeitraums.

Während sich in weiten Teilen des klassischen Einzelhandels die Situation zumindest entspannt hat, kam es in der Sparte Kfz-Einzelhandel und Tankstellen zu einer Stagnation des realen Umsatzes. Hier hatte eine verhältnismäßig geringe Kfz-Nachfrage bei einem hohen Angebot an Neuwagen und Gebrauchtwagen für eine schwierige Situation am Markt gesorgt.

Nur vereinzelt Entspannung im Großhandel

Im Großhandel wuchsen die Umsätze der ersten drei Quartale um nominal 8½ % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Wenn man aber den Anstieg der Verkaufspreise im Großhandel in Rechnung stellt, dann ergibt sich ein reales Wachstum von 3 %. Dieses Wachstum wurde fast ausschließlich von zwei Bereichen getragen: dem Großhandel mit Kraftfahrzeugen und dem Handel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern.

Der Kfz-Großhandel, in dem auch Importeure und Exporteure von Fahrzeugen erfasst werden, konnte seinen realen Umsatz um gut 7 % ausdehnen. Vor allem die hohe Fahrzeugnachfrage im Ausland dürfte diese Expansion ermöglicht haben. Ein noch stärkeres reales Umsatzwachstum ließ sich im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern feststellen. Hier lag der Absatz der ersten drei Quartale um 11 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Auch in diesem Bereich, der den Handel mit Textilien, Einrichtungsgegenständen, Haushaltswaren und elektronischen Artikeln beschreibt, gingen wohl maßgebliche Impulse vom Außenhandel aus.

Bemerkenswert ist dagegen, dass es dem Handel mit Rohstoffen und Halbwaren sowie dem Handel mit Maschinen und Ausrüstungen noch nicht gelungen ist, von der günstigen gesamtwirtschaftlichen Situation zu profitieren. Der Handel mit Rohstoffen stagnierte in den ersten drei Quartalen und der Absatz im Handel mit Maschinen lag real sogar um gut 1 % unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Darin zeigt sich, dass der elektronische Handel den Industrieunternehmen verstärkt den direkten Kontakt mit Zulieferern ermöglicht. Die Position des Großhandels wird so geschwächt.

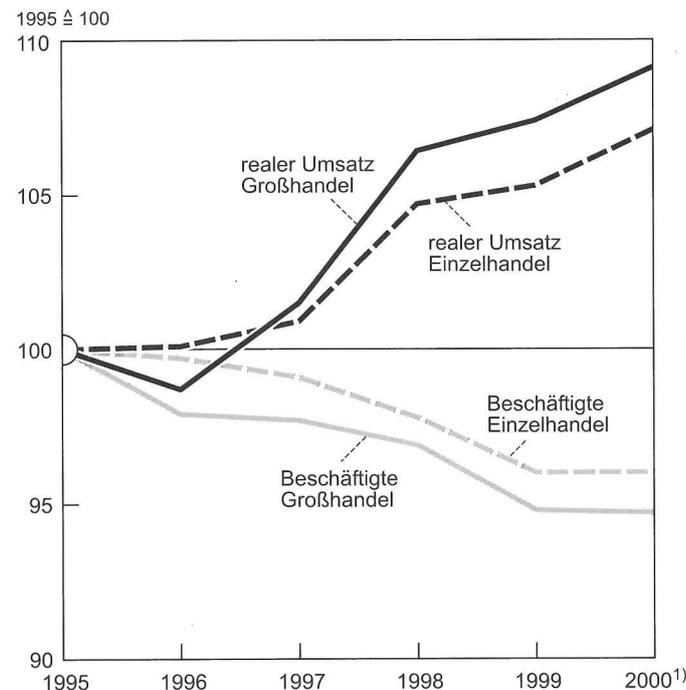
Der Umsatzrückgang im Handel mit Maschinen wurde lediglich vom Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und Tieren übertroffen. In dieser Sparte war ein Minderabsatz von knapp 3 % festzustellen.

Stagnierende Beschäftigung im Großhandel

Vor dem Hintergrund der Umsatzentwicklung im Großhandel ist es nicht erstaunlich, dass es in den ersten drei Quartalen zu keiner Beschäftigungsausdehnung kam. Zwar sind die Beschäf-

Schaubild 7

Realer Umsatz und Beschäftigte im Einzel- und Großhandel Baden-Württembergs seit 1995



1) Am aktuellen Rand werden die zwölf letzten Monate betrachtet.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

504 00

tigtenzahlen der ersten drei Quartale im Kraftfahrzeughandel durchschnittlich um 4 % und im Handel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern um 3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, diese Expansion wurde jedoch durch den Rückgang in den anderen Bereichen wieder wettgemacht. Vor allem im Nahrungsmittelgroßhandel und im Handel mit Rohstoffen fiel der Beschäftigungsrückgang mit einem Minus von 4 % und 3 % deutlich aus.

Wie im Einzelhandel hatte der Beschäftigungsrückgang seine Ursache in erster Linie in der Abnahme der Teilzeitbeschäftigung. Die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse sank um über 3 %. Als Ausgleich gab es bei den Vollzeitbeschäftigten mit einem Plus von 0,6 % sogar ein leichtes Wachstum.

Elektronischer Handel eröffnet neue Perspektiven

Die Einzelhändler rechnen in der näheren Zukunft mit einer weiteren Belebung der Umsätze, da mit dem Jahreswechsel und dem In-Kraft-Treten der ersten Stufe der Steuerreform die Kaufkraft der Haushalte steigen wird. Gewinnt die gesamtwirtschaftliche Erholung weiter an Nachhaltigkeit, dann dürfte sich auch die Absatzlage im Großhandel erholen.

In beiden Bereichen stehen allerdings noch erhebliche Strukturveränderungen an. Der elektronische Handel erzwingt sowohl bei den Einzelhändlern als auch bei den Großhändlern ein Überdenken der bisherigen Absatzstrategien und der angebotenen Leistungen. In Zukunft werden Dienstleistungen, welche die Information, die Logistik und die Zahlungsabwicklung rund um die angebotenen Güter betreffen, noch mehr an Gewicht gewinnen.

Tourismus und Gastgewerbe

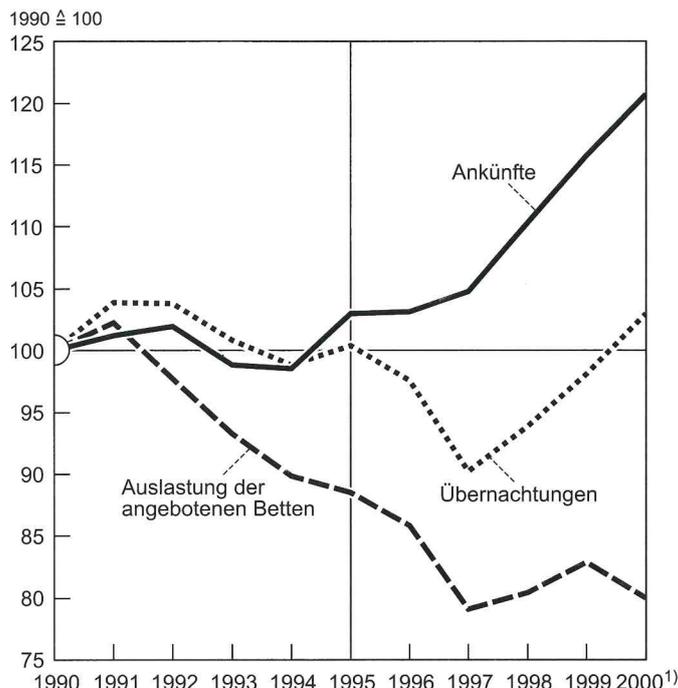
Die Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung im Gaststättengewerbe lässt auch in den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 keine nachhaltige Entspannung erkennen. Gleichwohl deutet das reale Wachstum des Gesamtumsatzes um 1 1/2 % darauf hin, dass die Phase rückläufiger Umsätze, die seit dem Anfang der 90er-Jahre anhielt, sich einem Ende nähert. Diese Stabilisierung konnte jedoch nicht verhindern, dass die Beschäftigung in den ersten drei Quartalen mit einem Minus von knapp 1 1/2 % erneut unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums lag.

Erholung in der Hotellerie und bei Kantinen

Im Aufwärtstrend liegt vor allem die Hotellerie, deren realer Umsatz der ersten drei Quartale das Niveau des Vorjahreszeitraums um 3 1/2 % überstieg. Damit setzte sich die Festigung, die bereits 1999 begonnen hatte, fort. Der Aufschwung in dieser Sparte, die auch Pensionen und Gaststätten umfasst, hatte sogar so viel Kraft, dass es zu einer leichten Ausweitung der Beschäftigung kam. Die Zahl der Arbeitsplätze nahm um gut 3 % zu.

Auch Kantinen und Caterer konnten ein kräftiges reales Umsatzplus verbuchen. Aufgrund der guten gesamtwirtschaftlichen Situation gelang es ihnen, den realen Umsatz um 8 % auszudehnen. Auch hier stieg die Beschäftigung mit einem Plus von 3 % deutlich. Sowohl das Umsatzminus als auch das Beschäftigungsminus, das 1999 eingetreten war, konnte so wieder wettgemacht werden.

Schaubild 8
Das Tourismusgewerbe in Baden-Württemberg seit 1990



1) Schätzung auf der Grundlage des 1. Halbjahres 2000.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

506 00

Merklich schlechter stellte sich die Situation in den übrigen Bereichen des Gaststättengewerbes dar. Insbesondere Betriebe, die Unterkünfte mit eingeschränktem Komfort bieten, wie Jugendherbergen und Campingplätze, mussten deutliche Verluste bei den Umsätzen und bei der Beschäftigung hinnehmen. Aber auch bei Restaurants und Cafés lag der reale Umsatz der ersten drei Quartale um 3 % unter dem des Vorjahreszeitraums. Die Beschäftigung ging sogar um fast 8 % zurück.

Attraktivität des Landes für ausländische Gäste steigt

Die Konsolidierung im Hotelleriebereich wurde durch die steigenden Übernachtungszahlen im vergangenen Jahr ermöglicht. Im gesamten Tourismusgewerbe lag die Zahl der Übernachtungen in den ersten drei Quartalen um gut 3 % über der Anzahl des Vorjahreszeitraums. Damit nahm das Wachstum gegenüber 1999 zwar leicht ab, die seit 1998 zu beobachtende positive Grundtendenz hielt jedoch weiter an. Unter diesen Umständen dürfte die Gesamtzahl der Übernachtungen im Land die 1999 erreichte Zahl von 38 Mill. deutlich überschreiten. Da knapp zwei Drittel der Übernachtungen auf die Hotellerie entfallen, profitierte diese ganz besonders von der Zunahme.

Leicht überdurchschnittlich wuchs die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste mit einer Steigerungsrate von knapp 4 %. Allerdings deutet der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtzahl in Höhe von 13 % darauf hin, dass das Potenzial in diesem Bereich noch nicht vollständig ausgeschöpft wurde.

Die steigende Übernachtungszahl änderte jedoch noch nichts Grundsätzliches an der verhältnismäßig geringen Auslastung der Kapazitäten. Der Auslastungsgrad der angebotenen Betten er-

reichte in den ersten drei Quartalen knapp 40 %. Trotz der leichten Erhöhung gegenüber 1999 lag dieser Wert immer noch deutlich unter dem Spitzenwert von 45 %, der 1991 erreicht worden war. Auch an der rückläufigen Tendenz der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer änderte sich nichts. Sie beträgt nach wie vor 3 Tage, nachdem sie Anfang der 90er-Jahre noch bei 3,5 Tagen gelegen hatte.

Heilbäder erleben eine Renaissance

Nicht nur die Hotellerie verzeichnete im vergangenen Jahr zunehmende Übernachtungszahlen. Noch stärker konnten die Sanatorien und Kurkrankenhäuser, auf die über 20 % der Übernachtungen entfallen, ihren Marktanteil ausbauen. Davon profitierten in besonderem Maße die Heilbäder, also Mineral- oder Moorbäder, heilklimatische Kurorte und Kneippkurorte. Diese Gemeinden, die seit Mitte der 90er-Jahre besonders unter den Sparmaßnahmen im Kurbereich gelitten hatten, konnten eine Zunahme der Übernachtungen um 5 % realisieren. Damit stieg ihr Anteil an der Gesamtzahl der Übernachtungen auf knapp ein Drittel.

Die Kategorie der Luftkur- und Erholungsorte, die ungefähr ein Viertel der Übernachtungen auf sich vereint, entwickelte sich dagegen nur durchschnittlich. Mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum der Übernachtungen mussten sich die sonstigen, nicht prädikatisierten Gemeinden zufrieden geben, die in den letzten Jahren regelmäßig die stärksten Zunahmen erlebt hatten.

Bodensee-Oberschwaben zieht Touristen an

Auch in der regionalen Struktur des Fremdenverkehrs ergaben sich im vergangenen Jahr bemerkenswerte Entwicklungen. Als Gewinner im Bemühen um die Gäste entpuppt sich neuerdings die Tourismusregion Bodensee-Oberschwaben. Bei einem Zuwachs von 6 % in den ersten drei Quartalen konnte sie ihren Anteil an den Übernachtungen im Land auf über 15 % ausbauen. Die Region Neckarland-Schwaben, auf die rund 37 % der Übernachtungen entfallen, verzeichnete dagegen nur eine durchschnittliche Steigerung. Und in der größten Tourismusregion des Landes, dem Schwarzwald, blieb die Zunahme der Übernachtungen mit gut 2½ % sogar hinter der Gesamtentwicklung zurück.

Ausländische Gäste und Familien sind wichtige Zielgruppen

Mit der guten gesamtwirtschaftlichen Situation dürfte die Reiselust im In- und Ausland weiter steigen. Ob Baden-Württemberg angesichts der starken Konkurrenz der Urlaubsregionen davon besonders profitieren kann, ist allerdings fraglich. Das Tourismusgewerbe im Land ist darauf angewiesen, spezifische Gästegruppen gezielt anzusprechen. Sowohl im Bereich des Familienurlaubs als auch bei den ausländischen Gästen besteht dafür noch Potenzial. Da diese Gruppen in der Regel eine überdurchschnittliche Aufenthaltsdauer haben, würde diese besonders dazu beitragen, die unbefriedigende Kapazitätsauslastung zu verbessern.

Handwerk

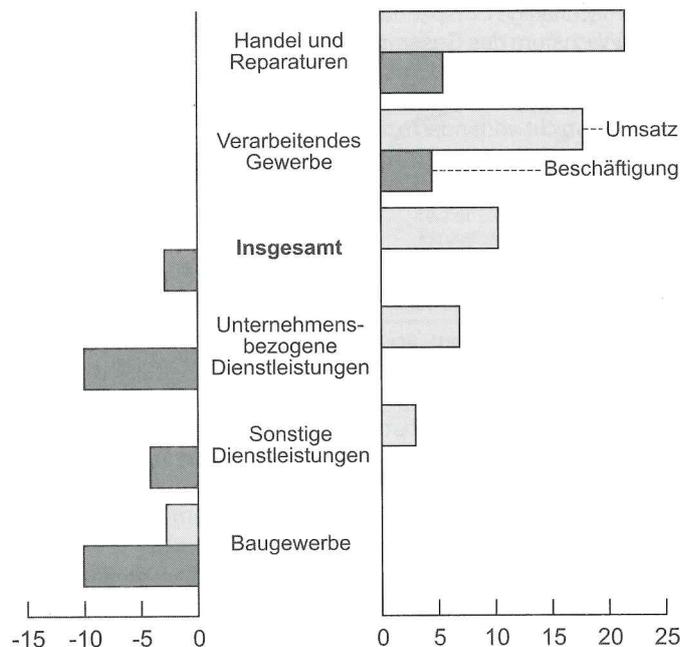
Die gesamtwirtschaftliche Erholung im Jahr 2000 hat die Situation des baden-württembergischen Handwerks merklich verbes-

sert. Die im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres realisierten nominalen Umsätze ohne Umsatzsteuer lagen um 8 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Damit zeichnet sich ab, dass der Gesamtumsatz im vergangenen Jahr die Vorgabe aus 1999 in Höhe von über 120 Mrd. DM übertreffen wird und das Handwerk im dritten Jahr in Folge seinen nominalen Umsatz ausdehnen kann.

Verarbeitendes Gewerbe treibt das Umsatzwachstum voran

Im ersten Halbjahr hat vor allem in den Handwerksbetrieben des Verarbeitenden Gewerbes das Umsatzwachstum an Fahrt gewonnen. Während 1999 die Umsätze lediglich um 3 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen hatten, erreichte ihr Wachstum im ersten Halbjahr 2000 eine Steigerungsrate von 11 %. Insbesondere das industrienaher Handwerk hat innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes an der guten Konjunktorentwicklung partizipiert. Die Betriebe im Maschinenbau und in der Medizin- und Messtechnik konnten ihren Umsatz aufgrund der höheren Investitionsbereitschaft deutlich steigern. Die Hersteller von Metallerzeugnissen, die zu einem großen Teil Zulieferer der Exportindustrie sind, profitierten von der dynamischen Ausweitung des Außenhandels. Ein überaus starkes Umsatzwachstum verzeichnete darüber hinaus das Holzgewerbe, in dem neben Sägewerken auch die Hersteller von Konstruktionsteilen sowie die Hersteller von Verpackungsmitteln und Lagerbehältern aus Holz erfasst werden. Hier trieb die gute Nachfrage nach Verpackungsmitteln, Papier und Zellulose die Umsatzentwicklung voran.

Schaubild 9
Umsatz und Beschäftigung im Handwerk Baden-Württembergs
Veränderung 2000*) gegenüber 1996 in %



*) Am aktuellen Rand wurden die vier letzten Quartale berücksichtigt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

505 00

Durchwachsen in den übrigen Handwerkssparten

Gegenüber 1999 zeichnet sich auch in den Handwerksbetrieben des Baugewerbes eine leichte Belebung ab. Im ersten Halbjahr lagen die Umsätze knapp 6 % über dem Vorjahreszeitraum. Vor allem der Bereich „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau“ sowie der Bereich „Bauinstallationen“ scheint von einer gewissen Stabilisierung der Bauwirtschaft im ersten Quartal profitiert zu haben. Nach wie vor schwach ist die Umsatzentwicklung dagegen im sonstigen Baugewerbe, das vor allem das Ausbaugewerbe umfasst.

In den Betrieben des Handels scheint das Umsatzwachstum sein Tempo von 1999 beizubehalten. Mit einer Veränderungsrate von knapp 7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurde das im Vorjahr erreichte Expansionstempo nur geringfügig unterschritten. Vor allem der Großhandel konnte seine Umsätze nach einem schwachen Vorjahr aufgrund der guten gesamtwirtschaftlichen Situation kräftig ausdehnen. Weniger günstig verlief die Umsatzentwicklung im Einzelhandel und im Kfz-Handel. Hier machte sich die verhaltene private Konsumnachfrage, insbesondere die rückläufige Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, nachteilig bemerkbar.

Die Anbieter von unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wie etwa Gebäudereinigungen und Logistikdienstleister, konnten ihre Umsätze im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum kräftig ausdehnen. Mit einer Veränderungsrate von knapp 10 % war die Dynamik in diesem Sektor weitaus höher als noch 1999. Die Anbieter von Dienstleistungen für private Haushalte konnten dabei nicht mithalten. Ihnen gelang es jedoch, mit 3 % das Wachstumstempo des Vorjahres zu halten.

Beschäftigung im Handwerk stagniert

Die in weiten Teilen günstige Umsatzentwicklung schlug sich jedoch nicht in einer Beschäftigungsausdehnung nieder. Im ersten Halbjahr stagnierte die Beschäftigtenzahl. Damit scheint aber zumindest der Arbeitsplatzabbau, der in den Jahren seit 1996 stattgefunden hat, ein Ende gefunden zu haben.

Zu einer wesentlichen Ausweitung des Arbeitsplatzangebots kam es lediglich im Handel, wo im ersten Halbjahr die Beschäftigtenzahl um 3 % über dem, allerdings niedrigen, Niveau des Vorjahres lag. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde wie bereits 1999 der Beschäftigungsstand gehalten. Zum Stillstand kam der Arbeitsplatzabbau im Baugewerbe und bei den Anbietern haushaltsbezogener Dienstleistungen. Die unternehmensbezogenen Dienstleister bauten jedoch trotz der verhältnismäßig günstigen Umsatzentwicklung Arbeitsplätze ab: Der Beschäftigungsabbau erreichte im ersten Halbjahr mit einem Minus von 4 % fast die gleiche Geschwindigkeit wie im Vorjahr. Hier wird der hohe Rationalisierungsdruck im Bereich der einfachen Dienstleistungen besonders deutlich.

Handwerk profitiert nur von breitem Aufschwung

Der stark vom Export getragene gesamtwirtschaftliche Aufschwung kommt nur einzelnen Bereichen des Handwerks zugute. Dazu zählen die industrienahen Zweige des Verarbeitenden Gewerbes, die unternehmensbezogenen Dienstleistungsanbieter und der Großhandel. In den Handwerkszweigen, die auf den privaten Konsum angewiesen sind, hat sich im ersten Halbjahr nur zögerlich eine Belebung bemerkbar gemacht.

Ein größerer Teil des Handwerks wird erst dann von dem Aufschwung profitieren, wenn auch die private Konsumnachfrage mehr Dynamik gewinnt. Selbst bei einem beständigen und dau-

erhaften Aufschwung wird allerdings der Beschäftigungsaufbau gering bleiben. Zum einen besteht in einzelnen Branchen nach wie vor ein hoher Rationalisierungsdruck, und durch den Einsatz neuer Technologien lassen sich Produktionsprozesse weiter straffen. Auf der anderen Seite erweist es sich für viele Betriebe als schwierig, geeignete Arbeitskräfte zu finden, da die Löhne im Handwerk deutlich unter dem Industrieniveau liegen. Mit dem Generationenwechsel stellt sich darüber hinaus in vielen Betrieben die Frage der Nachfolge. Fehlen Nachkommen, die bereit sind, den Betrieb weiterzuführen, dann ist häufig seine Existenz gefährdet.

Baugewerbe steht weiter im Konjunkturschatten

Während die Industrie- und Dienstleistungsbranchen im vergangenen Jahr ihr Wachstum kräftig steigern konnten, erweist sich das Bauhauptgewerbe einmal mehr als Sorgenkind. Nach einer sechs Jahre währenden Talfahrt hat sich zwar im Laufe des Jahres 1999 die Situation im Bauhauptgewerbe stabilisiert, die erwartete Belebung blieb bisher indes aus. In den ersten neun Monaten des Jahres 2000 verzeichnete das Bauhauptgewerbe zwar ein leichtes Produktionsplus von real knapp 2 %, die Auftragseingänge und Auftragsreserven schrumpften dagegen weiter. Entscheidend für das Gesamtergebnis war, dass der Tiefbau seine Produktion um gut 5 % ausweitete und damit seinen im zweiten Halbjahr 1999 einsetzenden Aufwärtstrend fortsetzen konnte. Negativ entwickelte sich dagegen der Hochbau, dessen Produktionsergebnis im gleichen Zeitraum ein Minus von 1 % aufwies.

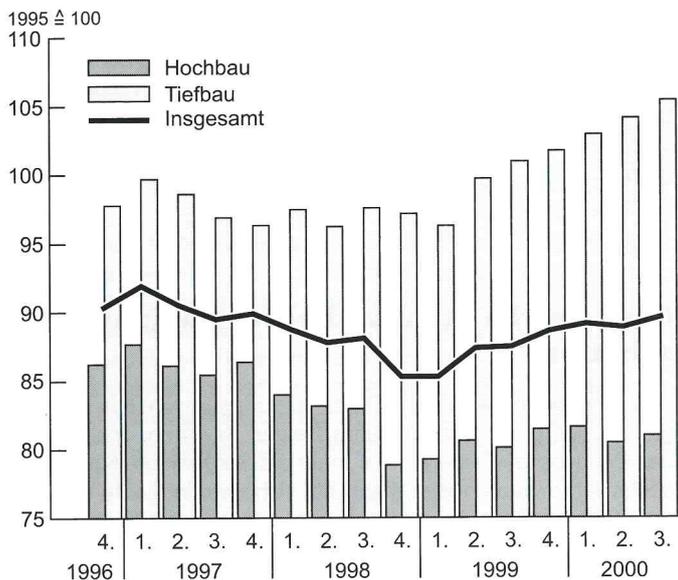
Nominal leichtes Umsatzwachstum – Real lediglich auf Vorjahresniveau

Der flauere Geschäftsgang im Bauhauptgewerbe spiegelt sich seit Jahresbeginn auch in den für die einzelnen Bausparten vorliegenden Umsatzzahlen wider. Mit einem Zuwachs von gut 2 % fielen die arbeitstäglich bereinigten nominalen Umsatzzahlen zwar etwas günstiger aus als das reale Produktionsergebnis, dies lag aber vor allem an den leicht gestiegenen Baupreisen. Preisbereinigt lagen die Umsatzzahlen im Zeitraum von Januar bis September 2000 lediglich auf Vorjahresniveau. Dabei hatten sich die Umsätze zu Jahresbeginn noch ausgesprochen günstig entwickelt, erst in den Sommermonaten verschlechterte sich die Situation abrupt und die bis dahin realisierten Zuwächse wurden nahezu neutralisiert. Im Hochbau erzielten zwar dennoch alle Bausparten in den ersten neun Monaten des Jahres 2000 leichte Umsatzzuwächse, im Wohnungsbau und Öffentlichen Hochbau erreichten sie aber mit einem Plus von nominal jeweils 0,9 % kaum eine nennenswerte Größenordnung. Auch die Entwicklung im Wirtschaftsbaubereich verlief trotz einer Umsatzsteigerung von 2½ % insgesamt enttäuschend, da die sehr guten gesamtwirtschaftlichen Vorgaben ein stärkeres Wachstum haben erwarten lassen. Lebhafter verlief dagegen die Bautätigkeit im Tiefbaubereich, der von Januar bis September 2000 ein Umsatzwachstum von nominal 4 % gegenüber dem Vorjahr vorweisen konnte. Allerdings resultierte das Wachstum ausschließlich aus den kräftigen Umsatzgewinnen in der Straßenbausparte, die bis Ende September 2000 das Ergebnis des Vorjahres um knapp ein Fünftel übertreffen konnte. Im Öffentlichen Tiefbau erreichten die Umsätze lediglich das Vorjahresniveau, beim Wirtschaftsbaubereich verfehlten sie das Vorjahresergebnis sogar um gut 8 %.

Schaubild 10

Entwicklung der realen Rohbauproduktion in Baden-Württemberg seit 4. Quartal 1996

Gleitende 4-Quartals-Durchschnitte, kalenderbereinigt



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

496 00

Erholung lässt weiter auf sich warten

Angesichts der insgesamt schwachen Auftragsentwicklung bleiben die Aussichten für das Bauhauptgewerbe gedämpft. Von Januar bis September 2000 lagen die Auftragseingänge um rund 1 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Veränderungsdaten in den Bereichen Hoch- und Tiefbau entwickelten sich dabei genau spiegelbildlich. Während die Nachfrage nach Tiefbauleistungen um 3 % höher ausfiel, verfehlte sie im Hochbau das Vorjahresergebnis um den gleichen Betrag.

Tabelle 1

Ausgewählte Merkmale aus dem Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 1998, 1999 und 2000

Auftragseingänge, nominal

Merkmal	1998	1999	1. - 3. Quartal 2000
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Insgesamt	+ 5,9	+ 0,9	- 0,6
davon			
Hochbau	+ 2,8	+ 1,1	- 3,1
davon			
Wohnungsbau	- 7,5	- 2,8	- 5,5
Wirtschaftshochbau ¹⁾	+ 15,0	+ 3,5	- 0,6
Öffentlicher Hochbau ²⁾	+ 9,9	+ 8,7	- 3,0
Tiefbau	+ 10,8	+ 0,6	+ 3,0
davon			
Straßenbau	+ 14,6	+ 4,6	+ 10,5
Öffentlicher Tiefbau	+ 1,7	- 4,8	+ 0,8
Wirtschaftstiefbau ³⁾	+ 19,7	+ 1,3	- 6,8

1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau, Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - 3) Einschließlich Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen.

Allerdings ist die Lage im Tiefbau trotz der positiven Nachfrageentwicklung labil, wie ein Blick auf die einzelnen Bausparten zeigt. Die gute Auftragslage im Tiefbau resultiert nämlich lediglich aus der stark gestiegenen Nachfrage nach Straßenbauleistungen, die binnen Jahresfrist um 11 % zulegte. Bei den beiden übrigen Bausparten entwickelte sich der Auftragseingang erheblich schlechter. Während die Auftragseingänge im Öffentlichen Tiefbau immerhin noch das Vorjahresniveau erreichten, verzeichneten die Bauunternehmen im gewerblich-industriellen Tiefbau mit einem Auftragsminus von 7 % eine stark rückläufige Nachfrage.

Im Hochbau lag der Auftragseingang bis Ende September 2000 in allen Sparten unter den entsprechenden Vorjahresergebnissen. Mit einem Minus von reichlich 5 % fiel der Nachfragerückgang im Wohnungsbau erwartungsgemäß stark aus, dies hatte sich nach dem Verlauf der Baugenehmigungen schon seit langem angedeutet. Unerwartet schwach entwickelte sich dagegen der Wirtschaftshochbau, obwohl sich für diese Bausparte die Rahmenbedingungen ausgesprochen günstig darstellten. Die Industrie- und Dienstleistungsbranchen produzieren zunehmend nahe den Kapazitätsgrenzen, und die bisherigen Prognosen gehen für das kommende Jahr nur von einer leicht geringeren Wachstumsdynamik aus. Die Erfahrung mit vorangegangenen Aufschwungphasen hatte deshalb auf eine verstärkte Nachfrage nach Bauleistungen hoffen lassen, weil sie in der Regel erst die Voraussetzung für die Investitionen in neue Maschinen schaffen. Dennoch verfehlte hier der Auftragseingang das Vorjahresergebnis knapp. Auch beim Öffentlichen Hochbau, der mit einem Umsatzanteil von 7 % kleinsten Hochbausparte, hat sich die Auftragslage erheblich verschlechtert. Nachdem im Jahr 1999 noch ein kräftiges Plus von 9 % realisiert wurde, gingen bis zum Herbstanfang 3 % weniger Aufträge ein als im Jahr zuvor.

Aufschwung noch nicht in Sicht

In den nächsten Monaten dürften sich die Auftrags- und Produktionszahlen kaum merklich verbessern. Ein Blick auf die Entwicklung der Baugenehmigungen zeigt, dass es bis Jahresende sogar schwierig wird, das Vorjahresniveau zu halten. Als Schwachstelle erweist sich insbesondere der Wohnungsbau, der mit einem Umsatzanteil von 42 % mit großem Abstand bedeutendsten Sparte des Bauhauptgewerbes. Die Genehmigungszahlen gaben erneut stark nach und gingen bis Ende September um 16 % zurück. Der Rückgang fiel vor allem deshalb so stark aus, weil nun neben dem Zwei- und Mehrfamilienhausbau auch der Einfamilienhausbau gravierende Schwächen zeigte und seine Funktion als wichtige Nachfragestütze zu verlieren scheint. In allen drei Wohnungsbausegmenten verfehlten die Genehmigungszahlen das Vorjahresniveau in nahezu der gleichen Größenordnung. Angesichts der demografischen Entwicklung, der beabsichtigten Änderungen im Mietrecht, rückläufiger öffentlicher Fördermittel und einer im Durchschnitt guten Wohnungsversorgung dürfte es auf absehbare Zeit nicht zu einer Trendwende im Wohnungsbau kommen. Lediglich der Wirtschaftsbau und in Teilen der Öffentliche Bau dürfen im laufenden Jahr auf leichte Zuwächse hoffen. Darauf deutet zumindest das bisher genehmigte Neubausvolumen hin.

Beschäftigung im Aufwärtstrend

Im Jahr 2000 hat sich die Lage für die Beschäftigten im Land weiter verbessert. Der kräftige konjunkturelle Aufschwung hat dafür gesorgt, dass die Beschäftigung den seit 1997 eingeschla-

ge
De
zie
ge
ba
st:
Er
nu
we
Ze

Di
19
ge
so
ler
M
be
La
be
pu
un
lie
un
hö
rat
In
Er
ch
10
ge
ge
we
stä

H
Eir
Za
fas
Ve
pro
sch
du
dri
de
He
tät
sch
die
Wi
öff
die
De
tivi
vor
be:
erf
rea
dul
ers

1 v
sch
43/2

genen Aufwärtstrend fortsetzen und sogar verstärken konnte. Der vom Statistischen Landesamt für das Jahr 2000 prognostizierte Zuwachs um rund 35 000 Arbeitsplätze, der nach bisheriger Rechnung in der Größenordnung des konjunkturell vergleichbaren Jahres 1998 liegt, dürfte nach Revision der Erwerbstätigenstatistik erheblich übertroffen werden. Durch diese Korrektur der Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die eine Rückrechnung bis zum Jahr 1991 einschließt, werden Diagnose und Prognose der Gesamtbeschäftigung zur Zeit erheblich beeinträchtigt.

Die Revision der Erwerbstätigenzahlen war nach der zum 1. April 1999 eingeführten Sozialversicherungspflicht für ausschließlich geringfügig Beschäftigte notwendig geworden: die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weist nunmehr Zahlen aus, die deutlich höher sind als zuvor auf der Grundlage des Mikrozensus ermittelt. Während die Revision auf Bundesebene bereits abgeschlossen ist, ist mit entsprechenden Angaben auf Landesebene erst im Frühjahr 2001 zu rechnen. Zwar liefern bereits vorliegende Ergebnisse für Deutschland erste Anhaltspunkte dafür, wie sich die Neuberechnung auf absolute Höhe und Verlauf der Erwerbstätigenzahl auswirkt: auf Bundesebene liegt die Zahl der Erwerbstätigen nach Revision im Jahr 1991 um fast 700 000, im ersten Quartal 2000 sogar um gut 2,2 Mill. höher als nach früherem Erfassungsmodus. Auch die Zuwachsraten der Erwerbstätigkeit fallen höher aus als vor der Revision. In der ersten Jahreshälfte 2000 gab es bundesweit einen Erwerbstätigenzuwachs um 630 000 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, nach alter Erfassungspraxis nur um 100 000.¹ Für Rückschlüsse auf Landeswerte reichen diese Ergebnisse nicht aus. Es ist nämlich davon auszugehen, dass die geringfügige Beschäftigung in den einzelnen Bundesländern auch wegen der abweichenden Wirtschaftsstruktur unterschiedlich stark vertreten ist.

Hohe Produktivität dämpft Erwerbstätigenzuwachs

Einiges spricht dafür, dass nach bisheriger Erfassungspraxis die Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg im Jahr 2000 fast wieder das Niveau des Rezessionsjahres 1993 erreicht hat. Verglichen mit dem kräftigen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts war der Zuwachs an Arbeitsplätzen seit 1993 aber nur schwach. Rationalisierungsmaßnahmen im großen Stil und das durch Strukturwandel und technischen Fortschritt bedingte Vordringen weniger personalintensiver Dienstleistungen ließen in den letzten Jahren den Produktivitätszuwachs kräftig steigen. Heute braucht man im Südwesten durchschnittlich 9 Erwerbstätige, um 1 Mill. DM an realem Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften, im Jahr 1993 waren es noch 10,3 Erwerbstätige. Durch diesen Produktivitätsfortschritt hat sich die Schere zwischen Wirtschafts- und Erwerbstätigenentwicklung immer mehr geöffnet. Gemessen am konjunkturell vergleichbaren Jahr 1998 war die Produktivitätszunahme im Jahr 2000 nicht mehr so stark. Der Vergleich dürfte anders aussehen, wenn man die Produktivität auf der Grundlage von Erwerbstätigenstunden anstelle von Personen berechnet. Je stärker sich nämlich die Teilzeitbeschäftigung ausweitet und in der Erwerbstätigenstatistik erfasst wird, desto weniger eignet sich die oben beschriebene reale Wirtschaftsleistung „pro Kopf“ als Gradmesser für die Produktivität. In Deutschland ergab die Pro-Kopf-Betrachtung im ersten Halbjahr 2000 einen geringeren Produktivitätsfortschritt

¹ Vgl. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, in: Wochenbericht des DIW 43/2000, S. 717.

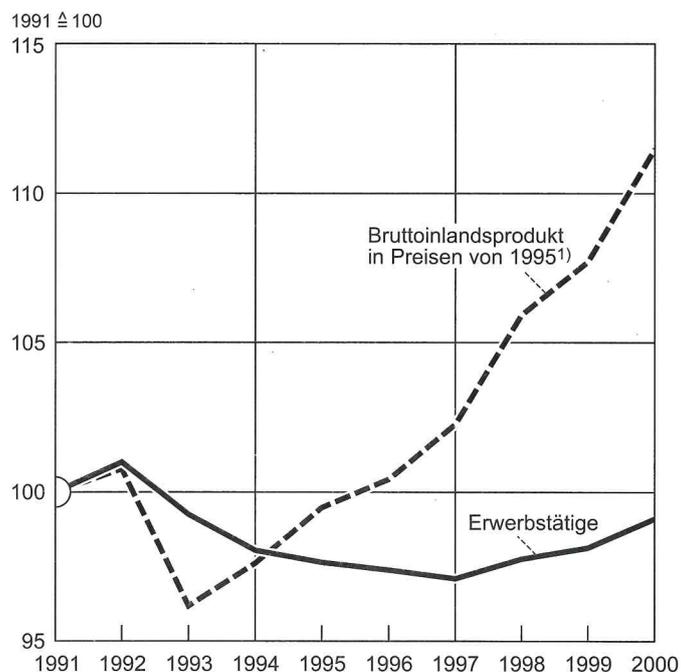
als im ersten Halbjahr 1998, bei Berücksichtigung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit dagegen einen stärkeren Produktivitätszuwachs.

Branchenweit im Aufwärtstrend – mit Ausnahme des Baugewerbes

Wie aus den Fachstatistiken für das Verarbeitende Gewerbe, das Bauhauptgewerbe, den Handel und das Gastgewerbe hervorgeht, tendierte die Beschäftigungslage im Jahr 2000 mit Ausnahme des Bauhauptgewerbes in allen Bereichen besser. Im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigten die Betriebe hier zu Lande in den ersten drei Quartalen 2000 rund 9 500 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Nachdem im ersten Quartal noch Stellen abgebaut worden waren, gab es im Oktober gut 21 000 Arbeitsplätze mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Im gesamten Jahr dürfte der Stellenzuwachs durchschnittlich bei rund 12 000 liegen. Damit erreichte die Beschäftigtenzahl in diesem Wirtschaftsbereich wieder ein Niveau wie seit fünf Jahren nicht mehr. Auch im Einzelhandel zeichnet sich nach schwachen Beschäftigungsjahren ein leichter Zuwachs um 1 % gegenüber 1999 ab, während im Großhandel der Aufwärtstrend in der zweiten Jahreshälfte gerade ausreichte, um den Beschäftigtenstand des Jahres 1999 zu halten. Das Gastgewerbe weist im Vorjahresvergleich trotz Erholung noch ein Beschäftigungsminus aus. Einzig im Bauhauptgewerbe hat sich im abgelaufenen Jahr die Stellensituation verschlechtert. Nach kurzfristiger Erholung im Jahr 1999 erreichte der Stellenabbau im Jahr 2000 mit fast 4 000 wieder ein Ausmaß wie im Jahr 1998.

Auch die Dienstleistungsunternehmen dürften im abgelaufenen Jahr wesentlich zur guten Erwerbstätigenentwicklung beigetragen haben. Die Bundesergebnisse deuten darauf hin, dass so-

Schaubild 11
Erwerbstätigen- und Wirtschaftsentwicklung
in Baden-Württemberg seit 1991



1) Berechnungsstand: Frühjahr 2000; Jahr 2000: Prognose.

Tabelle 2
**Beschäftigte in Baden-Württemberg seit 1997
nach Wirtschaftsbereichen**
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe	Bauhauptgewerbe	Einzelhandel	Großhandel	Gastgewerbe
1997	- 0,2	- 7,3	- 0,6	- 0,4	+ 0,1
1998	+ 1,6	- 3,3	- 1,3	- 0,9	+ 0,0
1999	+ 0,1	- 0,5	- 2,3	- 1,7	- 6,4
2000 ¹⁾	+ 0,9	- 3,3	+ 1,0	- 0,1	- 0,8

1) Hochrechnung auf Basis der ersten drei Quartale.

wohl Dienstleister aus dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister als auch die Anbieter privater und öffentlicher Dienstleistungen ihren Personalbestand kräftig aufstockten.

Vergleicht man die Erwerbstätigenentwicklung der Jahre 1998 und 2000 in der Zusammenschau aller Wirtschaftsbereiche, hat sich der Stellenzuwachs im Jahr 2000 stärker vom Verarbeitenden Gewerbe weg hin zu den Dienstleistungsunternehmen verlagert. Im Jahr 2000 blieb der Stellenzuwachs im Verarbeitenden Gewerbe mit rund 12 000 deutlich hinter dem Jahr 1998 zurück. Seinerzeit waren 19 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Das stärkere Gewicht der Dienstleistungsbranchen beim Stellenzuwachs dürfte allerdings durch einen Sondereinfluss begünstigt sein. Die Zahl der Erwerbstätigen war dort im Gefolge der Neuregelung der 630-Mark-Jobs zum 1. April 1999 stark zurückgegangen, weshalb der Zuwachs über weite Strecken des Jahres 2000 an einem niedrigen Ausgangsniveau gemessen wurde. Auch der seit April 2000 zu beobachtende Beschäftigtenzuwachs in Handel und Gastgewerbe sowie im Verarbeitenden Gewerbe steht unter dem Eindruck dieses Basiseffekts, jedoch nicht so stark wie bei den von Teilzeitjobs geprägten Dienstleistern.

Erwerbstätigenentwicklung durch Fachkräftemangel gebremst

Die hervorragende Verfassung der Konjunktur im Jahr 2000 hätte noch positivere Spuren auf dem Beschäftigungsmarkt hinterlassen, wenn der Zuwachs an Arbeitsplätzen im Land nicht durch einen akuten Fachkräftemangel gebremst worden wäre. Nachdem die Industrie bereits seit geraumer Zeit händeringend Ingenieure sucht, konnte im Jahr 2000 die stark wachsende Informations- und Telekommunikationsbranche (IT-Branche) kein qualifiziertes Fachpersonal mehr finden. Im Südwesten dürfte der Mangel an Ingenieuren und IT-Fachkräften in besonderem Maße zu Buche geschlagen haben. Gerade die Investitionsgüterbranchen „Maschinenbau“, „Fahrzeugbau“ und „Büro- und Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ sind hier zu Lande die Hauptarbeitgeber in der Industrie und waren im Jahr 2000 dank florierender Geschäfte die Branchen mit dem stärksten Beschäftigtenzuwachs. In den ersten drei Quartalen 2000 kam das um 9 500 Stellen höhere Arbeitsplatzangebot im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres durch den Zuwachs um gut 5 000 Beschäftigte im Fahrzeugbau, um 2 500 bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten und um knapp 2 000 im Maschinenbau zustande. In den übrigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes hielten sich

Stellenzuwachs und -abbau per saldo die Waage. Während das Beschäftigtenplus im Fahrzeugbau seit 1998 tendenziell schwächer ausfällt, gewann der Beschäftigtenzuwachs bei den beiden anderen Branchen an Kraft.

Auch die Zahl der von der Bundesanstalt für Arbeit erteilten Arbeitslaubnisse für ausländische IT-Fachkräfte – besser bekannt unter dem Namen „Green Cards“ – dokumentiert den hohen Stellenwert dieser Fachkräfte für die Südwestwirtschaft. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wurden bis Mitte September 2000, also in den ersten sechs Wochen nach Inkrafttreten der neuen Verordnung zur Zulassung ausländischer IT-Fachkräfte, bundesweit knapp 1 600 Arbeitslaubnisse erteilt. Mit fast 350 erteilten Green Cards entfiel gut jede fünfte auf Baden-Württemberg. Nur in Bayern lag die Zahl mit 430 höher.

Gute Beschäftigungsperspektiven für 2001

Der Aufwärtstrend bei der Beschäftigung sollte sich im Jahr 2001 fortsetzen. Nicht nur wegen des leicht gedrosselten Wirtschaftswachstums könnte die Zunahme der Erwerbstätigen aber etwas schwächer ausfallen als im abgelaufenen Jahr. Der verstärkte Personalzuwachs im Dienstleistungssektor dürfte nicht ganz ausreichen, das geringere Stellenplus in der Industrie auszugleichen.

In der Industrie dürfte sich der Aufwärtstrend der Beschäftigtenentwicklung abschwächen, weil der Stellenzuwachs dort durch die nachlassenden konjunkturellen Impulse und den nach wie vor aktuellen Fachkräftemangel gebremst wird. Die dämpfenden Effekte im Verarbeitenden Gewerbe dürften aber teilweise wieder ausgeglichen werden durch moderate Tariffrunden im Jahr 2000, die bei längeren Laufzeiten die Planungssicherheit für das Jahr 2001 für viele Unternehmen erhöht haben. Auch im Dienstleistungssektor sind gegenläufige Entwicklungen zu erwarten, die sich per saldo in einem verstärkten Stellenzuwachs niederschlagen dürften. Dort ist davon auszugehen, dass der Wegfall des oben angesprochenen begünstigenden Basiseffekts durch die Entfaltung der Konsumnachfrage im Gefolge der steuerlichen Entlastungen überkompensiert wird, so dass sich im Dienstleistungssektor der Stellenzuwachs leicht verstärken dürfte.

Lage auf dem Arbeitsmarkt spürbar besser

Die Lage auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2000 spürbar verbessert. Bei allen wichtigen Indikatoren standen die Zeichen auf Entlastung: von Januar bis Oktober gab es im Land durchschnittlich 283 000 Arbeitslose, fast 44 000 weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres, die Zahl der Kurzarbeiter sank gegenüber 1999 um fast die Hälfte auf 8 500, und bei den Arbeitsämtern gingen rund 87 000 Stellenangebote ein, fast ein Viertel mehr als in den ersten zehn Monaten 1999.

Mit dieser Entwicklung gelang dem Arbeitsmarkt nach 1998 und 1999 ein weiterer Schritt auf dem Weg zu seiner letzten Bestform in den Hochkonjunkturjahren 1990/91. Erstmals seit 1993 unterschritt die Zahl der Arbeitslosen im zurückliegenden Jahr die 300 000-Marke, und die auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote war bei 5,5 % im Oktober sogar so niedrig wie seit acht Jahren nicht mehr. Trotz dieser positiven Tendenzen im Jahr 2000 wiegen die Folgen der Rezession 1992/93 immer noch schwer: zwei weitere Jahre mit ei-

Tabelle 3
Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1999 und 2000^{*)}

Arbeitsmarktindikator	1999		2000	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet West	Baden-Württemberg	Bundesgebiet West
Anzahl				
Arbeitslose	324 589	2 755 527	283 039	2 542 079
Kurzarbeiter	15 612	91 608	8 541	63 473
Offene Stellen	69 881	386 196	86 975	463 005
Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
Arbeitslose	- 7,6	- 5,1	- 13,3	- 8,1
Kurzarbeiter	+ 14,3	+ 12,8	- 48,5	- 34,1
Offene Stellen	+ 11,4	+ 12,9	+ 22,0	+ 17,0

*) 1999: Jahresdurchschnitte, 2000: Durchschnitt Januar bis Oktober.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

nem so kräftigen Rückgang der Arbeitslosenzahl wie im Jahr 2000 braucht es noch, um die Arbeitslosigkeit in etwa auf das Niveau vor der Rezession zurückzuführen. Anders als bei der Arbeitslosenzahl haben Kurzarbeit und Personalbedarf der Betriebe im Land bereits Hochkonjunkturniveau erreicht. Saisonbereinigt sank die Kurzarbeit im zurückliegenden Jahr auf einen so niedrigen Stand wie 1990, und bei der Zahl der von der Arbeitsverwaltung registrierten Stellenangebote wurde das hohe Niveau von Anfang der 90er-Jahre sogar deutlich übertroffen.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes fiel hier zu Lande – wie in den Jahren zuvor – stärker aus als im Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Über weite Strecken des zurückliegenden Jahres lag die Arbeitslosenquote im Südwesten um 2½ bis 3 Prozentpunkte niedriger als bundesweit. Die Südländer Baden-Württemberg und Bayern waren erwartungsgemäß wieder die Bundesländer mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten.

Konjunkturelle und demografische Bestimmungsfaktoren

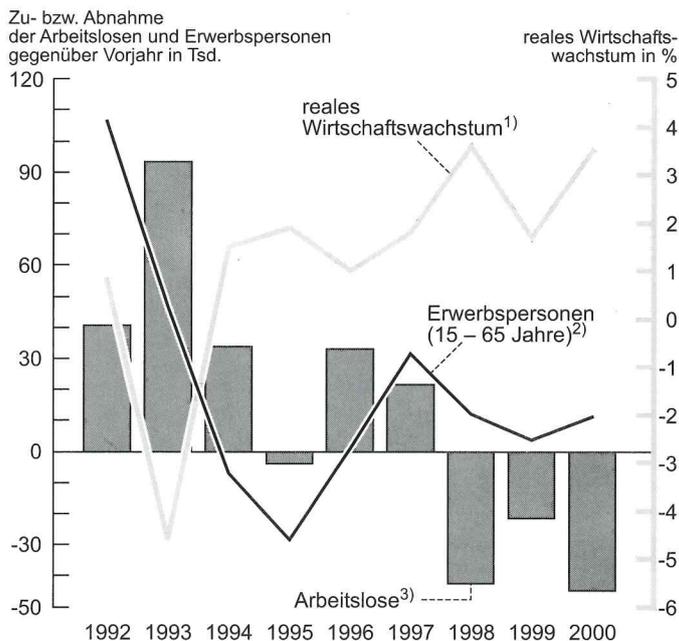
Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2000 war dem kräftigen konjunkturellen Aufschwung, aber auch der demografischen Entwicklung zu verdanken. Bei ähnlich hohem Wirtschaftswachstum war die Arbeitslosenzahl im Jahr 1998 durchschnittlich nur um 31 000 gesunken. Im Jahr 2000 war der Rückgang der Arbeitslosenzahl deshalb stärker, weil es mehr ältere Personen gab, die aus dem Erwerbsleben ausschieden als jüngere Menschen ins Berufsleben starteten. Der Saldo aus den Entwicklungen der Erwerbspersonenzahl am oberen und unteren Ende des Erwerbsalters entlastete den Arbeitsmarkt zusätzlich.

Die Zahl der Erwerbspersonen umfasst alle Personen, die eine Erwerbstätigkeit ausüben oder anstreben, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind oder nicht. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus ist seit 1997 zu beobachten, dass die Zahl der älteren Erwerbspersonen zwischen 55 und 65 Jahren kaum noch zunimmt. Im Jahr 1999 war die Zahl der älteren Erwerbspersonen sogar rückläufig, und dieser Trend dürfte sich im Jahr 2000 sogar verstärkt fortgesetzt haben. Die Trends in den Altersgruppen der 55- bis 60-Jährigen und der 60- bis 65-Jährigen sind jedoch unterschiedlich. Ausschlaggebend für die

Gesamtentwicklung ist die Gruppe der 55- bis unter 60-jährigen Erwerbspersonen: ihre Zahl nimmt von den Jahrgangsstärken her kräftig ab. Für die oben erwähnte Fortsetzung des Trends im Jahr 2000 sprechen auch die Ergebnisse einer vom Landesarbeitsamt Baden-Württemberg Ende September 2000 durchgeführten Strukturanalyse: hatten ältere Arbeitslose in den zurückliegenden Jahren nur unterdurchschnittlich vom Rückgang der Arbeitslosigkeit profitiert, nahm die Zahl der Arbeitslosen in der Altersgruppe der 55- bis 60-Jährigen im Jahr 2000 kräftig ab. Mit rund 12 000 Arbeitslosen weniger ging mehr als ein Viertel des gesamten Rückgangs der Arbeitslosenzahl auf das Konto dieser Altersgruppe.

Umgekehrt verhält es sich beim Einstieg ins Erwerbsleben. Seit 1994 die wirtschaftliche Erholung wieder eingesetzt hat, liegt die Zahl der Erwerbspersonen von 15 bis unter 25 Jahren wieder im Aufwärtstrend. Im Jahr 1999 nahm die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen erstmals seit der Rezession wieder zu, und im zurückliegenden Jahr dürfte sich diese Tendenz verstärkt haben. Ebenso wie bei den älteren tendieren auch bei den jüngeren Erwerbspersonen die Altersgruppen unterschiedlich: bis 1999 wurde der Gesamttrend bestimmt durch die Gruppe der 15- bis unter 20-jährigen Erwerbspersonen, deren Zahl demografisch bedingt, aber auch wegen der steigenden Erwerbsbeteiligung kräftig zunahm. Im Jahr 2000 dürfte diese Tendenz auch die Gruppe der 20- bis 25-Jährigen erfasst haben. Obwohl immer mehr junge Leute den Einstieg ins Erwerbsleben suchen, ging in allen Altersgruppen unter 35 Jahren die Zahl der Arbeitslosen überdurchschnittlich stark zurück. Dies zeigt, dass junge Leute vergleichsweise gute Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Dabei sind die Aussichten auf eine erfolgreiche Jobsuche unweit besser, wenn die Arbeit Suchenden eine abgeschlossene Ausbildung vorweisen können.

Schaubild 12
Komponenten des Arbeitsmarkts in Baden-Württemberg seit 1992



1) Jahr 2000: Prognose. – 2) Jeweils April (Mikrozensus). Jahr 2000: Prognose. – 3) Jeweils Ende September.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Mikrozensus.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

497 00

Tabelle 4

Demografische Entwicklung und Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1991

Absolute Veränderung der Arbeitslosen-*) und Erwerbspersonenzahl**) gegenüber Vorjahr

Jahr	15 bis unter 65 Jahre			
	insgesamt	davon ...		
		15 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 65 Jahre
Arbeitslose				
1991	- 7 792	- 1 207	- 6 648	+ 63
1992	+ 40 676	+ 7 091	+ 25 220	+ 8 365
1993	+ 93 355	+ 13 353	+ 65 486	+ 14 516
1994	+ 33 896	+ 1 203	+ 19 699	+ 12 994
1995	- 3 882	- 2 754	- 7 403	+ 6 275
1996	+ 33 073	+ 4 883	+ 19 304	+ 8 886
1997	+ 21 688	- 1 040	+ 16 747	+ 5 981
1998	- 42 482	- 8 681	- 33 435	- 366
1999	- 21 472	- 4 579	- 13 929	- 2 964
2000	- 44 808	- 4 959	- 28 046	- 11 803
Erwerbspersonen				
1991	+ 43 000	- 46 500	+ 54 400	+ 35 200
1992	+ 106 200	- 29 500	+ 108 700	+ 27 000
1993	+ 46 800	- 41 400	+ 62 700	+ 25 400
1994	- 7 200	- 60 100	+ 23 300	+ 29 500
1995	- 28 400	- 47 100	- 13 800	+ 32 500
1996	+ 900	- 27 100	+ 17 700	+ 10 400
1997	+ 31 700	- 2 900	+ 7 300	+ 27 200
1998	+ 11 900	- 6 000	+ 11 900	+ 6 200
1999	+ 3 800	+ 13 100	+ 7 600	- 16 900
2000	+ 10 100	+ 23 200	+ 15 300	- 28 300

*) Jeweils Ende September. - **) Jeweils April (Mikrozensus). Angaben für 2000 geschätzt.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Mikrozensus, eigene Berechnungen.

Die Entlastung, die sich per saldo am oberen und unteren Ende des erwerbsfähigen Alters für den Arbeitsmarkt ergibt, wird durch eine steigende Arbeitsplatznachfrage in der Kernphase des Berufslebens gebremst. In der Altersgruppe von 25 bis unter 55 Jahren stieg die Zahl der Erwerbspersonen zuletzt wieder stärker. Diese Entwicklung hat auch konjunkturelle Gründe: mit den verbesserten Chancen auf einen Arbeitsplatz nimmt nämlich die Erwerbsneigung zu und das Land gewinnt für potenzielle Zuwanderer an Attraktivität.

Anforderungsprofile erschweren beruflichen Wiedereinstieg

Dass die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2000 trotz zahlreicher Stellenangebote, akutem Fachkräftemangel in manchen Branchen und demografischer Entlastungseffekte nicht noch stärker zurückging, dürfte auch damit zu tun haben, dass das Anforderungsprofil am Arbeitsplatz nicht immer mit dem Qualifikationsprofil der Arbeit Suchenden übereinstimmt. Gerade in der Informations- und Telekommunikationsbranche (IT-Branche), die im vergangenen Jahr besonders vom Fachkräftemangel betroffen war, aber zunehmend auch in anderen Branchen sind die Arbeitnehmer mit dem Vordringen schnelllebiger moderner Arbeitstechniken einem permanenten Lernprozess unterworfen,

der im Falle einer Arbeitslosigkeit jäh unterbrochen wird. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit stimmt das Qualifikationsprofil des Arbeit Suchenden immer weniger mit dem Anforderungsprofil des Arbeitgebers überein. Doppelt schwer haben es Arbeit Suchende, die noch dazu älter als 50 Jahre sind. Ende September 2000 hatten nach Angaben des Landesarbeitsamts zwei Drittel der knapp 93 000 Langzeitarbeitslosen, die bereits länger als ein Jahr eine Stelle suchten, das 50. Lebensjahr bereits vollendet. Dass im Jahr 2000 auch die Langzeitarbeitslosen spürbar von der sinkenden Arbeitslosigkeit profitierten, dürfte auch demografische Ursachen haben. Erstmals seit 1995 fiel die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder unter die 100 000-Marke.

Neben den älteren Arbeitnehmern und den Langzeitarbeitslosen gehören auch die Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen zu der Gruppe von Arbeitslosen, die es selbst in konjunkturell besseren Zeiten schwerer als andere haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeitslosen, die im September 2000 gut 14 % niedriger lag als im Vorjahr, ging die Zahl der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen nur um knapp 6 % zurück. Seit 1994 ist der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an den Arbeitslosen insgesamt von 23 auf fast 31 % gestiegen.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2001

Angesichts des günstigen konjunkturellen Umfelds wird sich im Jahr 2001 die Arbeitslosigkeit im Land weiter reduzieren. Und einiges spricht dafür, dass die Entlastung trotz etwas schwächerer konjunktureller Impulse stärker ausfallen könnte als im abgelaufenen Jahr. Es ist nämlich davon auszugehen, dass viele Betriebe die steigende Nachfrage nicht ohne eine Aufstockung ihres Personalbestands bedienen können. Nach dem kräftigen Rückgang der Kurzarbeit im Jahr 2000 hat diese in manchen Branchen inzwischen ein so niedriges Niveau erreicht, dass die Betriebe im Jahr 2000 kaum noch auf unterausgelastete Personalreserven zurückgreifen können. Hinzu kommt, dass auch im kommenden Jahr der Arbeitsmarkt durch die demografische Entwicklung teilweise entlastet wird. Das Statistische Landesamt geht deshalb davon aus, dass sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2001 um etwa 50 000 Personen reduziert.

Mehr Licht auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Begünstigt durch die gute Konjunktur hat sich die Lage auf dem baden-württembergischen Ausbildungsstellenmarkt im Jahr 2000 weiter verbessert. Ende September, zum Abschluss des Berufsberatungsjahres 1999/2000, schloss der Ausbildungsstellenmarkt in der Gesamtbilanz von Angebot und Nachfrage mit einem Angebotsüberhang von rund 4 000 Stellen. Damit setzte sich im Jahr 2000 der leichte Trend zur Besserung fort: seit 1997, als der Angebotsüberhang auf unter 1 000 Stellen geschrumpft war, hat sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt von Jahr zu Jahr leicht entspannt. Trotz der landesweit positiven Bilanz auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist aber nach wie vor davon auszugehen, dass es mancher Lehrstellen Suchende schwer hatte, den von ihm angestrebten Ausbildungsplatz in erreichbarer Entfernung zu finden.

Die oben ausgeführten Ergebnisse über die Gesamtentwicklung des Ausbildungsstellenmarktes stützen sich in erster Linie auf

die Ergebnisse der monatlich durchgeführten Berufsberatungsstatistik der Arbeitsverwaltung. Gesicherte Erkenntnisse über die Ausbildungsbereitschaft aller Betriebe und Verwaltungen im Land lagen bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Trotzdem können bereits Rückschlüsse auf die Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes gezogen werden: das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen ergibt sich nämlich aus der Summe der bis zum Ende des Berufsberatungsjahres neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der zum gleichen Zeitpunkt von der Arbeitsverwaltung registrierten Zahl noch nicht besetzter Ausbildungsstellen, die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen umfasst die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zuzüglich der Bewerber, die von der Arbeitsverwaltung noch nicht vermittelt werden konnten. Am Ende des Berufsberatungsjahres ergab sich als Differenz aus 5 000 noch nicht besetzten Ausbildungsstellen und 1 000 noch nicht vermittelten Bewerbern der oben erwähnte Angebotsüberschuss von 4 000 Stellen.

Der Angebotsüberschuss hat sich im zurückliegenden Ausbildungsjahr in allen Berufsgruppen vergrößert. Gute Aussichten auf einen Ausbildungsplatz hatten am Ende des Berufsberatungsjahres die jungen Leute, die Ernährungs- und Bauberufe ergreifen wollen. Dort kamen Ende September 1 500 bzw. 1 100 freie Ausbildungsplätze auf 100 noch nicht vermittelte Bewerber. Dagegen haben es die Jugendlichen, die eine Ausbildung in Verwaltungs- und Büroberufen, technischen Berufen oder eine kaufmännische Lehre anstrebten, nicht ganz so leicht, einen Ausbildungsplatz zu finden. Diese Berufsgruppen sind besonders beliebt, und so kamen Ende September nur 200 bis 300 unbesetzte Stellen auf 100 noch nicht vermittelte Bewerber.

Die Lage auf dem baden-württembergischen Ausbildungsstellenmarkt war im Berufsberatungsjahr 1999/2000 – wie schon in den Jahren zuvor – besser als im Bundesdurchschnitt. Im Süd-

westen war die Bilanz auf dem Ausbildungsstellenmarkt selbst in den schwierigen Ausbildungsjahren 1997 und 1998 noch positiv, während es bundesweit erst im Jahr 2000 wieder einen Stellenüberschuss gab. Ohne den Angebotsüberhang an Stellen in Baden-Württemberg wäre die Bilanz für Deutschland nochmals negativ ausgefallen.

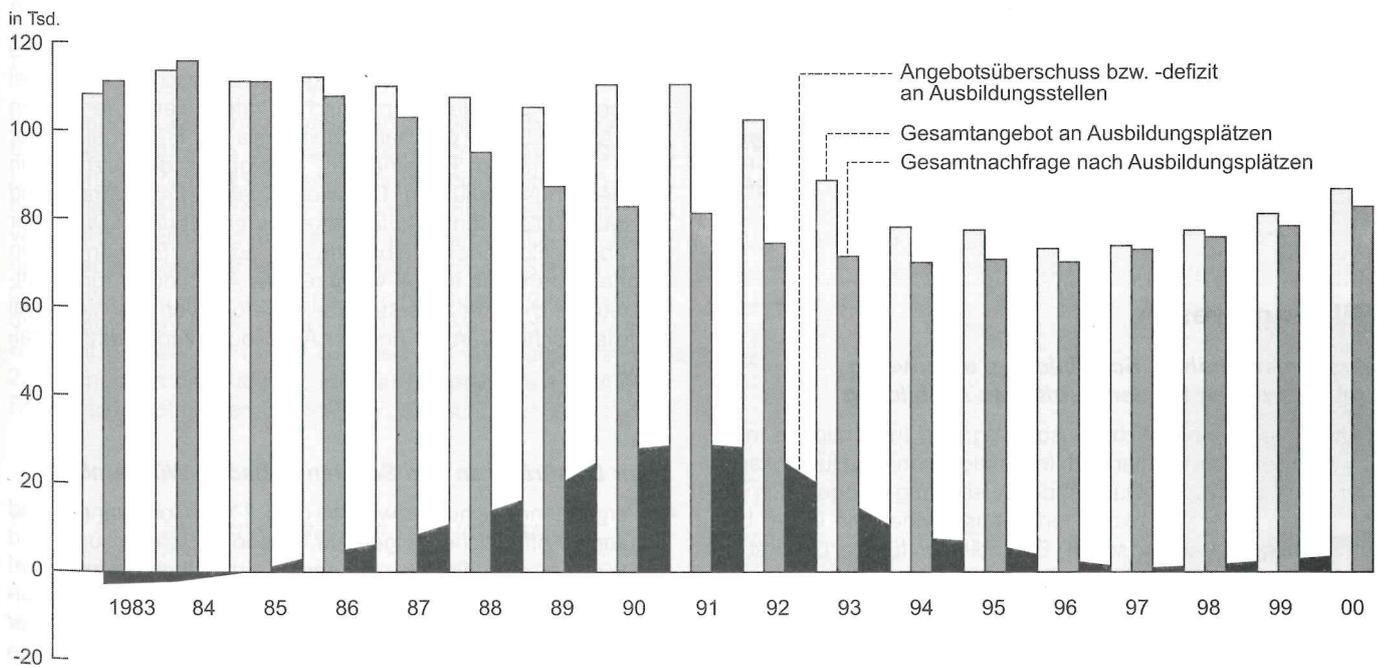
Ausbildungsbereitschaft gestiegen ...

Nach den bislang vorliegenden Ergebnissen über die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in Teilen der Wirtschaft zeichnet sich ab, dass sich die Gesamtzahl der hier zu Lande neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2000 ähnlich stark erhöht hat wie 1999. Bis Ende September 2000 meldeten die Betriebe aus Industrie und Handel, die mehr als die Hälfte aller Ausbildungsplätze im Land bereitstellen, knapp 6 % mehr neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Auch hinsichtlich der Ausbildungsbereitschaft lag der industriestärke Südwesten im Bundesvergleich leicht über dem Bundesdurchschnitt. Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) schlossen die Betriebe aus Industrie und Handel bis Ende September bundesweit knapp 5 % mehr neue Verträge mit Auszubildenden ab.

... vor allem im IT- und Medienbereich

Der akute Fachkräftemangel in manchen Branchen hat im zurückliegenden Jahr eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig es für die Betriebe ist, dass frühzeitig die Weichen für ein bedarfsgerechtes Angebot an Fachkräften gestellt werden. Im Zeitalter fortschreitender Informations- und Telekommunikationstechnologie (IT-Technologie) wandeln sich auch die Anforderungen an die

Schaubild 13
Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage in Baden-Württemberg seit 1983*)



*) Jeweils September. Angaben für das Jahr 2000 geschätzt.
Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Qualifikation des Personals. Um den Ansprüchen der Betriebe an die Ausbildung besser gerecht zu werden, wurde seit 1997 in Industrie und Handel eine Reihe neuer Ausbildungsberufe angeboten. Wie aus einer Erhebung des DIHT hervorgeht, gehörte von den bis Ende August 2000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen landes- und bundesweit rund jeder siebte zur Gruppe dieser so genannten „neuen Berufe“. Von den 33 seit 1997 neu angebotenen Ausbildungsberufen fallen vor allem die IT- und Medienberufe ins Gewicht. Fast 80 % aller bis Ende August 2000 in den „neuen Berufen“ abgeschlossenen Ausbildungsverträge entfielen auf die vier IT-Berufe „Fachinformatiker/-in“, „IT-Elektroniker/-in“, „Informatikkaufmann/-frau“ und „IT-Kaufmann/-frau“ sowie die Berufsgruppen „Mediengestalter für Digital- und Printmedien“ und „Mechatroniker“.

Nach dreijähriger Ausbildungszeit stehen die ersten Fachkräfte dieser neuen Berufe jetzt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Einer Erhebung des DIHT zufolge haben im Sommer 2000 in Baden-Württemberg fast 600 Auszubildende ihre IT-Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Weil die Zahl der Ausbildungsverträge seit Einführung der neuen IT- und Medienberufe stark zugenommen hat, dürfte der Fachkräftemangel in diesen Berufssparten mittelfristig zumindest gelindert werden.

Kurzfristige Entspannung

Einiges spricht dafür, dass sich die Entspannungstendenz auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Jahr 2001 fortsetzen wird. Wegen der anhaltend guten konjunkturellen Entwicklung sind die Rahmenbedingungen für ein höheres Angebot an Ausbildungsplätzen günstig. Das höhere Angebot dürfte nach Einschätzung des Statistischen Landesamtes im Jahr 2001 auf einen Lehrstellenbedarf treffen, der gegenüber dem abgelaufenen Jahr kaum steigen wird.² Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Zahl der Jugendlichen, die im Anschluss an die Schulzeit eine einjährige Warteschleife durchlaufen haben, mit rund 11 000 im Jahr 2000/2001 in der Größenordnung des zurückliegenden Jahres bewegen dürfte. Von daher ist davon auszugehen, dass sich der Druck auf den Ausbildungsstellenmarkt im Jahr 2001 durch die Schulabgänger des Vorjahres in Grenzen halten wird. Mit dem weiteren Ansteigen der Schülerzahlen bis zum Jahr 2007 wird jedoch mittelfristig der Bedarf an Ausbildungsplätzen steigen, so dass es weiterer Anstrengungen bedarf, das Angebot an Ausbildungsplätzen auszuweiten.

Bildungswesen

Zunehmend höhere Schulbildung, aber wenig Veränderungen bei der beruflichen Ausbildung

Schulische und berufliche Ausbildung sind Investitionen in die Zukunft der Jugend, aber auch Investitionen in das Humankapital der Gesellschaft. Die Qualität der Ausbildung spiegelt sich später in den privaten Einkommen ebenso wider wie in der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Ein Indikator für die Qualität der Ausbildung ist das erreichte schulische und berufliche Bildungsniveau der Menschen in Baden-Württemberg. In den 90er-Jah-

ren hat sich vor allem das schulische Bildungsniveau erhöht. Dabei bestehen nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede, und es bestehen deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und ausländischen Mitbürgern. Generell sind Männer sowohl in der schulischen wie auch in der beruflichen Ausbildung höher qualifiziert und Ausländer schlechter als Deutsche. In Baden-Württemberg hatten 1999 knapp 40 % der 30- bis 35-jährigen deutschen Männer als höchsten Schulabschluss einen Haupt- oder Volksschulabschluss, 26 % einen mittleren Bildungsabschluss und 35 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Deutsche Frauen hatten dagegen häufiger einen mittleren und seltener einen höheren Bildungsabschluss. In den 90er-Jahren ist bei beiden Geschlechtern ein sehr klarer Trend zu einer höheren schulischen Qualifikation zu erkennen. Eine ähnliche Entwicklung ist auch im Bildungsverhalten ausländischer Mitbürger zu beobachten. Ihr schulisches Bildungsniveau hat sich verbessert, auch wenn nach wie vor die Mehrheit einen Haupt- oder Volksschulabschluss hat. Es fällt jedoch auf, dass die ausländische Bevölkerung bei mittleren Abschlüssen seltener vertreten sind als Deutsche und dass ausländische Frauen relativ hoch qualifiziert sind. So verfügen knapp 24 % der Frauen über die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife, zwei Prozentpunkte mehr als Männer.

Bei beruflichen Ausbildungsabschlüssen zeigen sich in den 90er-Jahren kaum Veränderungen. In der deutschen Bevölkerung hat sich der Anteil der Meister- und Technikerabschlüsse leicht erhöht, bei den Frauen ist der Anteil der Frauen ohne Ausbildungsabschluss rückläufig und deutsche Männer verfügen tendenziell über eine höhere berufliche Qualifikation als Frauen. Auch in der ausländischen Bevölkerung haben sich in den 90er-Jahren wenig Veränderungen ergeben. Sozial- wie wirtschaftspolitisch bedenklich erscheint hier allerdings das Ausmaß der ausländischen Bevölkerung ohne einen beruflichen Ausbildungsabschluss. 47 % der Männer zwischen 30 und 35 Jahren und 59 % der gleichaltrigen Frauen haben keinen beruflichen Ausbildungsabschluss. Die Werte für deutsche Männer und Frauen dieser Altersgruppe liegen bei 8 % und 12 %.

So wie sich das Ausbildungsniveau in Baden-Württemberg nur wenig geändert hat, bleibt auch die Berufswahl traditionell. 1999 wurden 76 600 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, wobei ausgeprägte geschlechtsspezifische Präferenzen zu erkennen sind. An der Spitze der Beliebtheitskala bei Frauen steht der Beruf „Kaufrau im Einzelhandel“, gefolgt von der Arzthelferin und der Industriekauffrau. Dahinter folgen „Bürokauffrau“ und „Friseurin“. Diese fünf Berufe decken bereits über ein Drittel der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ab. Bei den jungen Männern steht wie in den Vorjahren die Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechaniker an erster Stelle, gefolgt vom Tischler, zwei kaufmännischen Berufen und der Ausbildung zum Elektroinstallateur.

Mehr Lehrkräfte an den Schulen in Baden-Württemberg

Im vergangenen Schuljahr wurden ca. 1,2 Mill. Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemein bildenden Schulen und rund 80 000 an privaten Schulen in Baden-Württemberg unterrichtet. Die Schülerzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr sowohl an öffentlichen Schulen als auch an privaten Schulen erhöht, und zwar um 1 % und 3,5 %. Bei den öffentlichen Schulen war der höchste Anstieg der Schülerzahlen mit 3,1 % bei den Realschulen zu verzeichnen, gefolgt von den Gymnasien mit 2,6 %. An den Hauptschulen wurden 0,9 % mehr Schüler als im Vorjahr unterrichtet. Nach der Prognose des Statistischen Landesamtes ist

² Vgl. Wörner, Manfred: Wachsender Bedarf an Ausbildungsplätzen – Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt und die künftige Entwicklung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/2000, S. 112 - 116.

Ta
M
st
—
—
Ha
Re
Ho
Ke
Le
Me
Ho
Ha
Re
Ho
Ke
Le
Me
Ho
Erg
auf
mit
ein
ter
Gr
ber
die
err
dar
Im
bilc
Le
ber
ver
der
ges
der
kon
22,
Rea
Wie
Nac
hat
War
eing
187
te A
schi
hat
Bade

Tabelle 5

Männer und Frauen im Alter von 30 bis 35 Jahren in Baden-Württemberg 1990 und 1999 nach Nationalität sowie Schul- und Ausbildungsabschluss

Schul- bzw. Berufsabschluss	1990		1999	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
in %				
deutsch				
Haupt- oder Volksschulabschluss	47,4	44,5	39,0	29,2
Realschulabschluss oder polytechnische Oberschule der DDR	23,0	33,8	26,0	42,0
Hochschul- und Fachhochschulreife	29,6	21,7	35,0	28,8
Kein Ausbildungsabschluss	8,1	15,8	8,0	12,4
Lehr- oder Anlernausbildung oder Praktikum	56,7	65,2	53,5	65,0
Meister, Techniker oder Fachschule der DDR	14,4	6,2	17,8	9,3
Hoch- oder Fachhochschule, Ingenieurschule	20,8	12,9	20,7	13,2
nicht deutsch				
Haupt- oder Volksschulabschluss	70,3	66,7	65,2	58,9
Realschulabschluss oder polytechnische Oberschule der DDR	11,5	12,6	12,5	17,5
Hochschul- und Fachhochschulreife	18,2	20,7	22,2	23,6
Kein Ausbildungsabschluss	44,6	61,1	46,7	58,5
Lehr- oder Anlernausbildung oder Praktikum	41,7	29,6	40,7	30,1
Meister, Techniker oder Fachschule der DDR	3,8	2,2	3,8	2,7
Hoch- oder Fachhochschule, Ingenieurschule	10,0	7,1	8,9	8,7

Ergebnisse des Mikrozensus, STATIS-BUND.

aufgrund wachsender Jahrgangsstärken bis zum Schuljahr 2003/04 mit weiter steigenden Schülerzahlen zu rechnen. Vorzeichen für eine bevorstehende Trendwende in der noch aufwärts gerichteten Entwicklung der Schülerzahlen sind am neuen Trend für Grundschüler zu erkennen, der mit einer Verzögerung von sieben Jahren die Geburtenentwicklung nachzeichnet. Nachdem die Zahl der Grundschüler im Schuljahr 1998/99 ihren Höhepunkt erreicht hatte, lag sie im letzten Schuljahr erstmals um 0,4 % darunter.

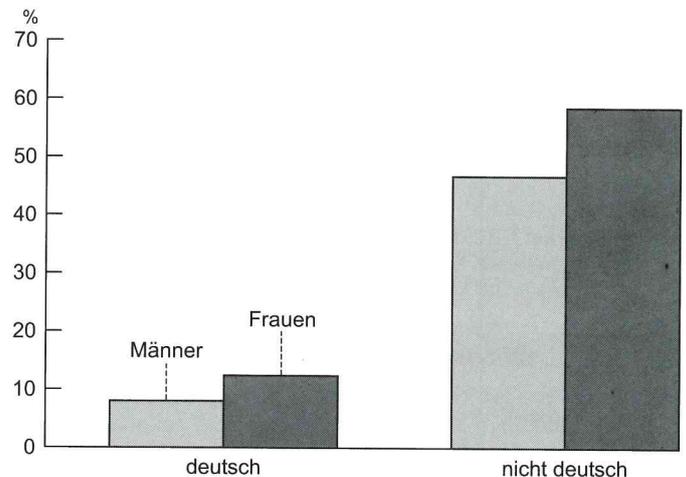
Im letzten Schuljahr unterrichteten an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg insgesamt 90 000 Lehrkräfte, damit rund 1 100 mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs beruht im Wesentlichen auf Neueinstellungen, aber auch aus vermehrter Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit. Da parallel zu der gestiegenen Zahl an Lehrkräften auch die Schülerzahlen gestiegen sind, ist die Unterrichtsversorgung – gemessen an der Relation Schüler je Lehrer – mit 17,1 im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. In einer Grundschule sind durchschnittlich 22,5 Schüler in einer Klasse, in einer Hauptschule 1,0, in einer Realschule 26,8 und an Gymnasien 26,6 Schüler.

Wieder mehr Studienanfänger im Fach Informatik

Nachdem die Zahl der Studierenden seit 1994/95 rückläufig war, hat sie sich im Wintersemester 1999/00 wieder leicht erhöht. Waren im Wintersemester 1994/95 noch 231 500 Studierende eingeschrieben, waren es für das Wintersemester 1998/99 knapp 187 000 und im laufenden Wintersemester 189 000. Dieser leichte Anstieg im Vergleich zum Vorjahr beruht allerdings auf unterschiedlichen Entwicklungen an den einzelnen Hochschulen. So hat sich die Zahl der Studierenden an Universitäten nochmals

um knapp 2 000 auf jetzt 113 000 und die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen um etwa 1 000 auf 51 000 erhöht. An den Pädagogischen Hochschulen und den Verwaltungsfachhochschulen des Landes und des Bundes blieb die Zahl der Studierenden fast konstant bei etwas mehr als 15 000 bzw. 6 000. An den Kunsthochschulen gab es einen leichten Anstieg auf knapp 4 000.

Schaubild 14

Männer und Frauen im Alter von 30 bis 35 Jahren ohne Ausbildungsabschluss in Baden-Württemberg 1999


Ergebnisse des Mikrozensus, STATIS-BUND.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

519 00

Die Klagen der Wirtschaft über den Mangel an hoch qualifizierten Ingenieuren und Informatikern scheint Wirkung zu zeigen. So stieg die Zahl der Studienanfänger im Fach Informatik an Universitäten seit 1995 um 172 % und an Fachhochschulen um 80 % auf insgesamt gut 3 000 Studienanfänger im Wintersemester 1999/00. Nach dem starken Einbruch zu Beginn der 90er-Jahre liegen die Studienanfängerzahlen damit bereits über dem 1990 erreichten Niveau. Auch bei den anderen Ingenieurwissenschaften waren zuletzt wieder steigende Studienanfängerzahlen zu beobachten, sie liegen aber der Zahl nach unter dem Niveau des Jahres 1990.

Bevölkerung

Jetzt 10,5 Mill. Einwohner

Die Bevölkerungszahl Baden-Württembergs scheint wieder stärker zu wachsen. Nachdem sie seit der wirtschaftlichen Rezession im Jahr 1993 kaum noch zugenommen hatte, ist in den letzten drei Jahren wieder eine leichte Trendverstärkung zu beobachten. Nicht zuletzt wegen der schwachen Verfassung des Arbeitsmarkts hatte es 1997 nur eine Zunahme um 22 000 Personen gegeben, 1999 jedoch schon um knapp 50 000, und im Jahr 2000 könnten es womöglich noch mehr gewesen sein. Zur Jahreswende wird die Bevölkerung damit erstmals die Marke von 10,5 Mill. überspringen. In den anderen Bundesländern ist allein in Bayern ein vergleichbares Wachstum zu erkennen. Dort wuchs die Bevölkerung in den letzten Jahren nicht so schnell oder nahm sogar ab. Bei rückläufigem Geburtenüberschuss ergibt sich das Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg vor allem durch einen größeren Wanderungsgewinn.

Rund drei Viertel des Bevölkerungszuwachses im Jahr 1999 beruhen auf Wanderungsgewinnen. Knapp 40 000 Personen wanderten im vergangenen Jahr mehr nach Baden-Württemberg zu als von hier fortzogen, doppelt so viel wie im Jahr zuvor und auch deut-

lich über dem Jahresdurchschnitt der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts. Der Wanderungsgewinn resultierte überwiegend aus der Entwicklung bei der deutschen Bevölkerung. Erstmals seit 1997 war allerdings auch bei der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg wieder ein Zuwanderungsüberschuss zu verzeichnen, und auch die Zuwanderungen aus den neuen Bundesländern haben wieder etwas zugenommen, nachdem bis 1997 ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten war. Die Zahl der zuziehenden Aussiedler und Asylbewerber ist dagegen im Vergleich zum Vorjahr weit gehend konstant geblieben.

Die Bilanz der Geburten und Sterbefälle spielt für die Bevölkerungsentwicklung nur noch eine geringe Rolle. Im Jahr 1999 gab es die bisher niedrigste Geborenenzahl der 90er-Jahre, und der Geburtenüberschuss fiel deshalb bei einem Plus von 11 000 Personen auf sein niedrigstes Niveau seit 1986. Weil bei der deutschen Bevölkerung seit Jahren schon Sterbefälle überwiegen, stützt er sich ausschließlich auf den Überschuss bei der ausländischen Bevölkerung.

Ältere Mütter und weniger Geburten

Die strukturelle Entwicklung der Bevölkerung und der Familien in Baden-Württemberg unterscheidet sich kaum von der in anderen Bundesländern und den meisten europäischen Staaten. Sie ist durch steigende Scheidungszahlen, eine rückläufige Heiratsneigung, sinkende Geburtenzahlen sowie eine steigende Anzahl allein lebender Personen und eine rückläufige Anzahl der Familien mit Kindern geprägt. Die Familiengründung zeichnet sich seit den 70er-Jahren durch eine rückläufige Heiratsneigung und einen kontinuierlichen Anstieg des Erst-Heiratsalters aus. Das Heiratsalter lediger Männer ist dabei von knapp 26 Jahren auf zuletzt 31 Jahre gestiegen und das von ledigen Frauen von 23 auf gut 28 Jahre. Das Heiratsalter lediger Menschen erhöht sich dabei sehr kontinuierlich, pro Jahr um etwa 5 Monate bei Männern und etwa 3 Monate bei Frauen.

Tabelle 6
Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg seit 1989

Faktoren des Bevölkerungswachstums	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Geburtenüberschuss ...	17 338	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726	15 749	19 252	14 246	11 040
Zuwanderungsüberschuss Ausländer	44 990	56 014	98 866	88 888	42 046	14 962	21 226	26 022	- 12 595	- 6 231	15 468
Zuwanderungsüberschuss Deutsche	123 659	126 308	60 565	36 398	23 862	6 321	11 346	13 367	15 448	21 415	23 384
Zunahme der Bevölkerung	185 987	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298	55 138	22 105	29 430	49 892
Einwohnerzahl am 31. Dezember	9 618 696	9 822 027	10 001 840	10 148 708	10 234 026	10 272 069	10 319 367	10 374 505	10 396 610	10 426 040	10 475 932
Nachrichtlich:											
Aufnahme von Aussiedlern	57 851	92 741	36 617	28 874	26 277	27 991	26 455	21 778	16 740	12 618	12 899
Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) ¹⁾	64 687	50 956	43 907	31 754	23 225	20 679	20 737	19 654	19 538	22 566	26 080
Aufnahme von Asylbewerbern ²⁾	17 565	27 968	43 111	51 609	38 521	13 186	12 927	12 186	10 789	10 880	10 799

1) Bis 1990: aus der DDR und Berlin (Ost). - 2) Ab 1992 bereinigt; zum Vergleich 1992 unbereinigt: 61 941.

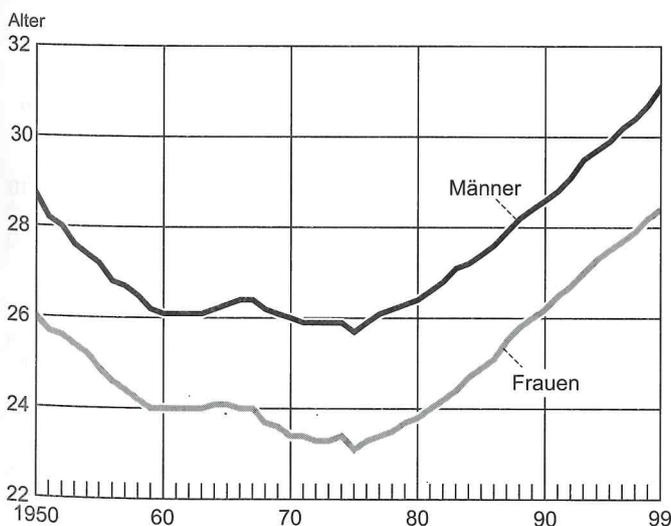
Es wird nicht nur später geheiratet, sondern auch seltener. Die Neigung, eine Ehe einzugehen, lässt in allen Altersgruppen nach.³ Dies sind Reaktionen auf gesellschaftliche Entwicklungen und veränderte Rahmenbedingungen. Längere Ausbildungszeiten führen häufiger zur ökonomischen Selbstständigkeit junger Menschen, und auch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen wirkt sich ähnlich aus, so dass sie weniger auf eine Versorgung durch den Ehepartner angewiesen sind. Ähnlich lassen sich auch die Entwicklungen im Bereich der Scheidungen begründen. Die Zahl der Ehescheidungen in Baden-Württemberg hat zwar 1999 im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen, dennoch bewegt sie sich weiterhin auf hohem Niveau. Mit 22 000 lagen sie um rund 30 % höher als 1990 und doppelt so hoch wie zu Beginn der 70er-Jahre. Erfreulich ist, dass seit 1997 weniger Kinder durch die Scheidung ihrer Eltern betroffen sind. Nach einem leichten Rückgang 1998 und einem Minus um 6,5 % im Jahr danach gab es gut 18 000 „Scheidungsweisen“. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass immer mehr Ehen getrennt werden, in denen zum Scheidungszeitpunkt keine minderjährigen Kinder lebten. 1999 war es fast jede zweite geschiedene Ehe.

So wie es heute nicht mehr selbstverständlich ist, zu heiraten, genauso wenig ist es selbstverständlich, Kinder zu bekommen. In Baden-Württemberg kamen 1999 bei 108 000 Lebendgeborenen so wenig Kinder zur Welt wie in keinem anderen Jahr des vergangenen Jahrzehnts. Gleichzeitig sind Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes immer älter. Bekamen sie in den 70er-Jahren ihr erstes Kind mit knapp 25 Jahren, so sind sie heute schon 29 Jahre alt, mit weiterhin steigender Tendenz.

In diesen Entwicklungen zeigt sich ein enger Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen und Rahmenbedingungen, die für potenzielle Eltern ungünstig sind. Das Alter bei der Eheschließung, das Alter bei der Geburt des ersten Kindes, die An-

³ Vgl. hierzu Eggen, Bernd/ Hin, Monika/ Köhler, Monika/ Schmidt, Heike/ Stutzer, Erich: Familien in Baden-Württemberg, Familienbericht 1998, S. 65 ff., Stuttgart 1998.

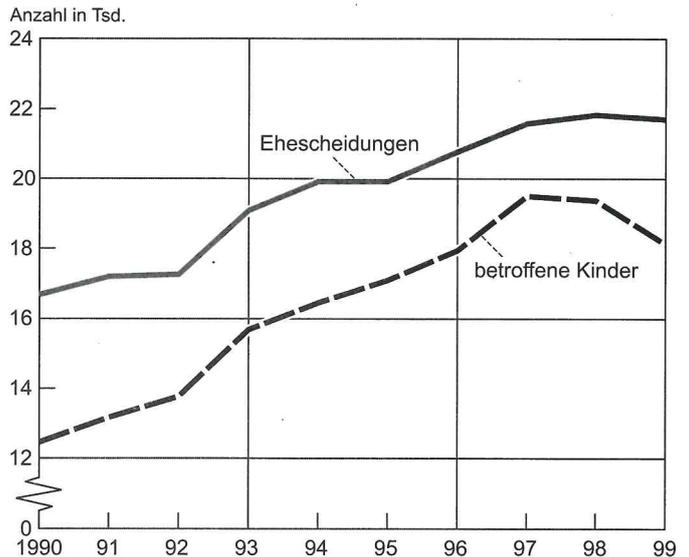
Schaubild 15
Heiratsalter lediger Frauen und Männer in Baden-Württemberg seit 1950



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

515 00

Schaubild 16
Ehescheidungen und betroffene Kinder in Baden-Württemberg seit 1990



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

514 00

zahl der Geburten, Ausbildung und Erwerbsverhalten sind offensichtlich eng verflochten. Der Rückgang der Geburten – so scheint es – resultiert heute aus einem rationaleren, auch stärker ökonomisch orientierten Entscheidungsverhalten. Junge Eltern haben nach wie vor Kinderwünsche, nur werden sie seltener realisiert.

Ausländeranteil unter den Flächenländern am höchsten

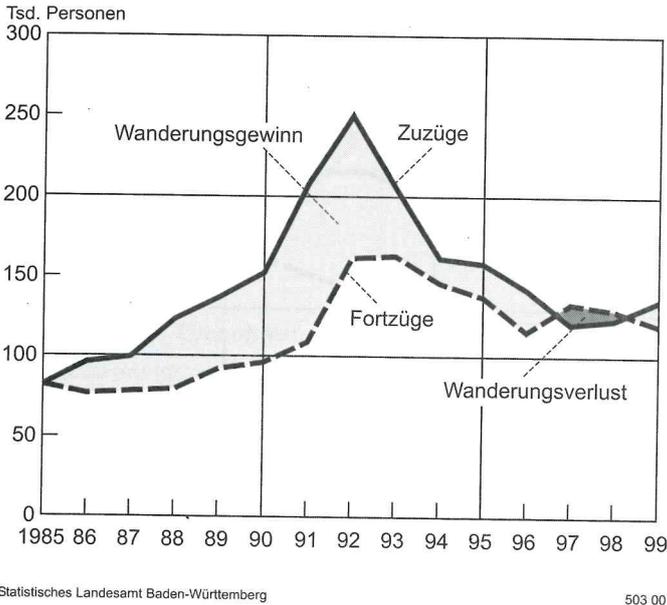
Ende 1999 lebten in Baden-Württemberg rund 1,3 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes lag bei 12,5 %. Damit wies Baden-Württemberg vor Hessen – dort besaßen 12,1 % der Bevölkerung keinen deutschen Pass – den höchsten Ausländeranteil unter den Flächenländern Deutschlands auf. Über ein Sechstel aller 7,4 Mill. Ausländer in Deutschland hatte seinen Wohnsitz in Baden-Württemberg. Diese Zahlen signalisieren, dass die ausländische Bevölkerung eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft spielt. Seit Mitte der 90er-Jahre nimmt sie der Zahl nach eher ab als zu: Ende 1995 belief sich der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung des Landes noch auf 13,1 %. Den höchsten Bevölkerungsstand gab es 1996. Damals wurden 65 000 Ausländer mehr gezählt als 1999.

Wanderungsüberschuss 2000 vermutlich höher

Nach zwei rückläufigen Jahren nahm die Zahl der Ausländer 1999 erstmals wieder leicht zu. Der Zuwachs fiel mit einem Plus von 1 300 Personen jedoch gering aus, da die Wanderungsgewinne von 15 000 Personen und der Geburtenüberschuss von 14 300 Personen durch die Einbürgerung von rund 28 600 Personen fast ausgeglichen wurden. Die Zahl der aufgenommenen Asylbewerber bleibt seit 1994 bei 13 000 und darunter, 1999 waren

Schaubild 17

Über die Landesgrenze von Baden-Württemberg zugezogene und fortgezogene ausländische Personen seit 1985



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

503 00

es etwa 10 800 Personen. Dies entspricht im Durchschnitt 10 zusätzlichen Asylbewerbern je Gemeinde. Im Jahr 2000 ist bei der ausländischen Bevölkerung erneut mit einem Geburtenüberschuss und wegen der deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation auch mit einem höheren Wanderungssaldo zu rechnen. Die Entwicklung der Ausländerzahlen hängt damit entscheidend davon ab, wie viele Menschen ohne deutschen Pass von ihrem Recht auf Einbürgerung Gebrauch machen.

Eskalation im Kosovo führt zu Wanderungsüberschuss

Nachdem Baden-Württemberg zwischen 1985 und 1996 stets einen Wanderungsüberschuss bei der ausländischen Bevölkerung verzeichnete, kehrte sich diese Entwicklung 1997 und 1998 erstmals um: Wegen der verstärkten Rückwanderungen in das frühere Jugoslawien zogen mehr Ausländer aus Baden-Württemberg weg als hierher zogen. Das kleine Wanderungsplus von 1999 ist vor dem Hintergrund der militärischen Eskalation auf dem Balkan zu sehen. Der Ausbruch von Kampfhandlungen im Kosovo führte zu einem Einwanderungsüberschuss aus der Bundesrepublik Jugoslawien von rund 5 400 Personen. Neben der Flucht vor kriegerischen Auseinandersetzungen im Heimatland ist für viele Ausländer auch die Hoffnung auf materiellen Wohlstand ein Motiv für die Zuwanderung nach Baden-Württemberg. Schließlich ist Baden-Württemberg eine der wirtschaftlich leistungsfähigsten Regionen Europas mit einem überdurchschnittlichen Lohnniveau. Infolgedessen verzeichnete das Land 1999 wie in den Vorjahren die größten Wanderungsüberschüsse bei Ausländern im Alter von 18 bis 30 Jahren.

Höhere Arbeitslosenquote und geringeres Einkommen

Fraglich bleibt indes, inwieweit sich die Hoffnungen der ausländischen Zuwanderer auf materiellen Wohlstand tatsächlich erfüllen. Wie mehrere Indikatoren zeigen, haben Ausländer bei der Arbeitsplatzsuche größere Probleme als Deutsche. So liegt die Erwerbstätigenquote, das ist der Anteil der Erwerbstätigen an

der Bevölkerung, bei Ausländern seit Jahren deutlich unter dem Wert der deutschen Bevölkerung. Bei Ausländern im Alter zwischen 15 und 65 Jahren belief sich die Erwerbstätigenquote 1999 auf 60 %, bei Deutschen auf 70 %. Zum anderen sind Ausländer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen betrug die Arbeitslosenquote 1999 bei Deutschen 6,4 % und bei Ausländern 13,6 %. Der Hauptgrund für die ungünstigere Arbeitsmarktsituation der Ausländer ist in erster Linie in den häufig nicht ausreichenden Sprachkenntnissen und einem geringeren Ausbildungs niveau zu sehen.

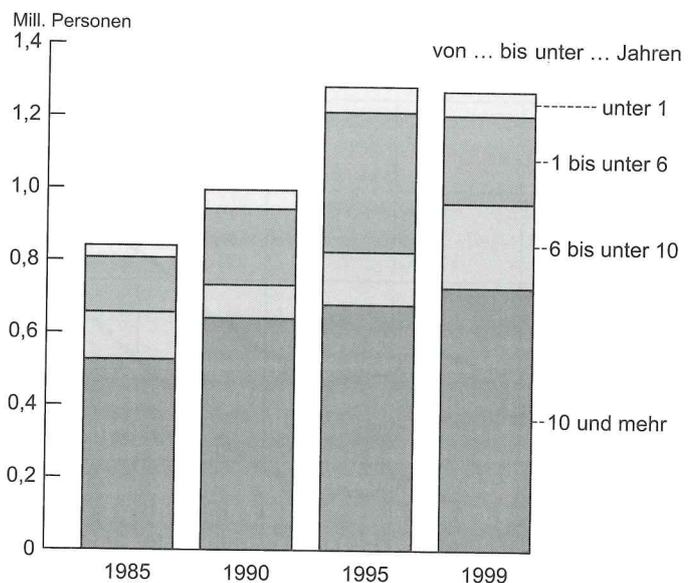
Geringere Erwerbsbeteiligung, höhere Arbeitslosigkeit und oftmals mangelnde berufliche Qualifikationen spiegeln sich auch im monatlichen Nettoeinkommen der ausländischen Privathaushalte wider. Während nur jeder siebte Haushalt Baden-Württembergs 1999 monatlich weniger als 1 800 DM zur Verfügung hatte, war es bei Ausländern jeder fünfte Haushalt. Entsprechend weniger ausländische Privathaushalte hatten ein Nettoeinkommen von mindestens 5 000 DM: Nur knapp 17 % der Ausländerhaushalte verfügten 1999 über ein derart hohes Monatseinkommen, insgesamt waren es immerhin 26 %. Dennoch scheinen die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen für die ausländische Bevölkerung hier zu Lande immer noch wesentlich günstiger zu sein als in ihren Heimatländern. Darauf deutet jedenfalls die in den letzten Jahren stetig gestiegene Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung hin.

Langzeitaufenthalte nehmen zu

Seit 1985 ist die Zahl der Ausländer, die sich zehn Jahre und mehr in Deutschland bzw. Baden-Württemberg aufhalten, von 525 000 Personen Mitte der 80er-Jahre auf 726 000 Personen Ende 1999 gestiegen. Dazu dürften unter anderem auch die in Schule und Ausbildung gewachsenen sozialen Bindungen der nachwachsenden Kindergeneration ausländischer Familien bei-

Schaubild 18

Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg seit 1985 nach Aufenthaltsdauer



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

501 00

ge
Au
üb
der
70
unc
ers
ens
flü
da
der
der
und

Ha

199
te,
tem
Me
Pers
mit
form
ist
klein
die
Z
pers
sich
knapp
dings
sie
haus

Tabel
Fami

Zusamr
darur
ohne
mit K
1 K
2 K
3 Ki

Anzahl d
Durchsch

Allein Erz
1 Kir
2 Kir
3 Kir

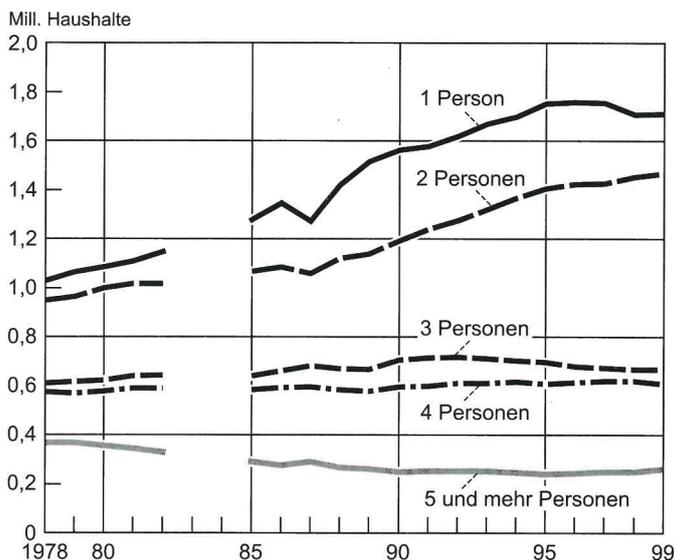
Anzahl de
Durchsch
Allein erz
Allein erzi

getragen haben. Je nach Nationalität stellt sich die Länge der Aufenthaltsdauer der Ausländer recht unterschiedlich dar. Eine überdurchschnittlich hohe Aufenthaltsdauer wiesen die Ausländer aus EU-Staaten sowie türkische Staatsangehörige auf. Rund 70 % bzw. 64 % von ihnen lebten Ende 1999 schon zehn Jahre und länger in Deutschland bzw. Baden-Württemberg. Durch den erst vor wenigen Jahren erfolgten Zusammenbruch Jugoslawiens und dem daraus resultierenden Zustrom an Bürgerkriegsflüchtlingen ist der Anteil der Personen mit kürzerer Aufenthaltsdauer hier überdurchschnittlich hoch. Knapp die Hälfte der aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien stammenden ausländischen Bevölkerung lebte 1999 erst zwischen einem und zehn Jahren hier.

Haushalte und Familien

1999 gab es in Baden-Württemberg rund 4,7 Mill. Privathaushalte, in denen 10,4 Mill. Personen lebten. 1,7 Mill. Baden-Württemberger lebten alleine in einem Haushalt, die überwältigende Mehrheit von 8,7 Mill. dagegen in einem Haushalt mit anderen Personen zusammen. Das Zusammenleben mit anderen ist damit nach wie vor die bevorzugte und dominierende Haushaltsform in Baden-Württemberg. Trotz dieser eindeutigen Präferenz ist zu beobachten, dass immer mehr Menschen alleine oder in kleinen Haushaltstypen leben. Seit Ende der 70er-Jahre hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte um zwei Drittel, die der Zweipersonenhaushalte um gut die Hälfte erhöht. Umgekehrt hat sich die Zahl der Haushalte mit fünf und mehr Personen um knapp ein Drittel reduziert. Seit Mitte der 90er-Jahre steigt allerdings die Anzahl der Einpersonenhaushalte nicht mehr. 1998 war sie sogar erstmals rückläufig. Dennoch kommen Einpersonenhaushalte mit 36 % aller Haushalte weiterhin am häufigsten vor,

Schaubild 19
Privathaushalte*) in Baden-Württemberg seit 1978 nach Haushaltsgröße



*) 1983 und 1984 keine Mikrozensussergebnisse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

513 00

gefolgt von den Zwei-, Drei- und Vierpersonenhaushalten, deren Anteil bei 31 %, 14 % und 13 % mit der Haushaltsgröße sinkt. Haushalte mit fünf und mehr Personen gibt es bei knapp 6 % nur noch selten. Aufhorchen lässt, dass ihre Zahl seit Mitte der 90er-Jahre wieder langsam steigt.

Tabelle 7

Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1999 nach Familientyp und Anzahl der Kinder

Familientyp	1975	1980	1990	1992	1994	1996	1998	1999
	1 000							
Zusammenlebende Ehepaare								
Zusammenlebende Ehepaare	2 258,8	2 241,2	2 333,6	2 418,2	2 468,3	2 475,0	2 470,8	2 470,6
darunter								
ohne Kinder	757,4	813,7	918,8	975,6	1 049,5	1 098,6	1 109,8	1 116,4
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255,6	1 171,8	976,3	1 013,9	1 014,1	1 020,2	1 019,0	1 006,6
1 Kind	508,0	530,0	453,4	455,8	438,5	429,5	421,3	414,4
2 Kinder	466,2	450,0	387,2	412,2	427,6	433,5	440,0	432,5
3 Kinder oder mehr	281,4	191,8	135,7	146,0	148,0	157,1	157,7	159,7
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427,4	2 068,9	1 674,3	1 758,0	1 779,5	1 818,2	1 824,3	1 806,8
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,77	1,71	1,73	1,75	1,78	1,79	1,79
Allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren								
Allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96,4	120,7	125,4	143,3	159,4	175,2	188,1	196,2
1 Kind	55,6	77,1	88,8	100,3	110,4	116,4	124,6	128,4
2 Kinder	27,2	31,1	28,7	35,0	40,1	46,2	49,5	54,0
3 Kinder oder mehr	13,6	12,5	7,9	8,0	8,9	12,7	14,1	13,9
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	159,0	182,1	171,4	197,0	220,8	249,8	269,9	282,2
Durchschnittliche Kinderzahl	1,65	1,51	1,37	1,37	1,39	1,43	1,43	1,44
Allein erziehende Männer	14,6	16,9	16,2	16,3	20,7	27,0	29,7	31,9
Allein erziehende Frauen	81,8	103,8	109,2	127,0	138,7	148,2	158,4	164,3

Der langfristige Trend zu kleineren Haushalten resultiert vor allem aus der abnehmenden Zahl kinderreicher Familien. Aber auch die Tendenz, dass immer weniger Menschen in Haushalten mit mehreren Generationen zusammenleben, und die steigenden Scheidungszahlen spiegeln sich in dieser Entwicklung wider.

Mehr kinderlose Ehepaare als Ehepaare mit Kindern

Die Familienstrukturen in Baden-Württemberg haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten stark verändert. Der Anteil der Ehepaare ohne Kinder wurde deutlich größer, der Anteil der Ehepaare mit Kindern entsprechend geringer. Diese Entwicklung – Ergebnis der rückläufigen Heiratsneigung, der höheren Scheidungsbereitschaft und der geringeren Geburtenzahlen – hat sich 1999 fortgesetzt. Dabei hat sich die Zahl der Ehepaare mit minderjährigen Kindern um 13 000 auf nunmehr 1 Mill. reduziert. Schon seit Jahren gibt es mehr kinderlose Ehepaare als Ehepaare mit Kindern. Weiter gestiegen ist die Zahl allein erziehender Mütter und Väter. Häufiger als früher ergibt sich die Familienform „allein erziehend“ heute als Folge von Scheidungen oder nicht ehelicher Geburten. 1999 waren 44 % der allein erziehenden Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern geschieden, 30 % ledig und 17 % verheiratet, aber getrennt lebend. Die Relation, mit der allein erziehende Mütter und Väter vorkommen, hat sich dagegen in den letzten 30 Jahren nicht verändert. Nach wie vor sind allein Erziehende weit überwiegend die Mütter.

Wegen der mit einer Scheidung verbundenen Turbulenzen wirkt es beruhigend, dass die weitaus meisten minderjährigen Kinder, nämlich 87 %, bei einem verheirateten Elternpaar lebt. 1998 wurden erstmals in den 90er-Jahren weniger Vollfamilien gezählt, und diese Tendenz hat sich 1999 fortgesetzt. Es gab vor allem weniger Ehepaare mit einem oder mit zwei Kindern, während die Zahl der Ehepaare mit drei oder mehr Kindern leicht gestiegen ist.

Damit scheint sich der bisherige Trend zur Ein- oder Zweikinderfamilie nicht fortzusetzen. Seit Jahren liegt der Anteil der Ehepaare mit drei oder mehr Kindern bei 16 %. In den 90er-Jahren verringerte sich die Zahl der Ehepaare mit einem Kind sogar um 9 %, während die Zahl der Ehepaare mit zwei Kindern um 12 % und die mit drei oder mehr Kindern um 18 % stieg. Offenbar geht der Trend heute dahin, dass Ehepaare zunehmend auf Kinder verzichten, nach der Entscheidung für Kinder aber öfter mehrere planen. Auf der anderen Seite steigt die Anzahl nicht ehelicher Lebensgemeinschaften weiter an. Es ist die Lebensform, die in den 90er-Jahren den stärksten Zulauf erfahren hat. 1999 gab es in Baden-Württemberg 214 000 nicht eheliche Lebensgemeinschaften und damit um 76 % mehr als zu Beginn des Jahrzehnts. Es sind insbesondere jüngere Menschen, die sich dafür entscheiden. 1999 war gut jeder Zweite jünger als 35 Jahre. Immer häufiger gibt es in diesen Lebensgemeinschaften Kinder: 1991 lebten in jeder siebten dieser Partnerschaften Kinder, 1999 in fast jeder vierten.

Erneut weniger Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Baden-Württemberg wirkt sich nachhaltig auf den Empfängerkreis von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt aus. Nachdem dessen Umfang

über Jahre hinweg gestiegen war und Ende 1997 mit 254 000 sein Maximum erreicht hatte, geht er seither merklich zurück. Ende 1999 erhielten noch 227 000 Männer, Frauen und Kinder laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Nach 11 000 im Jahr 1998 hat sich die Zahl der Empfänger 1999 nochmals um 16 000 verringert. Umgerechnet auf die Bevölkerung beträgt die Sozialhilfequote derzeit 2 %. Auf Sozialhilfe angewiesen sind vor allem Arbeitslose, allein Erziehende und Ausländer sowie Kinder, die in Familien leben, deren Einkünfte ein Leben ohne Sozialhilfe nicht zulassen.

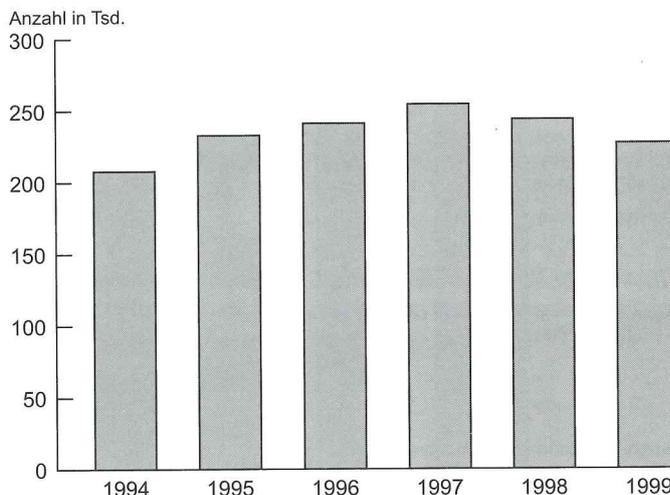
Ende 1999 waren gut 50 000 Sozialhilfeempfänger arbeitslos gemeldet, 3 000 weniger als im Jahr zuvor. Verbessert hat sich die materielle Lage jedoch nur für Personen, die weniger als fünf Jahre arbeitslos waren. Ihre Zahl ist um knapp 10 % zurückgegangen, während die Zahl derjenigen, die mehr als fünf Jahre arbeitslos waren, um 25 % gestiegen ist. Die Chancen für diese Gruppe, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, haben sich trotz verbesserter Arbeitsmarktlage erneut verschlechtert.

Allein erziehende Mütter und ihre Kinder sind besonders häufig auf die Leistungen vom Sozialamt angewiesen. Gut 31 000 solcher Haushalte mit 52 000 minderjährigen Kindern haben Ende 1999 Sozialhilfe bezogen, 5 % weniger als im Jahr zuvor. Von der Sozialhilfe lösen konnten sich insbesondere Ehepaare mit Kindern. Ihre Zahl ging in Jahresfrist um 16 % zurück und lag damit sogar unter den Werten von 1994. Hauptgründe dafür waren die Entspannung am Arbeitsmarkt und höhere Erwerbseinkünfte.

Ausländer sind häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als Deutsche. 1999 erhielten 167 000 Deutsche und 60 000 Ausländer Leistungen vom Sozialamt. Ausländer profitieren bei einem Rückgang um zuletzt 6 % jährlich vom wirtschaftlichen Aufschwung in Baden-Württemberg fast so viel wie Deutsche. Sozialhilfeempfänger aus dem europäischen Ausland, Asylberechtigte und Bürgerkriegsflüchtlinge verzeichneten einen noch stärkeren Rückgang.

Kinder und Jugendliche sind bei einer Quote von gut 4 % auffallend stark auf Sozialhilfe angewiesen, Senioren über 65 Jahren zu knapp 1 % und Personen zwischen 18 und 65 Jahren zu 1,8 %.

Schaubild 20
Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende in Baden-Württemberg seit 1994



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

511 00

Insgesamt waren Ende 1999 rund 88 000 Kinder und Jugendliche Sozialhilfeempfänger, entsprechend dem allgemeinen Trend gut 7 % weniger als im Jahr zuvor.

86 000 Baden-Württemberger erhalten Hilfe in besonderen Lebenslagen

Während die Hilfe zum Lebensunterhalt zur Sicherung der notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens dient, greift die Hilfe in besonderen Lebenslagen bei Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Rund 29 % der landesweit mehr als 86 000 Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen erhielten zum Jahresende 1999 gleichzeitig laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Zumeist handelte es sich hierbei um Krankenhilfe, weil diese Personengruppe häufig über keinen eigenständigen Krankenversicherungsschutz verfügt.

Die meisten Hilfeempfänger sind Behinderte. Ende 1999 erhielten in Baden-Württemberg 37 000 Personen Eingliederungshilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz, gut 2 % mehr als ein Jahr zuvor und etwa ein Drittel mehr als 1994. Drei Viertel dieser Personen sind im erwerbsfähigen Alter. Infolgedessen bildet die Hilfe zur Erlangung eines geeigneten Arbeitsplatzes den Schwerpunkt der Maßnahmen. Gut jeder zweite Behinderte erhält eine Eingliederungshilfe zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte.

Anders als im Rahmen der Eingliederungshilfe nehmen die Empfängerzahlen bei der Hilfe zur Pflege merklich ab. Seit Einführung der ambulanten und teilstationären Pflegeversicherung im Jahr 1995 sind die Empfängerzahlen dort von 16 300 auf zuletzt 3 400 geschrumpft. Gestützt wurde diese Entwicklung dadurch, dass die Pflegeversicherung seit Mitte 1996 auch für die stationäre Pflege Leistungen erbringt. Angesichts der beträchtlichen Kosten für einen Pflegeplatz ist die Zahl der Personen, die in Pflegeheimen Hilfe zur Pflege erhält, noch immer hoch. Nach Einführung der Pflegeversicherung hat sich aber auch dieser Empfängerkreis bis Ende 1999 merklich verringert, der Zahl nach um ein Drittel auf gut 20 000 Personen.

Sinken die Ausgaben für Sozialhilfe weiter?

Die Gesamtausgaben für die Sozialhilfe in Baden-Württemberg gehen seit 1996 Jahr um Jahr zurück – bisher vor allem dank Einführung der Pflegeversicherung. Bei rund 3,6 Mrd. DM lagen sie 1999 um 7,2 % unter dem Niveau des Jahres 1995. Im letzten Berichtsjahr reduzierten sich die Gesamtausgaben jedoch nur noch um 0,3 %. Die Gründe hierfür liegen vor allem darin, dass die Ausgaben für die Eingliederung von Behinderten stark gestiegen sind und damit die Minderausgaben für Hilfen zum Lebensunterhalt fast wettgemacht haben. Die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege verharrten in etwa auf Vorjahresniveau. Bei dieser Hilfeart dürfte der mit Einführung der Pflegeversicherung erwartete Einsparungseffekt wohl ausgeschöpft sein, so dass ein weiteres Absinken der Ausgaben nicht mehr zu erwarten ist.

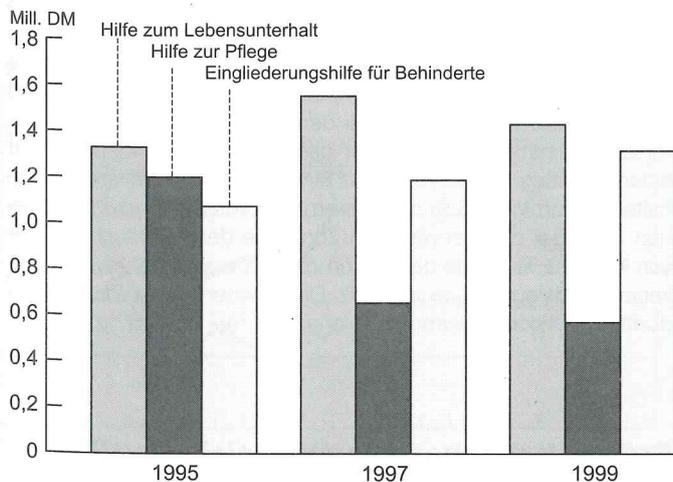
Bei den Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt sollte sich der rückläufige Ausgabentrend, der seit dem Beschäftigungsaufbau im Jahr 1998 zu beobachten ist, auch im Jahr 2000 fortsetzen und die Haushalte der Kommunen weiter entlasten. Mit gut 1,4 Mrd. DM lagen die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt im Jahr 1999 knapp 100 Mill. DM unter dem Wert des Vorjahres. Offen bleibt, ob diese Entlastung groß genug ist, den bei der Eingliederungshilfe für Behinderte zu erwartenden Mehraufwand auszugleichen. Die Ausgaben der Sozialhilfeträger im Land für diese Hilfeart stiegen seit 1994 um 30 % und haben 1999 bei einer nochmaligen Steigerung um 6 % mit 1,3 Mrd. DM ihren bisher höchsten Wert erreicht. 60 % der Ausgaben, die als Eingliederungshilfe für Behinderte aufgewendet wurden, entfielen allein auf die Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte. Weitere Hilfen betrafen eine angemessene Schulbildung, heilpädagogische Maßnahmen für Kinder und sonstige Eingliederungshilfen.

Einkommen

Energiepreise dämpfen Kaufkraft und Konsum

Die Einkommensentwicklung war im Jahr 2000 von gegensätzlichen Tendenzen geprägt, die insgesamt zu einem schwächeren Kaufkraftzuwachs als im Vorjahr führten. Einerseits ließen die Senkung der Einkommensteuern und Sozialbeiträge im Verein mit der verbesserten Arbeitsmarktlage und der Kindergelderhöhung die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich ansteigen. Andererseits schlugen die kräftig gestiegenen Energiepreise stärker als ursprünglich erwartet zu Buche und zehrten einen beträchtlichen Teil der nominalen Einkommenszuwächse auf. Während nach Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute⁴ die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2000 bundesdurchschnittlich mit nominal 3,4 % ihren stärksten Anstieg seit 1992 zu verzeichnen hatten, dürfte der Zuwachs real, das heißt unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisanstiegs, bei etwa 1,5 % und damit unter den Zuwachsraten der beiden Vorjahre gelegen haben. Entsprechend zurückhaltend waren die Konsumenten: nachdem die privaten Konsumausgaben 1999 preisbereinigt noch um bundesweit 2,6 % zugelegt hatten, wird für 2000 mit einer Drosselung auf real + 1,9 % gerechnet.

Schaubild 21
Nettoaussgaben der Sozialhilfe in Baden-Württemberg 1995, 1997 und 1999 nach ausgewählten Hilfearten



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

510 00

⁴ Herbstgutachten 2000 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Arbeitnehmereinkommen nominal stark, real schwach

Wichtigster Bestandteil der Haushaltseinkommen sind die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer. Sie tragen rund zwei Fünftel zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei, der Rest entfällt auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie die Zahlung von Sozialleistungen. Nominal gesehen konnten die Nettolöhne und -gehälter 2000 nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute in der Summe um 3,7 % zulegen und zeigten damit ihren stärksten Anstieg seit acht Jahren. Während die Tariflohnsteigerungen mit einem Plus von 2,2 % moderater ausfielen als 1999 – damals waren es leicht über 3 % –, führte vor allem der Aufschwung am Arbeitsmarkt zu einem deutlich kräftigeren Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter als im Vorjahr. Netto machten sich die Senkungen der Sozialbeiträge und Steuern positiv bemerkbar. Allerdings wird auch bei den Löhnen und Gehältern der nominale Zuwachs durch die Preisentwicklung relativiert. Vor allem die höheren Energiepreise führten dazu, dass die Gesamtsumme der Nettolöhne und -gehälter um real nur gut 1,5 % gestiegen sind. Je Arbeitnehmer, also ohne Berücksichtigung des Beschäftigungszuwachses, stagnierten die realen Nettolöhne und -gehälter sogar, das heißt, die Nettoverdienste bewegten sich preisbereinigt weitgehend auf dem selben Niveau wie 1999. Nur die genannten Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen verhinderten einen Rückgang der Realverdienste.

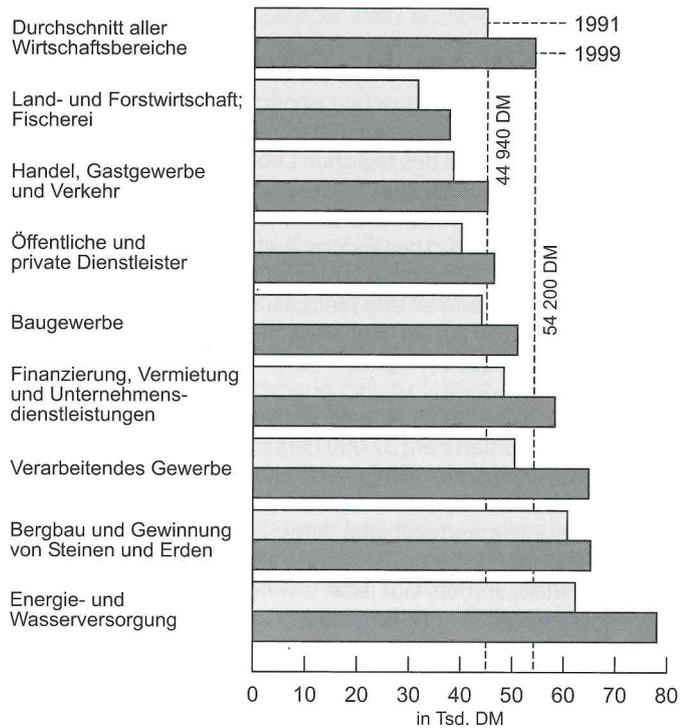
Einkommensvorteile in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg haben sich die Einkommen voraussichtlich besser entwickelt als im Bundesdurchschnitt. Konkrete Länderergebnisse liegen für das Jahr 2000 zwar noch nicht vor, doch wegen der im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet überdurchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung – gerade im gut zahlenden Verarbeitenden Gewerbe – ist zu erwarten, dass die Löhne und Gehälter im Südwesten spürbar stärker zulegen konnten als im Bundesdurchschnitt. Außerdem ist anzunehmen, dass der gesamtwirtschaftliche Wachstumsvorsprung Baden-Württembergs auch die Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Südwesten stärker steigen ließ als im Bundesdurchschnitt und damit ebenfalls zu einem im Ländervergleich überdurchschnittlichen Zuwachs der verfügbaren Einkommen sorgte.

Arbeitnehmerverdienste stark branchenabhängig

Beim Blick auf das gesamtwirtschaftliche Mittel darf man nicht verkennen, dass die Einkommen der Arbeitnehmer stark von der Branche abhängen, in der sie tätig sind. Die geringsten Verdienste gemessen an den Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer finden sich in der Land- und Forstwirtschaft. Dort lagen in Baden-Württemberg die Durchschnittsverdienste 1999 rund 30 % unter dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Am oberen Ende der Verdienstskala findet sich die Energie- und Wasserversorgung, ein kapitalintensiver Wirtschaftsbereich mit relativ wenigen, dafür aber überwiegend hoch qualifizierten und auch hoch bezahlten Beschäftigten. Hier konnte ein Arbeitnehmer 1999 durchschnittlich mit brutto 78 000 DM fast 14 000 DM mehr im Jahr verdienen als der Durchschnitt aller Branchen. Weit überdurchschnittlich sind auch die Verdienste im Verarbeitenden Gewerbe, dem mit einem Drittel aller Arbeitnehmer beschäftigungsreichsten Sektor Baden-Württembergs. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer lagen hier 1999 um 20 % über dem Mittelwert. Übrigens ist das Verarbeitende Gewerbe der Bereich mit den prozentual höchsten Verdienst-

Schaubild 22
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1991 und 1999



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

498 00

zuwachsen der vergangenen zehn Jahre. Verdiente hier ein Arbeitnehmer 1991 brutto durchschnittlich 50 500 DM, so waren es 1999 rund 64 800 DM und damit gut 28 % mehr. Und dies trotz oder gerade wegen der schweren Rezession von 1993, die vor allem im Verarbeitenden Gewerbe einen massiven Beschäftigungsrückgang zur Folge hatte. Dieser Stellenabbau ging überwiegend auf Kosten gering qualifizierter Arbeitsplätze, während sich der Anteil der gut ausgebildeten und überdurchschnittlich bezahlten Fachleute im Zuge von Rationalisierungen und mit dem Vordringen von Informationstechnologien erhöhte.

Kräftigere Einkommenszuwächse 2001

Nach der gedämpften Entwicklung im abgelaufenen Jahr ist in Bund und Land für 2001 mit spürbar höheren Einkommenszuwächsen und einem verstärkten Konsum zu rechnen. Dafür spricht vor allem die weitere Entlastung bei der Einkommensteuer und die erwartete Entspannung bei den Ölpreisen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für das neue Jahr bundesweit mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um nominal 4,3 % nach einem Plus von 3,4 % im vergangenen Jahr. Bei einer erwarteten Zunahme der Verbraucherpreise von knapp 2 % würde der Einkommenszuwachs bei etwa 2,5 % liegen, nach gut 1,5 % in 2000. Die privaten Konsumausgaben dürften sich nominal um 4,1 % erhöhen, real um 2,5 %.

Preisaufrtrieb beschleunigt sich deutlich

Das konjunkturelle Gesamtbild wurde im Jahr 2000 durch einen deutlichen Preisanstieg getrübt. Von Januar bis November 2000

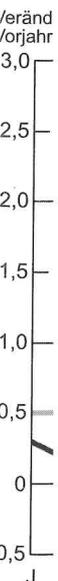
stieg
schn
chen
auss
auch
wird
der ü

Haupt

Haupt
1999
preis
stieg
2000
In de
der re
wider
genü
sich
wert
im Ja
Vierte

Die Ve
steige
sich v
Krafte
zwar
zunäc
geger
Ledig
wärts
wettb

Schau Entw mit in Ba



Statistische

Baden-V

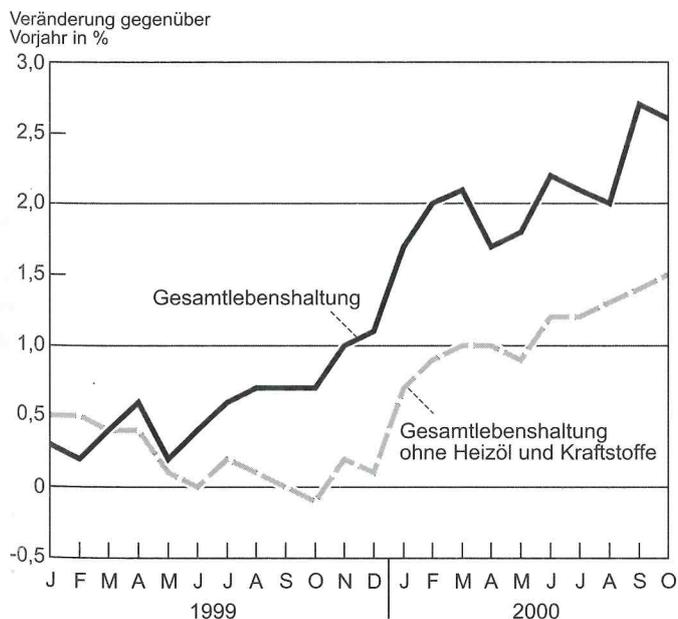
stiegen die Verbraucherpreise in Baden-Württemberg im Durchschnitt um 2,1 % und damit viermal so stark wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Weil nur noch ein Monatsmonat aussteht, das Jahr 2000 also praktisch „gelaufen“ ist, wird sich auch die Jahresrate in dieser Größenordnung bewegen. Damit wird der Verbraucherpreisanstieg erstmals seit fünf Jahren wieder über der 2%-Marke liegen.

Hauptursache: Hoher Ölpreis

Hauptursache für den verstärkten Preisauftrieb war der Anfang 1999 einsetzende Höhenflug des Ölpreises. Nachdem der Ölpreis bereits im Jahr 1999 um 46 % gestiegen war, fiel der Anstieg in diesem Jahr doppelt so stark aus: Bis Ende Oktober 2000 verteuerte sich Rohöl im Vergleich zum Vorjahr um 98 %. In den hohen Steigerungsraten spiegelt sich allerdings nicht nur der reine Ölpreisanstieg, sondern auch die Schwäche des Euro wider. Seit seinem Start im Jahr 1999 ist der Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar um rund 25 % gesunken. Dadurch hat sich der Import von Öl zusätzlich verteuert. Ohne diesen abwertungsbedingten Preiseffekt wäre der Anstieg des Ölpreises im Jahr 1999 um ein Sechstel und im Jahr 2000 sogar um ein Viertel niedriger ausgefallen.

Die Verbraucher spürten diese Entwicklung zunächst in den kräftig steigenden Preisen für Mineralölzeugnisse. Heizöl verteuerte sich von Januar bis November 2000 um durchschnittlich gut 50 %, Kraftstoffe um 21 %. Die übrigen Energiekomponenten stiegen zwar erst mit einer gewissen Verzögerung und entwickelten zunächst weniger Schub, bis zum Jahresende hatten sie aber gegenüber den Heizöl- und Kraftstoffpreisen kräftig aufgeholt. Lediglich die Strompreise entzogen sich dem allgemeinen Aufwärtstrend im Energiebereich. Durch einen intensiven Preiswettbewerb kam es hier sogar zu deutlichen Preissenkungen.

Schaubild 23
Entwicklung der Verbraucherpreise mit und ohne Heizöl und Kraftstoffe in Baden-Württemberg seit Januar 1999



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

493 00

Preise auch ohne Heizöl und Kraftstoffe gestiegen

Rechnet man dagegen die Preissteigerungen bei Heizöl und Kraftstoffen heraus, erscheint die Preisbilanz für das Jahr 2000 zunächst in einem wesentlich günstigeren Licht. Die durchschnittliche Teuerung lag danach bis Ende November 2000 bei lediglich 1,2 %. Die Verbraucherpreise werden damit allein durch die höheren Kraftstoff- und Heizölpreise um einen Prozentpunkt nach oben verzerrt, was grob der Hälfte der Inflationsrate entspricht. Seit Jahresbeginn weist aber auch hier der Preistrend eine deutlich steigende Tendenz auf. Während im Januar der Anstieg noch bei 0,7 % lag, beträgt er derzeit bereits 1,6 %. Neben dem kräftigen Teuerungsschub bei Gas und den Heizkostenumlagen machte sich hier vor allem der Preisauftrieb bei den Dienstleistungen bemerkbar, der sich zuletzt bei 1,9 % eingependelt hat. Die reinen Wohnungsmieten stiegen im bisherigen Jahresverlauf mit + 1,2 % relativ moderat.

Preisanstieg auf den Vorstufen ...

Ölpreisanstieg und Euroschwäche waren auch auf den Produktions- und Handelsstufen Auslöser teilweise recht kräftiger Preisbewegungen. Am deutlichsten war dies bei den Vorleistungsgüterproduzenten zu spüren. Seit Jahresbeginn stiegen dort die Preise von Monat zu Monat mit einer höheren Rate. Im Oktober fiel der Vorjahresabstand mit + 8 % bereits doppelt so hoch aus wie zu Jahresbeginn. Von Januar bis Oktober hoben die Vorleistungsgüterproduzenten ihre Preise um durchschnittlich 5 % an. Erheblich moderater verlief die Preisentwicklung bei den Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten. Sie erhöhten ihre Preise erst mit erheblicher Verzögerung und nur in kleinen Schritten. Bei den Investitionsgüterproduzenten haben sich dagegen die höheren Ölpreise noch nicht bemerkbar gemacht. Ohne große Bewegung verharrten sie praktisch auf ihrem Vorjahresniveau. Insgesamt fiel deshalb der Anstieg der Erzeugerpreise mit + 2,8 % zwar recht kräftig aus, aber nicht so stark wie erwartet. Auf der Handelsebene wies die Preisentwicklung gewisse Parallelen zu den Erzeugerpreisen auf. Während die Großhandelspreise bereits seit Jahresanfang kräftig stiegen, blieben die Einzelhandelspreise zunächst weit gehend stabil und beschleunigten erst im Herbst in Richtung der 2%-Marke.

... hält sich in Grenzen

Dass sich bisher die Auswirkungen der Ölpreisverteuerung noch in Grenzen gehalten haben, dürfte im Wesentlichen zwei Ursachen haben. Zum einen scheinen die Unternehmen einen Teil der Preiserhöhungen noch immer über eine Reduzierung ihrer Gewinnmargen abzufangen. Die Hoffnung auf einen wieder steigenden Eurokurs und rasch sinkende Ölpreise dürfte sie in diesem Schritt bestärkt haben. Zum anderen wird heute wesentlich weniger Energie zur Erzeugung einer bestimmten Gütermenge benötigt, als dies noch zu Beginn der 80er-Jahre der Fall war. Neben der größeren Effizienz der eingesetzten Produktionsmittel dürfte auch eine Rolle spielen, dass sich die heimische Industrie auf Produkte spezialisiert hat, die am Ende der Wertschöpfungskette stehen.

Im Jahr 2001 dürften die ölpreisbedingten Teuerungsimpulse abebben. Bereits im Dezember ist der Ölpreis deutlich unter die 30-Dollar-Grenze gefallen. Der eingetretene Preissturz sollte allerdings noch nicht überbewertet werden, da sich durch einen unerwartet strengen Winter die Situation schnell wieder ändern könnte. Vor allem in den Vereinigten Staaten sind die Heizölvorräte nach wie vor knapp bemessen. Sofern sich der Ölpreis dau-

erhaft zurückbildet und wie allgemein erwartet in einer Bandbreite zwischen 22 und 28 Dollar einpendelt, wird die Verbraucherpreisentwicklung in der zweiten Jahreshälfte sogar spürbar gedämpft. Insgesamt dürfte sich der Verbraucherpreisanstieg im Verlauf des Jahres 2001 in der Nähe der 2%-Marke bewegen, nach einem Anstieg von 2,6 % im November. Der um die Heizöl- und Kraftstoffpreiseffekte bereinigte Preisindex für die Lebenshaltung wird allerdings in den nächsten Monaten weiter nach oben tendieren, denn nachdem sich der Euro bis zuletzt nicht entscheidend erholte und der Ölpreis auf seinem hohen Niveau länger als erwartet verharrte, dürften nun die höheren Kosten für importierte Vor- und Zwischenprodukte zügiger durch die einzelnen Produktionsketten hindurchgereicht werden. Erleichtert wird dies durch die weiterhin günstige Konjunkturlage.

Insolvenzen: Gesetzesnovelle führt zu neuem Insolvenzrekord

Die Zahl der Insolvenzen nahm in Baden-Württemberg im Jahr 2000 wieder zu. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres wurden rund 3 270 Insolvenzfälle registriert – so viele wie noch nie zuvor in diesem Zeitraum. Ausschlaggebend für den neuen Insolvenzrekord ist in erster Linie die wachsende Inanspruchnahme des neu eingeführten Verbraucherinsolvenzverfahrens. Allerdings hat sich im vergangenen Jahr auch die Insolvenzlage bei den Unternehmen wieder deutlich verschlechtert.

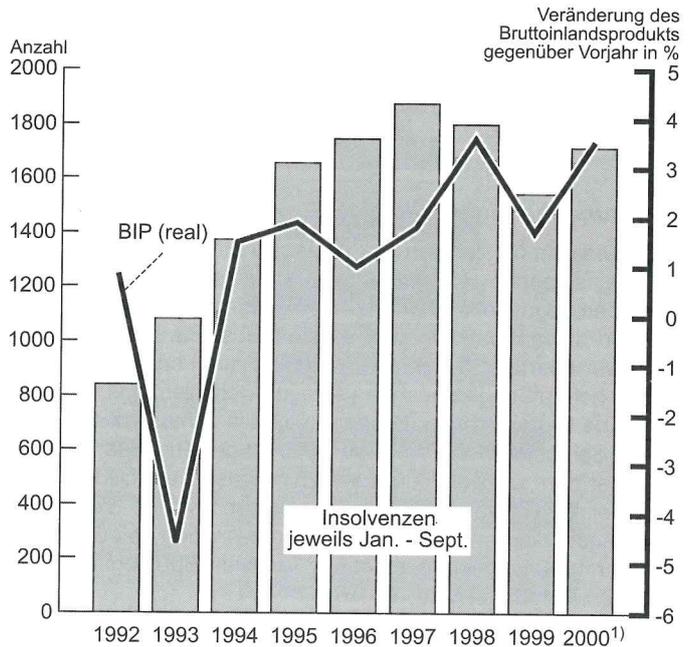
Unternehmensinsolvenzen steigen kräftig

Zwischen Januar und September 2000 wurden in Baden-Württemberg rund 1 720 Unternehmenspleiten gezählt. Der Anteil an den Insolvenzen insgesamt betrug damit ca. 52 %. Gegenüber den ersten neun Monaten 1999 nahmen die Unternehmensinsolvenzen um 174 Fälle oder gut 11 % zu. Die nach dem deutlichen Rückgang der Firmenpleiten im Jahr 1999 aufkeimende Hoffnung auf eine nachhaltige Trendwende erhielt dadurch einen herben Dämpfer. Trotz einer insgesamt durchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung kam die Zahl der insolventen Unternehmen in den ersten drei Quartalen wieder an das hohe Niveau der Jahre 1996 bis 1998 heran. Es zeigt sich, dass Insolvenzen nur zum Teil konjunkturelle Gründe haben und strukturelle Faktoren, wie zum Beispiel Überkapazitäten im Baugewerbe oder der harte Wettbewerb im Handel, mindestens ebenso wichtig sind. Dabei fallen vorwiegend kleine Unternehmen einer anhaltenden Nachfrageschwäche oder hohem Konkurrenzdruck zum Opfer, da diese in der Regel über eine dünne Eigenkapitalbasis und eine geringe Marktmacht verfügen.

Infolge der oben genannten Faktoren wurden im Baugewerbe und im Handel in den ersten drei Quartalen 2000 mit rund 360 bzw. 350 Fällen die meisten Insolvenzen registriert. An dritter Stelle lag der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ mit 340 Insolvenzen, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe mit 280. Damit konzentrierten sich in den Monaten Januar bis September 2000 über drei Viertel aller Unternehmenspleiten auf diese vier Wirtschaftsbe- reiche.

Maßgeblich für den Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2000 war die ungünstige Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienst-

Schaubild 24
Unternehmensinsolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs seit 1992



*) Ohne Anschlusskonkurse. – 1) Bruttoinlandsprodukt geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

494 00

leistungen für Unternehmen“. Im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ erhöhte sich die Zahl der Insolvenzen in den ersten drei Quartalen um 41 Fälle oder knapp 45 %. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden 67 Insolvenzfälle mehr registriert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Hier lag der Zuwachs bei gut 32 %. Im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ erhöhte sich die Insolvenzzahl um 47 oder gut 16 %. Im Vergleich dazu hat sich die Entwicklung im Baugewerbe und vor allem im Handel nicht weiter verschlechtert: Während das Baugewerbe immerhin das Vorjahresergebnis halten konnte, gingen die Insolvenzen im Handel sogar um 11 Fälle bzw. 3 % zurück.

Verbraucherinsolvenzen gewinnen an Bedeutung

Neben den Firmenpleiten wurden in den ersten drei Quartalen 2000 rund 1 560 Insolvenzen von so genannten Übrigen Schuldnern gemeldet. Dazu zählen Insolvenzen von natürlichen Personen als Gesellschafter sowie Nachlass- und Verbraucherinsolvenzen. Fast jeder zweite Insolvenzfall entfiel damit im Land nicht auf den Unternehmensbereich. Gegenüber den ersten neun Monaten 1999 haben sich diese Insolvenzen mit einem Plus von 794 Fällen mehr als verdoppelt.

Ausschlaggebend für den starken Anstieg war das In-Kraft-Treten der neuen Insolvenzordnung am 1. Januar 1999. Mit der damit verbundenen Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens hat sich die Zahl an Insolvenzen mit zeitlicher Verzögerung von einigen Quartalen beträchtlich erhöht. Absicht dieses Verfahrens ist es, verschuldeten Privatpersonen eine bessere Perspektive in ihrem Bemühen um Entschuldung zu geben. Aufgrund der mit dem Verfahren verbundenen Fristen und des erst allmählich

steig
erst
Infol
regi:
dies
Allei
brau
die z
über

Hoff

Bei c
einer
Bade
reich
gehe
Unte
Ein F
reller
sage
ist in
minie
Datei
heit r
nanzi
steue
allerd
insol

Auc

Getra
Teil le
merkl
verzei
komm
den L
kehr. I
schen
bis Ju
ebene
Güterr
3 % z
Verket
ren W
portier

Der M
Tatsach
kontinu
ren kö
genere
längere
Impuls
was ha
Auch d

⁵ Für de
Ilse A.: „
Zahl, Hef

steigenden Bekanntheitsgrades wurden Verbraucherinsolvenzen erst im letzten Vierteljahr 1999 in größerem Umfang gemeldet.⁵ Infolgedessen wurden 1999 lediglich 155 Verbraucherinsolvenzen registriert. Das Jahr 2000 war damit das erste Jahr, in dem sich dieses neue Verfahren in vollem Umfang statistisch niederschlug: Allein in den ersten neun Monaten wurden bereits 950 Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt. Ohne diese Fälle hätte die Zahl der Insolvenzen im Nicht-Unternehmensbereich gegenüber dem Vorjahr stagniert.

Hoffnung auf Besserung im Jahr 2001

Bei den Unternehmensinsolvenzen ist im Jahr 2001 wieder mit einem Rückgang zu rechnen. Die Konjunktur hat im Jahr 2000 in Baden-Württemberg eine zuletzt nicht gekannte Dynamik erreicht, und die günstige Absatzsituation wird im Jahr 2001 weitgehend anhalten. Damit wird sich auch die Ertragslage vieler Unternehmen weiter bessern und die Insolvenzgefahr mindern. Ein Risiko für diese Prognose besteht allerdings in den strukturellen Problemen im Baugewerbe und im Handel. Eine Vorhersage der Insolvenzentwicklung im Nicht-Unternehmensbereich ist indessen mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Das hier dominierende Verbraucherinsolvenzverfahren ist noch jung und die Datenbasis dünn, so dass Erfahrungswerte aus der Vergangenheit nicht vorhanden sind. Positiv wirken wird sicherlich die finanzielle Entlastung der Privaten Haushalte durch die Einkommensteuerreform und der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dem könnte allerdings ein weiter steigender Bekanntheitsgrad des Verbraucherinsolvenzverfahrens entgegenwirken.

Auch der Güterverkehr hat Konjunktur

Getragen von einem boomenden Außenhandel und einer zum Teil lebhaften Binnenkonjunktur kam es im Jahr 2000 zu einer merklichen Belebung des Güterverkehrs. Erstmals seit Jahren verzeichneten alle Verkehrsträger ein steigendes Verkehrsaufkommen. Dies betraf insbesondere die Binnenschifffahrt und den Lkw-Verkehr, in geringem Umfang auch den Eisenbahnverkehr. Die beförderte Gütermenge der Binnenschifffahrt stieg zwischen Januar und September 2000 um 7 %, die der Eisenbahn bis Juli um gut 1 %. Für den Straßenverkehr liegen auf Landesebene noch keine Ergebnisse für 2000 vor, die transportierte Gütermenge in Deutschland nahm aber im ersten Halbjahr um 3 % zu. Da der Zuwachs vor allem vom grenzüberschreitenden Verkehr herrührt, dürfte die Transportleistung wegen der längeren Wege insgesamt gut doppelt so stark steigen wie die transportierte Menge.

Der Mengenzuwachs der Binnenschifffahrt lässt angesichts der Tatsache, dass in den letzten sieben Jahren das Güteraufkommen kontinuierlich gesunken war, aufhorchen. Gleich mehrere Faktoren können als Ursache hierfür angeführt werden. Neben dem generell steigenden Trend im Güterverkehr und speziell dem seit längerem boomenden Containerverkehr dürften die stärksten Impulse vom Umschlag von „Holz und Kork“ ausgegangen sein, was hauptsächlich mit dem Sturm Lothar in Verbindung steht. Auch die Tatsache, dass 1999 die Binnenschifffahrt durch ein län-

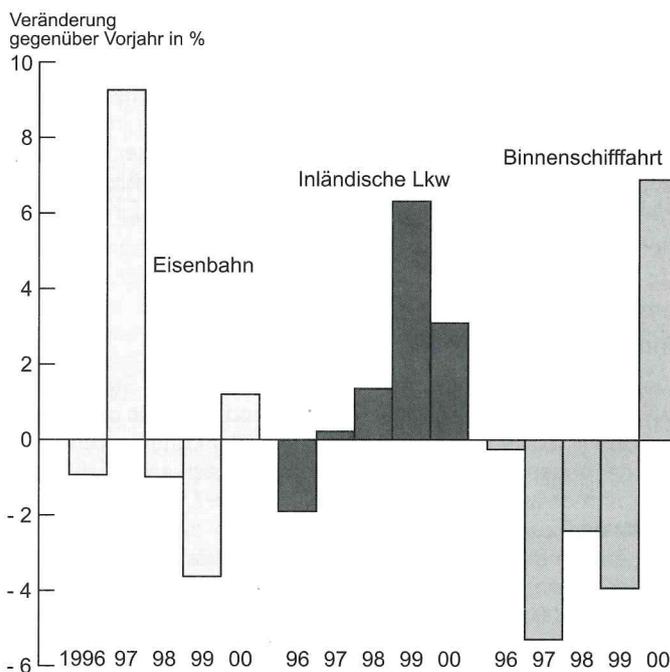
ger anhaltendes Hochwasser in den Monaten Mai und Juni stark beeinträchtigt worden war, ließ in diesem Jahr den Umschlag steigen. Schließlich trug auch eine Umstellung des Vertriebsweges der Raffinerien von Karlsruhe dazu bei, die Umschlags-einbußen der letzten Jahre zu stoppen.

Auch für die Eisenbahn zeichnet sich nach den Ergebnissen für die ersten sieben Monate wieder eine günstigere Entwicklung ab. Nach zwei Jahren Auftragsrückgang dürfte die beförderte Menge wieder leicht über dem Niveau des Jahres 1996 liegen. Beim Straßengüterverkehr, dem mit Abstand wichtigsten Güterverkehrsträger, spricht vieles dafür, dass sich der steigende Trend auch im Jahr 2000 fortgesetzt hat. Die erneute Zunahme der Transportmenge der inländischen Lkws auf Bundesebene hat jedenfalls den im letzten Jahr einsetzenden Aufwärtstrend bestätigt. Das Güteraufkommen war 1999 in Deutschland um 7,2 % und in Baden-Württemberg um 6,3 % gestiegen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass ein Teil des Zuwachses auf eine Ausweitung des Berichtsumfanges zurückgeht. Ohne Abfälle und lebende Tiere, über die in diesem Jahr erstmals berichtet wurde, betrug nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes der Zuwachs in Deutschland rund 4 %.

Zuwächse bei ÖPNV – Einbußen bei Fernverkehr

Auch im Personenverkehr deutet sich eine weitere Steigerung der Verkehrsnachfrage an, sie dürfte durch die Erhöhung der Kraftstoffpreise allerdings etwas gedämpft ausfallen. Der Luftverkehr konnte seine dynamische Entwicklung indessen ungebrochen fortsetzen. Zwischen Januar und August 2000 stieg die Zahl der beförderten Personen am Flughafen Stuttgart um 6 %,

Schaubild 25
Entwicklung der Beförderung im Güterverkehr 1996 bis 2000*) nach Verkehrsträgern



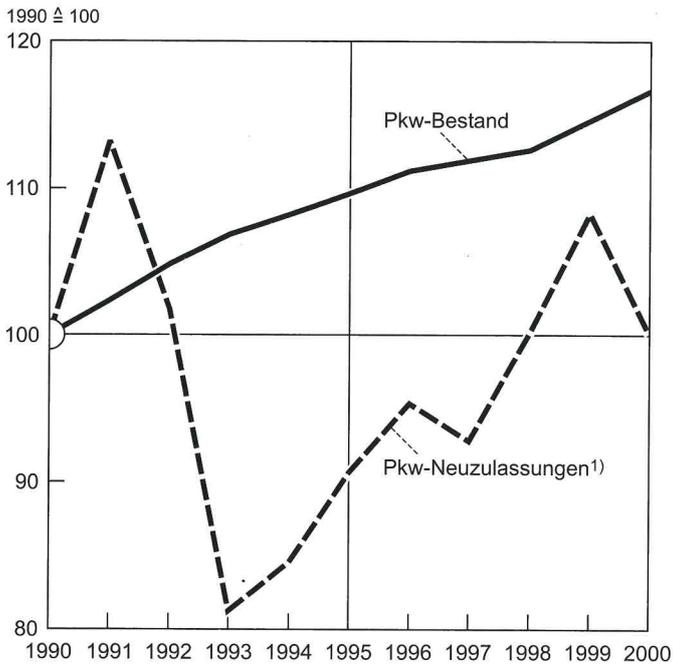
*) Für 2000 Januar bis Juli bzw. August.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

520 00

⁵ Für detailliertere Ausführungen zur neuen Insolvenzordnung siehe: Dr. Walter, Ilse A.: „Insolvenzen in Baden-Württemberg“, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/2000, S. 407 - 414.

Neuzulassungen und Bestand an Pkw in Baden-Württemberg seit 1990



1) Für 2000 nur Januar bis September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

521 00

nachdem sie schon im Vorjahr um 7 % zugenommen hatte. Auch im öffentlichen Straßenpersonenverkehr war ein Plus bei den beförderten Personen des Linienverkehrs zu verzeichnen, das im ersten Halbjahr immerhin fast 3 % erreichte. Damit scheint sich nach dem schwachen Jahr 1998 der zuvor herrschende Trend fortzusetzen. Seit 1990 waren jährliche Zuwachsraten zwischen 1 und 5 % aufgetreten, so dass 1999 mit knapp 880 Mill. Personen rund 17 % mehr befördert wurden als noch 1990. Für die Eisenbahn liegen auf Landesebene keine aktuellen Zahlen vor, aber die Entwicklung für Deutschland deutet auch hier ein Plus an. Mit der Bahn fuhren zwischen Januar und Juli in Deutschland rund 1,14 Mrd. Personen; das entsprach einer Zunahme von 3 %. Der Fahrgastzuwachs geht aber ausschließlich auf den Nahverkehr zurück, der Fernverkehr musste eine Einbuße von 4,5 % hinnehmen.

Individualverkehr wieder im Aufwärtstrend

Der Individualverkehr, der größtenteils über die Straße rollt, wächst seit sieben Jahren wesentlich moderater als in den Jahren zuvor und auch weit schwächer als der Güterverkehr. Erst mit der wirtschaftlichen Belebung und den sich anschließenden Einkommensverbesserungen ist es seit 1997 wieder zu einem spürbaren Zuwachs gekommen. Nachdem die Jahresfahrleistungen von Pkws auf den Straßen Baden-Württembergs in den beiden Vorjahren um jeweils 1 ½ % gestiegen waren, dürften sie im Jahr 2000 im Zug der schwachen Entwicklung des privaten Verbrauchs und der hohen Kraftstoffpreise allerdings nur etwa halb so stark steigen. Eine Rolle spielt dabei, dass es bei der Neuzulassung von Personenkraftwagen im Jahr 2000 einen Einbruch gab und der Pkw-Bestand deshalb mit einem Plus von 1 ½ % nur schwach gewachsen ist. Bis September wurden 8 %

weniger fabrikneue Pkws verkauft als in der gleichen Zeit im Vorjahr. Verkehrssteigernd wirkt die Tatsache, dass die Pkw-Halter wieder größere Strecken zurücklegen. Nachdem in der ersten Hälfte der 90er-Jahre die Jahresfahrleistung der Pkw-Flotte gesunken war, liegt sie mit 13 300 km pro Fahrzeug und Jahr inzwischen wieder knapp unter dem 1990 erreichten Höchstwert von 13 400 km.

Der moderate Zuwachs im Personenverkehr reicht jedoch aus, die vorhandene Straßeninfrastruktur noch knapper werden zu lassen. Dies gilt in erster Linie für Autobahnen, wohin der Personenverkehr neuerdings wieder stärker tendiert und mit einem Lkw-Verkehr konkurriert, der dort besonders stark wächst. Anders als Mitte der 90er-Jahre, als der Individualverkehr bevorzugt über Bundes- und Landesstraßen expandierte, hat er sich in den letzten Jahren wieder stärker auf Autobahnen verlagert und trifft dort auf Lkw-Kolonnen, die in den letzten Jahren merklich länger wurden. Fast jeder fünfte dort gefahrene Kilometer stammt heute von einem Lkw.

Für 2001 ist nicht zu sehen, dass sich an den vorherrschenden Trends Wesentliches ändern wird. Der Güterverkehr dürfte wegen des langsameren Tempos in der konjunkturellen Entwicklung Europas nicht so stark expandieren wie in den Monaten zuvor, sich aber weiter auf den Fernstraßen des Landes ausbreiten. Bahn und Schifffahrt bieten bisher nur in Segmenten eine Alternative dazu. Im Personenverkehr sollte sich der moderate Aufwärtstrend fortsetzen bzw. leicht verstärken. Hierfür sprechen die Tendenzen in der Beschäftigung, der zu erwartende Einkommensschub für Arbeitnehmer und auch die Kraftstoffpreise, die neuerdings wieder leicht nachgeben.

Umwelt unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit

Die umweltpolitische Diskussion steht zunehmend unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit. Diesem Ziel dient auch der Umweltplan Baden-Württemberg, der im Sommer des zurückliegenden Jahres von der Landesregierung zur Anhörung und Diskussion mit allen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen vorgelegt wurde und noch vor Ablauf der jetzigen Legislaturperiode als Leitfaden für die Umweltpolitik im Land verabschiedet werden soll. Der Umweltplan gibt auch konkrete Ziele vor und macht deutlich, dass Umweltbelange in allen Entscheidungen von Wirtschaft und Gesellschaft von vornherein zu berücksichtigen sind. Ansätze dazu spiegeln sich in den immer zahlreicheren Umweltberichten von Unternehmen und dem Engagement der Kommunen im Agenda-21-Prozess wider. Die konsequente Einbeziehung des Standortfaktors Umwelt in das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln ist dringend erforderlich, um neben den regionalen oder kleinräumigen Problemfeldern des Umweltschutzes, etwa dem Immissionsschutz, verstärkt auch globale Probleme wie den Klimaschutz und die Ressourcenschonung erfolgreich anzugehen. Dabei werden auch die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Umweltschutzziele erkennbar. So sind die klassischen Felder der Umweltpolitik, wie die Abfall- und Wasserwirtschaft, auch unter dem Blickwinkel der Ressourcenschonung relevant. Der Klimaschutz setzt einschneidende Erfolge bei der Verringerung des Verbrauchs fossiler Energieträger voraus und spielt sicher auch bei Fragen der Flächennutzung eine Rolle. Trotz der globalen Dimension vieler Umweltschutzziele lassen sie sich letztlich doch erst durch Aktivitäten vor Ort umsetzen.

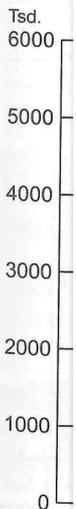
Erfolgen

Die Ableitung wurde SO₂, rück, noch durch verlässliche Lkw-t EURC von F

Eine Emissionen reinig Luftschminderung Reduzierung Quelle bedingt Land. weise Kraftwerk an der gehen bei dem stieg

Dem steht darf na der Ve Einspar

Schaubild Erneuerbare



1) Europa

Statistisches

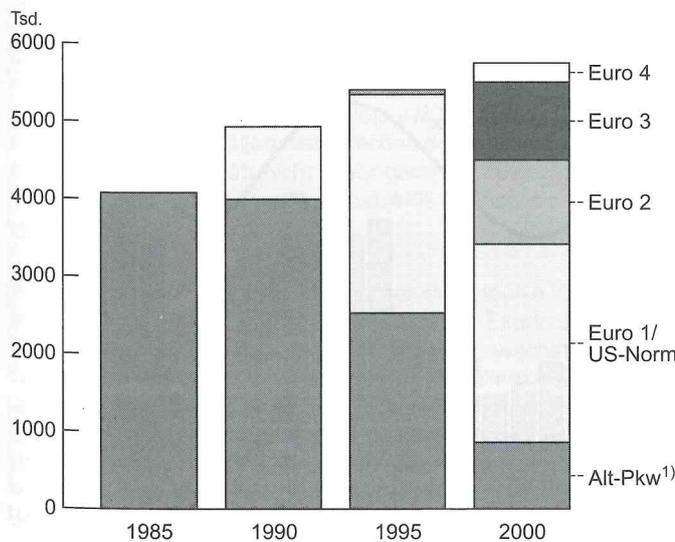
Erfolge beim Immissionsschutz – aber noch keine Trendwende bei CO₂

Die aktuelle Situation im Land stellt sich bei den genannten Problemfeldern unterschiedlich dar. Teilweise beachtliche Erfolge wurden beim Immissionsschutz erreicht. Die Luftbelastung durch SO₂, NO_x, Kohlenwasserstoffe und auch durch Stäube geht zurück, wenngleich vor allem bei den NO_x- und Staubemissionen noch weitere Reduzierungen erforderlich sind, um die kürzlich durch EU-Richtlinien festgesetzten Immissionsgrenzwerte verlässlich einhalten zu können. Mit Erneuerung der Pkw- und Lkw-Bestände durch Fahrzeuge, die den strengen Abgasnormen EURO 3 bzw. EURO 4 genügen, ist eine deutliche Entkoppelung von Fahrleistung und Schadstoffausstoß zu erwarten.

Eine ähnlich zügige Entwicklung ist bei den klimarelevanten Emissionen, insbesondere beim Ausstoß von CO₂, noch nicht erkennbar. Hauptgrund dafür ist, dass nachgeschaltete Abgasreinigungsmaßnahmen, welche die Emissionen der meisten Luftschadstoffe deutlich verringern, den CO₂-Ausstoß aber nicht mindern können, beim Verbrauch fossiler Energie jedoch eine Reduzierung noch nicht zu erkennen ist. Veränderungen der quellenbezogenen CO₂ im Land resultieren meist aus witterungsbedingten Schwankungen im Energiebedarf und variierenden Anteilen der Kohle- und Kernkraftwerke an der Stromerzeugung im Land. So lagen im Jahr 1999 die CO₂-Emissionen vergleichsweise niedrig, weil Kernkraft zu einem Spitzenwert, Kohlekraftwerke vergleichsweise wenig eingesetzt wurden und außerdem 1999 ein vergleichsweise mildes Jahr war, gemessen an der Gradtagezahl um 5 % wärmer als 1998. Bei der Industrie gehen die CO₂-Emissionen seit längerem zurück, während es bei den Haushalten noch keine Trendumkehr gibt und der Anstieg beim Straßenverkehr sogar anhält.

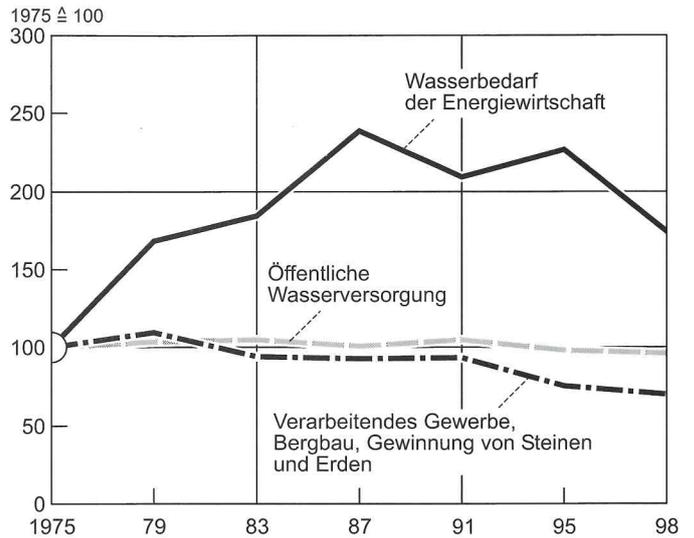
Dem Ziel einer nachhaltigen Verringerung der CO₂-Emissionen steht auch in Baden-Württemberg entgegen, dass der Strombedarf nach wie vor steigt – 1999 gab es ein Plus von 4,5 % – und der Verkehrszuwachs ungebrochen ist. Hinzu kommt, dass die Einsparungen beim spezifischen Kraftstoffverbrauch noch nicht

Schaubild 27
Erneuerung der Pkw-Bestände durch schadstoffärmere Fahrzeuge bis 2000



1) Europannorm, Stufe A, B, C und Pkw ohne Schadstoffminderung.

Schaubild 28
Entwicklung des Wasserbedarfs in Baden-Württemberg seit 1975



groß genug sind. Im Hinblick auf das angestrebte CO₂-Reduktionsziel und eine klimaverträgliche Energieversorgung bedarf es deshalb noch erheblicher Anstrengungen. Die nach der Liberalisierung des Strommarktes eingetretene Verbilligung von elektrischer Energie könnte die Impulse für Strom sparende Maßnahmen eher abschwächen und der Ausstieg aus der Kernenergie schafft zusätzliche Herausforderungen.

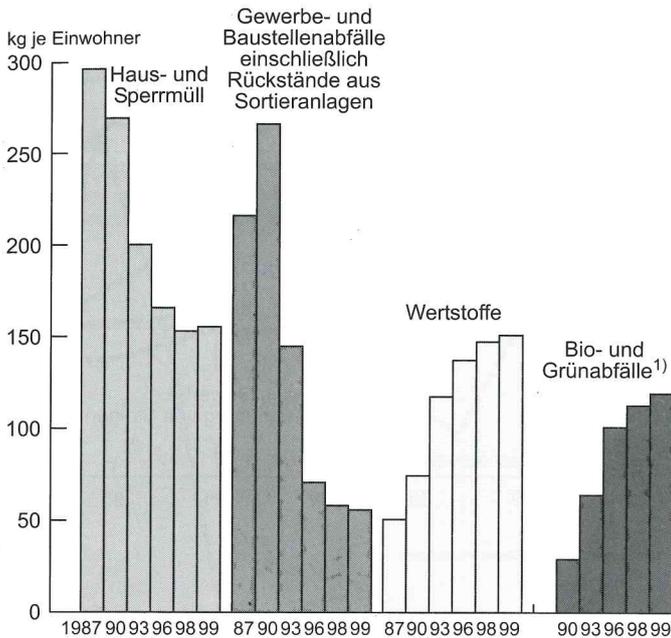
Fortschritte beim Umgang mit Wasser – Abfallvermeidung bleibt Zukunftsaufgabe

Beim Umgang mit der Ressource Wasser gibt es im Land sichtbare Erfolge. Bereits seit längerem geht der Wasserbedarf der Industrie zurück. In den zurückliegenden 20 Jahren hat sie die Wassergewinnung um immerhin 36 % verringert, während die Produktion fast im selben Umfang gestiegen ist. Diese Effizienzsteigerung war möglich durch mehr Kreislauf- und Mehrfachnutzung von Wasser, aber auch durch Verzicht auf betriebseigene Strom- und Wärmeerzeugung, welche die Luft stark belastet hatten. Bei den öffentlichen Wärmekraftwerken war – von Schwankungen abgesehen – wegen der steigenden Stromerzeugung bis 1995 ein beträchtlicher Anstieg des Wasserbedarfs zu verzeichnen. Seither jedoch wurde trotz weiter erhöhter Stromerzeugung eine deutliche Trendumkehr erreicht. Der Wasserbedarf ging seit 1998 um fast ein Viertel zurück – nicht zuletzt als Folge des erhöhten Wasserentnahmeentgeltes. Auch Haushalte und Kleinverbraucher gehen sparsamer mit Wasser um, wenngleich der Rückgang noch bescheiden ausfällt. Die Wasserentnahme der öffentlichen Wasserversorgung sank trotz wachsender Bevölkerung seit Anfang der 90er-Jahre immerhin um 8,5 %.

Die abfallwirtschaftliche Entwicklung bleibt gekennzeichnet durch die Ausweitung der getrennten Erfassung von Abfallkomponenten, um diese einer Verwertung zuzuführen. In besonderem Maße gilt dies für Abfälle aus der industriellen Produktion sowie aus anderen Gewerbebereichen. Gewerbliche Abfälle sind deshalb in der öffentlich-rechtlichen Entsorgung auf eine geringe Restgröße geschrumpft. Es kommt jetzt darauf an, die Verwertung ökologischen Erfordernissen entsprechend weiterzuentwickeln.

Schaubild 29

Abfall- und Wertstoffaufkommen in Baden-Württemberg 1987 bis 1999*)



*) 1987 Daten der Erhebung über die öffentliche Abfallentsorgung der amtlichen Statistik, ab 1990 Daten der Abfallbilanz. – 1) 1987 nicht erfasst.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

518 00

Unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung ist nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz die Abfallvermeidung dem Ziel der Verwertung vorangestellt. Das Gesetz ist noch jung, weshalb auf diesem Gebiet durchgreifende Erfolge noch ausstehen. Während es im Bereich der Produktion schon nennenswerte Ansätze gibt, sind im inhomogenen Bereich von Konsum- und Gebrauchsgütern, das heißt bei Haushalten und Dienstleistungen, bis heute kaum Vermeidungserfolge zu erkennen. Die dort zur Verwertung und zur Beseitigung erfasste Menge an Abfällen ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die im Jahr 1999 erfasste Menge an Haus- und Sperrmüll, Wertstoffen sowie Bio- und Grünabfällen lag mit 348 kg pro Einwohner und damit höher als zu Beginn der 90er-Jahre. Mit Blick auf das Ziel der Abfallvermeidung und Ressourcenschonung wird in der öffentlichen Diskussion deshalb um eine umfassende Produktverantwortung beim Hersteller und beim Importeur gerungen.

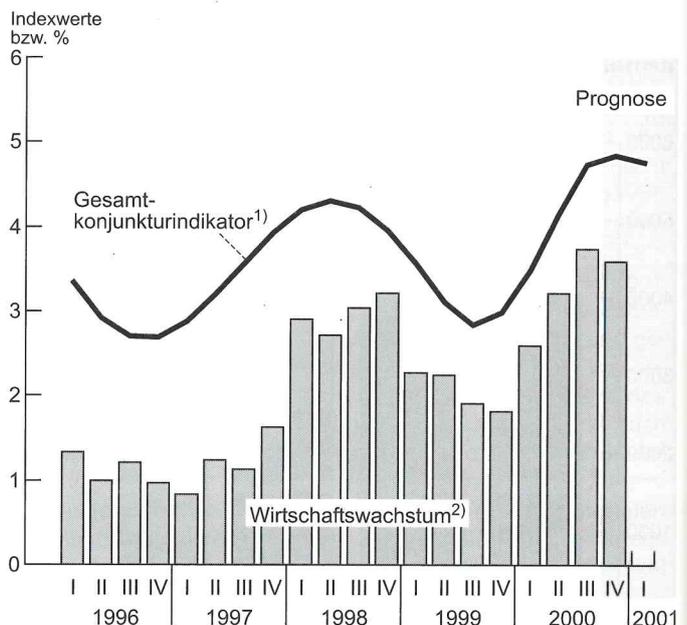
Wirtschaftliche Perspektiven 2001

Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist außerordentlich dynamisch ins erste Jahr des neuen Jahrhunderts gestartet und das Wachstum lag im ersten Halbjahr gut 4 % über dem Vorjahr. Seither ging einiges vom anfänglichen Schwung verloren, und weil die Südwestwirtschaft ihre Leistungen im Lauf des Vorjahrs kräftig gesteigert hatte, das Vergleichsniveau demnach Ende 1999 viel höher lag als zum Jahresanfang, fiel bei + 3,4% im dritten Quartal der Wachstumsabstand zum Vorquartal nicht mehr so groß aus und wird sich im vierten Quartal erstmals sogar verringern. Diese Tendenz dürfte sich in den ersten Quartalen 2001 fortsetzen. Der im Statistischen Landesamt geführte Konjunktur-

indikator, der dem gesamtwirtschaftlichen Geschehen bis zu zwei Quartale vorausläuft, hatte im zweiten Quartal 2000 seinen Höhepunkt erreicht und zeigt seither jeden Monat ein niedrigeres Niveau. Er reagiert dabei vor allem auf Bremsspuren im Inlandsgeschäft, die dem Verarbeitenden Gewerbe sinkende Zuwachsraten zum Vorjahr beschert hatten. Die dadurch eingeleitete Tendenzwende sollte aber nicht überschätzt werden. Die sommerliche Überhitzung der Veränderungsrate war durch Überstunden und Verzicht auf Betriebsferien überzeichnet, so dass die im dritten Quartal niedrigeren Werte auch Zeichen der Normalisierung tragen. Die unverändert stark steigenden Auftrags-eingänge im Maschinenbau und bei den Herstellern von Büro- und Elektrotechnik stützen diese These. Wenn sich der Dynamikverlust bis zum aktuellen Rand im Oktober in Grenzen hielt, dann liegt das daran, dass die Auslandskonjunktur noch immer enorm dynamisch verläuft. Die Auslandsumsätze im Verarbeitenden Gewerbe lagen im dritten Quartal kalenderbereinigt bei real 19 % Zuwachs so hoch wie im ersten Quartal, und die Auftragseingänge wiesen zuletzt nur deshalb einen geringeren Zuwachs aus, weil der Vergleichswert 1999 sprunghaft gestiegen war.

Von daher sollte die im Konjunkturindikator angezeigte konjunkturelle Abschwächung eher als Beruhigung im Aufwärtstrend denn als Hinweis für eine länger angelegte Wachstumsschwäche interpretiert werden. Die Binnenkonjunktur zeigt in den ersten drei Quartalen des Jahres einen bemerkenswert stabilen Aufwärtstrend. Vor allem Finanz- und Unternehmensdienstleister, deren Anteil an der Bruttowertschöpfung sich mit sicherem Schritt der 30%-Marke nähert, wuchsen in jedem Quartal um 5 %, zum Schluss sogar leicht darüber. Steigende Tendenz auch bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern: nach Minusraten im Vorjahr gab es ein Wachstum über 1 %, im dritten Quartal um 1 1/2 %. Unter Einschluss von Nachrichtenübermittlung und Verkehr wuchsen Handel und Gastgewerbe nach 2 % im Vorjahr im

Schaubild 30
Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg seit 1996



1) Quartalswerte, um zwei Quartale nach vorne versetzt. – 2) Gleitende Jahreswachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

535 00

verg;
Schw
trenc
Brutt
neue

Beru
Der D
Proze
gen,
sten
lem c
Jahr
ist. V
im Ja
Einko
runge
flanki
von d
In ge
komm
stand

Die Ir
den-V
schwä
sein.
komm
hen.
Unter
schlec
vestit
zu rec
expan
sich ir
mit de
kung
verbes
men,
erfahr
sowie
wachs
dies e
mobilt
dem C
tig wie
für da
Vorjah
weit d

Ander
schaft
Behinc
wirtscl
länder
dem v
dem E
ter sic
den-wi
genes
onswa
Export
Jahr 20

zwei Höeres nds- icht- tete som- Jber- dass Nor- ags- büro- mik- jann orm den 9 % sein- achs ar.

vergangenen Jahr nahe der 5%-Marke, zuletzt mit leichter Schwächetendenz. Merklich abseits des allgemeinen Aufwärtstrends agiert lediglich das Baugewerbe. Dessen Zuwachs der Bruttowertschöpfung aus dem ersten Quartal von 6 % dürfte nach neuerlichen Minusraten bis zum Jahresende abgeschmolzen sein.

Beruhigung im konjunkturellen Aufwärtstrend

Der Dienstleistungssektor hat im vergangenen Jahr etwa zwei Prozentpunkte zum Wachstum der Südwestwirtschaft beigetragen, und man darf davon ausgehen, dass dieser Beitrag im nächsten Jahr nicht schwächer ausfallen wird. Dafür spricht vor allem die erwartete Belebung des Konsums, der im vergangenen Jahr weit hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben ist. Von der Steigerung der Nettolöhne und -gehälter um 3,5 % im Jahr 2001, mit der wegen der steuerlichen Entlastung bei der Einkommensteuer zu rechnen ist und durch moderate Steigerungen bei Löhnen und Gehältern sowie der Beschäftigung gut flankiert wird, wächst Arbeitnehmern zusätzliche Kaufkraft zu, von der vor allem Handel und Dienstleister profitieren werden. In geringerem Umfang wird dies auch dem Handwerk zugute kommen, das im vergangenen Jahr noch im Konjunkturschatten stand.

Die Industriekonjunktur wird mit ihrem hohen Gewicht für Baden-Württemberg im Jahr 2001 neben kurzfristigen Jahreschwankungen auch durch längerfristige Entwicklungen geprägt sein. Wesentlich für die von ihnen bedienten Inlandsmärkte kommt es darauf an, welche Anreize für Investitionen bestehen. Auch wenn man davon ausgehen kann, dass wegen der Unternehmensteuerreform und der darin vorgesehenen Verschlechterung von Abschreibungsmöglichkeiten so manche Investition schon im vergangenen Jahr getätigt wurde, ist damit zu rechnen, dass die Investitionsgüterbranchen weiter zügig expandieren. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen haben sich in den letzten Jahren merklich gebessert und werden sich mit der steuerlichen Entlastung von Unternehmen und der Senkung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer weiter verbessern. Mit der Ertragslage wird auch die Neigung zunehmen, mehr als bisher in das Unternehmen zu investieren. Dies erfahren derzeit die Hersteller von Büro- und Elektrogeräten sowie der Maschinenbau, die das ganze Jahr über zweistellig wachsen. Wegen der branchentypisch langen Vorlaufzeiten ist dies ein Indiz für gute Geschäfte im Jahr 2001. Auch der Automobilbau dürfte im Inland weiter expandieren, wenn auch nach dem Orderverlauf im zweiten Halbjahr 2000 nicht mehr so kräftig wie zuvor. Alles in allem versprechen die Umsatzerwartungen für das Inlandsgeschäft nicht mehr ganz die Zuwachsraten des Vorjahres, mit einem Plus von fast 4 % bleiben sie aber nicht weit darunter.

Anders als im vergangenen Jahr dürften die Impulse für das Wirtschaftswachstum nicht mehr so stark vom Export ausgehen. Behindert durch die Verteuerung von Rohöl, wächst die Weltwirtschaft nicht mehr so kräftig, wovon vor allem die Industrieländer betroffen sind. Auch wenn das Wachstum in den USA, dem wichtigsten Empfängerland südwestdeutscher Produkte, dem Ergebnis im dritten Quartal folgend seinen Höhenflug hinter sich lassen sollte, ist für die sechs Hauptzielländer des baden-württembergischen Exports für 2001 immerhin ein gewogenes Durchschnittswachstum von knapp 3 % und ein Produktionswachstum der Industrie von 4½ % zu erwarten. Bei einem Exportzuwachs um 9 % dürfte die Südwestwirtschaft auch im Jahr 2001 kräftige Impulse aus dem Ausland erhalten.

Tabelle 8

Reales Wirtschaftswachstum für Baden-Württemberg und wichtige Handelspartner 1998 bis 2001

Land	1998	1999	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾
	%			
USA	3,9	4,2	5,3	3,2
Frankreich	3,3	2,7	3,1	2,8
Großbritannien	2,2	2,2	3,0	2,7
Italien	1,3	1,4	2,8	2,2
Schweiz	2,1	1,6	3,1	2,7
Österreich	3,3	2,1	3,4	2,7
Deutschland	2,2	1,6	3,0	2,7
Baden-Württemberg	3,6	1,7	3,5	3,0

1) Prognose.

Quelle: Herbstgutachten 2000 der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Insgesamt rechnet das Statistische Landesamt für das Jahr 2000 mit einem Wirtschaftswachstum von 3½ % und für 2001 mit gut 3 %. Entscheidende Faktoren für diese Entwicklung sind im Wesentlichen die Tempoabschwächung im weltwirtschaftlichen Umfeld, von denen sich Baden-Württemberg als exportintensive Region nicht abkoppeln kann, auf der anderen Seite aber die sich uneingeschränkt fortsetzende Dynamik im Dienstleistungsbereich, die ihre stützenden Impulse aus den wachstumsfördernden Wirkungen der Steuerreform bezieht. Der Südwesten Deutschlands kann damit rechnen, dass seine Wirtschaft weiterhin überdurchschnittlich expandiert. Wirtschaftsforschungsinstitute und Sachverständigenrat haben übereinstimmend für Deutschland ein reales Wirtschaftswachstum von 3 % im Jahr 2000 und von 2¾ % für 2001 prognostiziert. Wenn der Tempounterschied zwischen Bund und Land für 2001 nicht so hoch ausfällt wie für 2000, dann liegt dies vor allem an der Abschwächung der Industriekonjunktur, die Baden-Württemberg stärker trifft, weil die Industrie im Südwesten wesentlich stärker vertreten ist als in anderen Bundesländern, aber auch daran, dass von den konsumfördernden Wirkungen der Steuerreform kurzfristig andere Länder stärker profitieren als Baden-Württemberg.

Hoher Beschäftigungszuwachs durch mehr Teilzeit

Durch die konjunkturelle Abschwächung, aber auch durch den Richtungswechsel von einer primär exportgesteuerten Konjunktur zu mehr Binnenkonjunktur, wird sich auch die Beschäftigung merklich anders entwickeln als in den letzten Jahren. Weil das Verarbeitende Gewerbe – der beschäftigungsstärkste Wirtschaftsbereich im Land – im Jahr 2001 nicht mehr so schwungvoll agieren wird wie im vergangenen Jahr, sollte sich der Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre fortsetzen, aber nicht mehr so stark wie zuletzt. Weil die Konjunkturlage bevorzugt konsumnahe Dienstleistungsbereiche begünstigt, werden in größerem Umfang Teilzeitarbeitsplätze angesprochen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse angeboten. Dämpfend auf den Beschäftigungszuwachs wirkt sich aus, dass mit dem Handel und Humandienstleistern Branchen im konjunkturellen Aufwind stehen, deren Ertragslage in den letzten Jahren durch Nachfrageausfall, harten Preiswettbewerb, Kostenauftrieb durch

Energiepreise und Verlängerung der Öffnungszeiten auf eine harte Zerreißprobe gestellt war und die sich deshalb mit Personaleinstellungen eher zurückhalten dürfen.

Auch von Unternehmensdienstleistern sollte nicht zu viel erwartet werden. Ihre Produktivität ist hoch, und gerade dort scheinen die beschftigungsdmpfenden Möglichkeiten der neuen Medien noch lange nicht ausgereizt. Die engere Vernetzung über Internet und mehr junge, mit der modernen Arbeitstechnik vertraute Arbeitskräfte sollten den Produktivitätsfortschritt zügig vorantreiben. Traditionelle Sorgenkinder tun ihr briges. Die öffentlichen Hände dürfen kaum Wesentliches zum Beschftigtenaufbau beitragen, auch wenn die Kassenlage nicht mehr so angespannt ist wie vor Jahren. Der hohe Personalkostenanteil bleibt dort ein begrenzender Faktor, und die Verbreitung der Bürokommunikation sollte bei der Personaleinsparung Pate stehen. Auch das Baugewerbe wird nicht umhin kommen, seinen Personalbestand an die schlechte Ertragslage anzupassen. Zu bedenken ist nicht zuletzt, dass sich Engpässe in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarkts verstärken und trotz Arbeitslosigkeit manche Stelle nicht besetzt werden kann. All dies lässt erwarten, dass der Beschäftigungszuwachs im neuen Jahr erheblich hinter dem im vergangenen Jahr zurückbleibt.

Die Datenlage macht es reichlich schwer, dieses Szenario in Zahlen zu fassen, weil nach Neufassung der Regelung zu den 630-Mark-Jobs die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit noch nicht wieder Tritt gefasst hat und die gewohnte Datensicherheit fehlt. Aus den Berechnungen des Sachverständigenrats im jüngsten Jahresgutachten für das Bundesgebiet lassen sich jedoch Trends auch für die Erwerbstätigenzahl Baden-Württembergs ableiten. Danach ergibt sich für Deutschland im Jahr 2000 ein Erwerbstigenzuwachs um 1,6 %, für Baden-Württemberg ein Plus von 1,8 %. Nach Rückrechnung der Zeitreihe bis ins Jahr 1991 ergibt sich daraus als Erwerbs-

⁶ Dies steht nicht im Widerspruch dazu, dass das Erwerbstigenplus im neuen Jahr nicht mehr so hoch ausfallen wird wie im Jahr 2000. Zu berücksichtigen ist, dass sich dieser Zuwachs im vergangenen Jahr weniger stark auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat als die Zahl signalisiert. Wegen der Neuregelung der 630-Mark-Jobs im Jahr 1999 enthält sie in außergewöhnlich großer Zahl auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, was nicht zu einer entsprechenden Minderung der Arbeitslosenzahl geführt hat, weil geringfügig Beschäftigte als Arbeitslose registriert bleiben können. Dieser Sondereffekt entfällt im neuen Jahr.

ttigenzuwachs für das Jahr 2000 eine Größe von etwa 70 000 Personen als untere Grenze. Erwartungsgemäß bleibt der Erwerbstigenzuwachs im neuen Jahr deutlich hinter dem Vorjahr zurück. Er dürfte 2001 für Baden-Württemberg im Bundes-trend verlaufen und damit um etwa 1 % zunehmen. Zahlenmäßig bedeutet dies eine Zunahme, die eine Größenordnung von 50 000 Erwerbstigen erreichen könnte.

Diese Angaben sind Anhaltspunkte zur Orientierung und bedürfen einer fundierten Rechnung, die erst in einigen Wochen vorliegen wird. Sie sind aber auch inhaltlich neu zu erschließen: Dies gilt zum einen für die neue Datenbasis, die nach der stärkeren Berücksichtigung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse bei der Berechnung der Erwerbstigenzahl den Beschftigungstrend aus einer neuen Perspektive zeichnet, die sich erheblich von der früheren unterscheidet. Neu zu interpretieren sind solche Veränderungen auch von ihrer Bedeutung her. Wie erwähnt, enthält die neue Zeitreihe zur Erwerbstigenentwicklung in wesentlichem Umfang auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die ohne Unterscheidung mit Full-Time-Jobs zu einer Zahl zusammengefasst werden. Wenn man weiß, dass der Erwerbstigenzuwachs der letzten Jahre nach den Ergebnissen des Mikrozensus nahezu ausschließlich durch Teilzeitbeschäftigung zustande kommt, dann ergibt sich daraus, dass die neue Jahresreihe für Erwerbstige den Beschftigungstrend mitsamt den daran geknpften Folgerungen für Kaufkraft und Wohlstand signifikant überzeichnet und durch eine Arbeitsvolumenberechnung dringend abzusichern ist.

Angesichts des günstigen konjunkturellen Umfelds wird sich die Arbeitslosigkeit im Land weiter reduzieren. Einiges spricht dafür, dass die Entlastung trotz schwächerer Konjunkturimpulse sogar etwas stärker ausfallen könnte als im Jahr 2000, weil der Arbeitsmarkt auch im neuen Jahr durch die demografische Entwicklung entlastet wird.⁶ Das Statistische Landesamt rechnet damit, dass sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2001 um etwa 50 000 Personen verringern wird. Bei einer Arbeitslosenzahl von 230 000 käme sie damit dem Niveau nahe, das es vor der Rezession gegeben hatte. Im Jahr 1992 waren es 192 000 Personen.

Reinhard Burkard, Thomas Forster, Dr. Monika Kaiser, Reinhard Kndler, Christoph Maier, Erich Stutzer und Thomas Weinmann unter Mitarbeit von Dr. Helmut Bringer, Dr. Karl Pristl und Michael Walker